

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

GEGRÜNDET 1961 VON HEINZ SEEGER

D 3476 EX

Zukunftsgestaltung erfordert klares Ziel

Wie soll die andere Zukunft gestaltet werden? Dies war das Thema des Internationalen Zukunftskongresses der IG Metall, der vom 27. bis 29. Oktober im Frankfurter Sheraton-Hotel und Permanenta-Airport-Center stattfand. Franz Steinkühler, der Vorsitzende der IG Metall, ging in seinem Referat davon aus, daß die Fortschreibung des Bestehenden keine Zukunft mehr gebe. Wenn so weitergemacht würde wie bisher, könne es ein Leben auf der Erde nach gewerkschaftlichen Vorstellungen nicht mehr geben. Es genüge aber nicht, nur zur Besinnung aufzurufen, sondern es komme ganz entscheidend darauf an, zu handeln, vorhandene Strukturen zu ändern und Verhaltensweisen kritisch zu überprüfen.



Zukunftskongress
Frankfurt/M. 27. - 29.10.88



„Wer den Begriff Zukunft erobert, hat auch im Kampf um die Macht eine wichtige Bastion gestürmt. Die Zukunft wird zum Mittel im Ringen um die Macht.“
(Prof. Dr. Wolfgang Huber auf dem Internationalen Zukunftskongreß der IG Metall)

• Geißler & Co. •

• Globale Probleme und Klassenfragen •

• „Des Kaisers neue Kleider“ •

Frankfurt/M. · 28. Jahrgang

11/88

Nov. 1988 · Einzelheft DM 5,-

INHALT

POLITIK

Geißler, Kohl & Co. und die DGB-Aktionswoche 3

Berufsverbote 3

LÖHNE/TARIFE

Gewerkschaftliche Folgerungen aus Rechtsprechung des BAG 4

Nachschlagsdiskussion bleibt nach wie vor aktuell 5

GdED-Kongreß stimmte Vertrag zu 5

„Interne Mitteilung“ von VW 6

WIRTSCHAFT/FINANZEN

Beteiligungserwerb aus der Portokasse?
Zum Bilanzergebnis von Daimler-Benz 7

Herbstgutachten 8

Daten zur Wirtschaftsentwicklung 8

Der McKinsey-Einsatz und seine Folgen bei ABB 9

Thesen: IG Metall kontra Gesamtmetall 9

GEWERKSCHAFTEN

Beschlußreifes Sparkonzept soll Ende Juni vorliegen 10

Franz Kersjes:
Abbau im DGB ist kein Konzept 10

Zusammenarbeit mit Verbänden der CGT und Intersindical möglich 11

Verstöße gegen das Lebensmittelrecht sind „keine Kavaliärsdelikte“
Interview mit Dr. Wolfgang Weinz,
Referatsleiter bei der
NGG-Hauptverwaltung 12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

Antwort von Konrad Carl
auf einige Hauptfragen

Franz Steinkühler mit
erster Zwischenbilanz

Erstmals Streiks in Funk und Fernsehen

Frauenförderung muß
im Betrieb beginnen

SPD-Parteitag: Antrag zur
Wirtschaftspolitik
läßt viele Fragen offen



13-27

Zukunftsgestaltung...

Steinkühler plädierte dafür, politische Utopien nicht nur zu formulieren, sondern auch in realistische politische Strategien umzusetzen.

Dabei mußte er zwangsläufig der Frage nachgehen, gegen wen und mit wem solche politischen Strategien durchgesetzt werden müssen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß es notwendig sei, die politische Zukunft bewußt zu gestalten. „Wo ökologische und soziale Katastrophen am Ende heute gültiger Entwicklungslinien stehen, da ist es fahrlässig oder gar kriminell, die Zukunftsgestaltung auf anonyme Marktprozesse zu verlagern und die Zukunft den Interessen der ökonomisch Mächtigen zu überantworten“, rief er aus. Die Lösung der Gattungsfragen und die Lösungen der Klassenfragen hängen miteinander zusammen und müßten daher gleichermaßen angegangen werden. Dabei müßten die Gewerkschaften jeweils gegen dieselben Machtstrukturen ankämpfen. Um diese Fragen lösen zu können, bedürfe es allerdings kampffähiger und konfliktfähiger Gewerkschaften. Da arbeitsplatzbezogene Interessen und Lebensinteressen zunehmend deckungsgleicher würden, müßten die Gewerkschaften ganzheitliche, integrierte Konzepte entwickeln und für deren Durchsetzung entsprechende Bündnispartner mobilisieren. Er bat Wissenschaftler, Künstler, Parteien und gesellschaftliche Gruppen schon jetzt darum, die IG Metall zu unterstützen, wenn sie bald zur letzten Etappe zur 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich aufbrechen werde.

Wie aber will die IG Metall erreichen, daß die ökonomisch Mächtigen nicht mehr die Zukunft bestimmen, die Entwicklung der Gesellschaft nicht mehr allein den Marktprozessen und Gewinninteressen überlassen bleibt und folglich Gegenwart und Zukunft bewußt gestaltet werden, wenn nicht schon planmäßig, dann doch schon planmäßiger? Dazu wurde im Referat Steinkühlers, bis auf den Hinweis auf notwendige Mitbestimmung in den Regionen und der Gesamtwirtschaft, paritätische Mitbestimmung für alle Unternehmen und Branchen sowie Mitbestimmung des einzelnen am Arbeitsplatz, nichts ausgesagt. Aber im Antrag 72 des Münchner Gewerkschaftstages von 1983 war vom Zukunftskongreß gefordert worden, Instrumente gewerkschaftlicher Krisenpolitik zu behandeln, und es wurde ausdrücklich auf Gemeineigentum, volkswirtschaftliche Rahmenplanung, Investitionslenkung, paritätische Mitbestimmung und gerechte Einkommensverteilung verwiesen.

Es bleibt unerklärlich, daß die IG Metall solche Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms nicht einmal der Erwähnung wert fand. Wie aber soll ohne klare Durchsetzungsinstrumente die Zukunft gestaltet werden, wo doch nicht nur Absichtserklärungen, sondern Handlungsanleitungen gefordert sind? Dies zu leisten, wird auch Aufgabe der Mitgliedschaft in der Vorbereitung des nächsten Gewerkschaftstages im Herbst 1989 sein.

INHALT

Mit der Zukunft der Arbeit ist die Bildung eng verzahnt 28

Der 13. GdED-Gewerkschaftstag zeigt „Des Kaisers neue Kleider“ 29

DGB-Jugend zur Zukunft: Die Diskussion hat begonnen 30

Leserbrief zu „IGM-Frauen verhaspeln sich in Quoten“ 30

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Globale Probleme hängen eng mit der Klassenfrage zusammen
Interview mit Heinz Hummler,
Mitherausgeber der NACHRICHTEN 32

Gesamtmetall will Samstagsarbeit – Partnerschaft nach Unternehmerdiktat 33

Vor 40 Jahren: Generalstreik in britischer und US-Zone 34

Aktionen gegen Pflegenotstand 34

Zukunftschancen für den Sektor der Dienstleistungen 35

SOZIALPOLITIK

Aus dem Arbeits- und Sozialrecht: Leitende Angestellte: Was ist geplant? 36

Weitere Greuelthaten 37

„Solidarische Hilfe“ tagte 37

Nach dem Sieg des „No“: Was kommt nach Pinochet? 37

Übernehmen die Räte Aufgaben der Gewerkschaften? 38

RUBRIKEN

GLOSSE 3

TARIFMELDUNGEN 6

GEWERKSCHAFTSMELDUNGEN 31

PERSONALIEN 31

BÜCHER 39

VERLAGSINTERNES 39

TERMINKALENDER 40

BESTELLSCHEIN 40

ZU GUTER LETZT 40

Geißler, Kohl & Co. und die DGB-Aktionswoche

Die Gewerkschaften hielten es in der Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, was nicht so häufig geschieht. In einem Kommentar in der „Welt der Arbeit“ (WdA) begrüßte er DGB-Aktivitäten gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau: „In dieser Situation können die Gewerkschaften nicht schweigen. Denn unter solchen Voraussetzungen sind die Opfer, die von den Bürgern verlangt werden, umsonst. Sie lassen keine Perspektive erkennen, sondern verstärken zu Recht die Auffassung, daß auf Kosten des ‚kleinen Mannes‘ herumgewurstelt wird.“

Uneingeschränkt ist Geißler auch bei folgender Passage seines Kommentars zustimmen: „Die Arbeitnehmer wollen ihren Beitrag dazu leisten, daß die Krise überwunden wird. Aber sie sehen keinen Sinn in den Opfern, die die Bundesregierung von ihnen verlangt, weil ein Sinn über das Löcherstopfen hinaus nicht erkennbar ist. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, für eine Politik zu kämpfen, die im Interesse der Arbeitnehmer liegt. Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, eine Regierung im Amt zu halten, die die Arbeitnehmerinteressen längst der politischen Taktik geopfert hat.“

Wie wahr, wie wahr, könnte man ausrufen. Der Pferdefuß allerdings besteht darin, daß Heiner Geißler diesen Kommentar am 26. August 1982 schrieb, als die Gewerkschaften den Kampf gegen den Sozialabbau der damals noch amtierenden Schmidt/Genscher-Regierung aufnahmen. Heute, da die CDU die Regierungsverantwortung trägt und Sozialabbau sowie Beseitigung von Arbeitnehmerrechten einen neuen Höhepunkt erreicht haben, kommen ganz andere Töne aus ihren Reihen, selbst Bundeskanzler Kohl steht nicht abseits. Als der DGB seine Mitglieder zur

Teilnahme an der Aktionswoche aufrief, fand Kohl, der ebenfalls wie Geißler rund sechs Jahre zuvor – damals jedoch als Oppositionspolitiker – die DGB-Aktionen begrüßt hatte, auf dem kleinen CDU-Parteitag Ende September in Bonn die Äußerung der DGB-Spitze „unerträglich“. Sie „überschreiten das Maß an politischer Gegnerschaft“. „Das ist Feindschaft“, so der Originalton.

Diese Äußerung Kohls, die nicht nur eine Entgleisung ist, sondern seine wahre Haltung zu den sieben Millionen Gewerkschaftlern offenbart, führte dazu, daß beispielsweise CDU-Politiker bereits gemachte Teilnahmezusagen an Podiumsveranstaltungen zurückzogen. Dadurch sei die CDU als verantwortliche Partei für die Gesetzesvorhaben noch unglaublicher geworden, meinte DGB-Vorsitzender Ernst Breit, als er am 24. Oktober auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf die Bilanz der Aktionswoche zog. Seinen Angaben zufolge haben „weit über 2000 Aktivitäten stattgefunden, Kundgebungen und kleine Demonstrationen, Betriebsversammlungen und Podiumsgespräche, Informationsstände und Solidaritätsfeste“. Es sei gelungen, das Informationsniveau der Arbeitnehmer zu erhöhen und kritisches Bewußtsein zu schärfen.

Auf der Pressekonferenz warnte Breit aber auch davor, die Aktivitäten an den Aktionstagen zu überschätzen. Es sei besorgniserregend, daß „die Politikbereitschaft gegenwärtig relativ gering“ ist. Das aber sollte wiederum die Gewerkschaften dazu veranlassen, im Kampf gegen Sozialabbau und Entrechtung der Arbeitnehmer einen Zahn zuzulegen, damit auch Geißlers Aufgabenstellung von 1982 für die Gewerkschaften erfüllt wird, denn „wer sollte eine Regierung im Amt halten...“

G. M.

GLOSSE

Lösungen

Die Lösung des globalen Problems der Luftverschmutzung ist im Grunde ganz einfach. Da die Angehörigen aller Klassen – Unternehmer, Arbeitnehmer – die gleiche verschmutzte Luft einatmen müssen, besteht ein Lebensinteresse daran, gemeinsam für saubere Luft zu sorgen.

Das könnte so gehen: Jeder Bürger bekommt künftig eine druckfeste Aluminiumflasche auf den Rücken gebunden, in der sich gereinigte Preßluft befindet. Je nach Vorliebe könnte das Waldluft, Seeluft, Gebirgsluft usw. sein. Das „Gemeinsame“

bestünde in dem Willen, es so zu tun. Natürlich müßten die Arbeitnehmer die gereinigte Luft den Unternehmern abkaufen. Und natürlich wollen die Unternehmer Profite machen und den Arbeitern nur niedrige Löhne für das Reinigen und Abfüllen der Luft zahlen. Und selbstverständlich blasen sie den abgefilterten Dreck aus Kostengründen wieder in die Luft. Ein paar Klassengegensätze würden schon noch bleiben....

Das Niederträchtige ist, daß die Unternehmer ständig neue Varianten des Klassenkampfes liefern, während andere Leute noch grübeln, ob es ihn überhaupt gibt.

okulus

Berufsverbote

Kurz und bündig äußerte sich der 13. Gewerkschaftstag der GdED Mitte Oktober (siehe auch S. 29) zum nach wie vor brisanten Thema „Berufsverbote“. Im Beschluß 110 heißt es: „Die Bundesregierung und die Länderregierungen werden aufgefordert, sofort die Praxis der Berufsverbote im öffentlichen Dienst einzustellen und sich den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO zu unterstellen.“ Bekanntlich hatte diese Gliederung der UNO bereits 1987 die Bundesregierung wegen der Berufsverbote kritisiert und darauf gedrungen, daß das auch von ihr ratifizierte Abkommen gegen Diskriminierung im Beruf eingehalten wird. Die Bundesregierung verfuhr nach dem Prinzip des Hasen und wußte von nichts. Diese Haltung wurde nun erneut im Bericht des Sachverständigenausschusses gerügt, der jährlich der im Juni tagenden Internationalen Arbeitskonferenz vorgelegt wird.

Mit diesem Sachverhalt hat sich in diesem Jahr auch ausführlich ein Normenkontrollausschuß der UNO beschäftigt, vor dem sich die Bundesregierung zu verantworten hatte. Übrigens ist dies nicht der einzige Punkt, über den die Bundesregierung mit der UNO im Clinch liegt: Auch der verschärfte Paragraph 116 und die Aussperungspraxis widersprechen internationalen Normen. In Sachen Berufsverbote, so viel steht schon jetzt fest, wird Mitte nächsten Jahres die ILO wieder die Bundesregierung berichten lassen.

Dabei hätte sie eine gute Möglichkeit, die Kuh vom Eis zu bekommen. Eines der Berufsverbotsopfer aus dem Bereich der Bundespost, der ehemalige Posthauptschaffner Herbert Bastian, hat sich an den Bundespräsidenten gewandt, um seine politische Rehabilitation und seine Wiederbeschäftigung zu erreichen. Diese Möglichkeit gründet auf dem Recht des Bundespräsidenten, in Vereinbarung mit den zuständigen Fachministern, in diesem Fall ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Westberlin zu revidieren beziehungsweise seine Folgen zu mildern. Es liegt völlig auf der Hand, daß ein positiver Bescheid des Gnadengesuchs, das Herbert Bastian an den Bundespräsidenten gerichtet hat, eine Abkehr von der bisherigen Praxis, eben der von der ILO gerügten Diskriminierung im Beruf aufgrund von politischen Auffassungen, zur Folge haben müßte.

Von daher ist davon auszugehen, daß nicht nur der Postminister, sondern das Kabinett sich mit Bastians Antrag befassen wird. Immerhin könnte der große Kreis der Unterzeichner, die sich Bastians Anliegen zu eigen machen, es mit ihrer Unterschrift unterstützen oder sich separat an den Präsidenten gewandt haben, für die Bundesregierung ein Zeichen sein, daß es nicht nur international, sondern im Land selber eine breite Abkehr von den museumsreifen antikomunistischen Schlaghämmern gibt.

R. B.

Gewerkschaftliche Folgerungen aus Rechtsprechung des BAG

„Der Senat hält an seiner Entscheidung fest, wonach ein Sympathie- oder Solidaritätsstreik in der Regel rechtswidrig ist.“ So der lapidare Leitsatz der Entscheidung des Ersten Senats, des „Arbeitskampfrechts-Senats“, des Bundesarbeitsgerichts (im folgenden BAG) vom 12. Januar 1988 (Aktenzeichen: 1 AZR 219/86 = Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht NZA 1988, S. 474 ff.). Damit wird das Urteil vom 5. März 1985 bestätigt, im Gesamtgefüge der BAG-Arbeitskampfrechtsprechung ein wichtiger Pfeiler gewissermaßen zusätzlich betoniert.

Von April bis Juli 1984 standen IG Druck und Papier und IG Metall im schweren Arbeitskampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung. Der DGB-Bundesvorstand beschloß am 16. April 1984 Solidaritätsaktionen des DGB und der DGB-Gewerkschaften. In der Folge rief u. a. der Hauptvorstand der ÖTV dazu auf, am 23. Mai 1984 in Betrieben und Verwaltungen um 13 Uhr in einen Solidaritätsstreik zu treten und sich ab 14 Uhr an einer DGB-Demonstration zu beteiligen. Diesem Aufruf folgte auch eine in der ÖTV organisierte Angestellte eines Landeskrankenhauses. Diesen Leitung hatte den Beschäftigten, die an der DGB-Kundgebung teilnehmen wollten, vorsorglich empfohlen, dienstfrei zu nehmen, weil sie die Befolgung des Aufrufs zur Demonstration für rechtswidrig hielt. Die ÖTV-Kollegin meldete sich vor der Veranstaltung in ihrer Dienststelle dann zwar ab, nahm aber nicht dienstfrei – verließ also ohne Erlaubnis während der Arbeitszeit ihren Arbeitsplatz. Dies brachte ihr eine Abmahnung ein, auf deren Entfernung aus der Personalakte sie dann klagte.

Nach Auffassung des BAG hat das beklagte Land die Kollegin wegen ungerechtfertigter Verletzung ihrer vertraglichen Arbeitspflicht zu Recht abgemahnt. Anders ausgedrückt: Der Preis für gewerkschaftliches Verhalten – Befolgen des Aufrufs der eigenen Gewerkschaft zu einer Solidaritätsaktion außerhalb des Betriebs in der damals zugespitzten Streiksituation der (anderen) kämpfenden Gewerkschaften – bestand für die betroffene Kollegin in einer arbeitsrechtlich relevanten Sanktion nach dem Motto: „Das nächste Mal bist du dran“; für die ÖTV (stellvertretend für alle anderen Gewerkschaften) in der höchststrichterlichen Ohrfeige für einen in der Situation des Mai 1984 notwendigen und fälligen Solidaritätsaufruf – nach dem Motto: „Laßt die Finger von solchen Kraftmeiereien, mit denen ihr nur eure Mitglieder gefährdet.“ Das BAG vermerkt in seiner Entscheidung nämlich ausdrücklich, es sei unerheblich, ob die den Solidaritätsaufruf befolgende Kollegin ihr Verhalten – ihr Vertrauen auf den Aufruf ihrer Gewerkschaft also – als berechtigt ansehen durfte.

Der „Streik einer Gewerkschaft, mit dem

diese zugunsten einer anderen Gewerkschaft in einen Tarifkonflikt dieser Gewerkschaft mit ihrem Tarifpartner ... eingreift, (ist) in der Regel rechtswidrig“, weil – so das Gericht – Arbeitskämpfe nur in ihrer Hilfsfunktion für die Tarifautonomie gewährleistet und zulässig seien und auch nur als Instrument zur Durchsetzung tariflicher Regelungen eingesetzt werden dürften. Nach BAG-Auffassung richtet sich ein Sympathie- oder Solidaritätsstreik nicht gegen die Adressaten der Tarifforderung (die Arbeitgeber der Druck- und Metallindustrie im konkreten Fall des Jahres 1984 also), während der Adressat des Solidaritätsstreiks wiederum den umkämpften Tarifvertrag gar nicht beschließen könne.

An dieser im Zweifel bewußt „unpolitischen“, die politisch-gesellschaftliche Realität, sprich: das gemeinsame Interesse aller Arbeitgeber am Mißerfolg der streikenden Gewerkschaften ausblenden, Unterscheidung zwischen „Unterstützungsstreik“ einerseits und „Hauptstreik“ andererseits, hängt das BAG in voller Bestätigung seiner Entscheidung vom 5. März 1985 die Begründung des Urteils vom 12. Januar 1988 auf. Damit bleibt es ganz in der fatalen, wirklichkeitsfremden, streik- und gewerkschaftsfeindlichen Rechtsprechungstradition, zu der sich das Netz aus Gebots- und Verbotsregeln für „rechtmäßige“ Arbeitskämpfe seit der verhängnisvollen „Nipperdey-Entscheidung Nr. 1“ vom 28. Januar 1955 (AP Nr. 1 zu Art. 9 GG Arbeitskampf) längst zusammengezogen hat.

Zum Fundament dieses Arbeitskampfrechtsgebäudes gehört als Hauptelement: Was tariflich nicht geregelt werden kann (von der Investitionsentscheidung bis zur Atombewaffnung), darf nicht erstreikt werden, und was nicht erstreikt werden darf, macht im Falle hierauf gerichteter Streikaktionen diese rechtswidrig. Aus dieser Hauptregel, die im Kontext der übrigen Zulässigkeitskriterien (vgl. W. Däubler, Das Arbeitsrecht 1. Leitfaden für Arbeitnehmer, rororo Nr. 4057, Ausg. 1985, S. 210–212) die Entpolitisierung von Arbeitskämpfen und deren juristische Kanalisierung samt praktischer Entschärfung erreichen soll, folgt – wird sie erst einmal akzeptiert – zwangsläufig der Schluß, daß

Sympathie- und Solidaritätsstreiks un-rechtmäßig sind.

Die Anti-Solidaritätsentscheidungen des BAG sprechen jedem ernstzunehmenden gewerkschaftlichen Selbstverständnis – eben der gerade in Kampfsituationen erforderlichen Solidarität der abhängig Beschäftigten – hohn. Sie sind Ausdruck jenes „sozialen Ideales“, dem H. C. Nipperdey – Kommentator des faschistischen Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934, mit dem schon der Gedanke an gewerkschaftliche Arbeitskämpfe illegalisiert worden war, und einflußreicher erster Präsident des BAG – stets verpflichtet war. Er hat es mit Freunden und Schülern aus der Zeit der faschistischen „Betriebs- und Volksgemeinschaft“ in das Arbeitsrecht und in die Gesellschaft der Bundesrepublik herübertransportiert und -transformiert. Dem in der Anfangsdekade der bundesrepublikanischen Restauration mächtig gewordenen, weil systemstabilisierend nützlichen Arbeitsrechtskartell (vgl. R. Wahsner, Das Arbeitsrechtskartell – Die Restauration des kapitalistischen Arbeitsrechts in Westdeutschland nach 1945. In: Kritische Justiz, Jahrgang 1974, S. 369 ff. – B. Klees, Den Arbeitskampf im Fadenkreuz, in: NACHRICHTEN, Jahrgang 1985, S. 17 ff.) um H. C. Nipperdey an Hochschulen, Gerichten und in Verbänden verdanken wir wesentlich die unheilige Rechtsprechungstradition zum Arbeitskampfrecht. Sie zu beklagen und zu kritisieren nützt allein wenig, sie muß – nicht zuletzt wegen ihrer ideologischen Substanz – rechtlich-argumentatorisch und politisch bekämpft werden. Auch ohne Aussichten auf eine baldige Änderung der bis auf weiteres wohl festliegenden BAG-Rechtsprechung hieße deren passive Hinnahme zumindest tendenziell die Aufgabe eines fundamentalen Bestandteils gewerkschaftlicher Arbeit überhaupt – sowohl im Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung wie unter der Zukunftsperspektive.

Dies wirft schwierige Fragen an die gewerkschaftliche Praxis auf: Wie Solidarität so organisieren, daß sie nicht aus überängstlicher Beachtung juristischer Fallstricke, aus vorweggenommener Hinnahme eines rechtlich verordneten Arbeitsfriedens also, zu kraftloser verbaler Pflichtübung verkümmert? Wie bei aller nüchternen Einschätzung der rechtlichen und finanziellen (Schadensersatz!) Gefahren die richtige Mischung aus Vorsicht, Disziplin und Entschlossenheit, aus juristischer Beurteilung politischer Organisation und praktischem Handeln finden?

Wollen die Gewerkschaften ihre Kampffähigkeit erhalten, werden sie bei der inhaltlichen und bei der überregionalen wie internationalen Dimension der aktuellen Konfliktfelder nie und nimmer auf die wirkliche Einbeziehung von Solidaritätsaktionen in Arbeitskämpfe und deren Vorbereitung wie Begleitung verzichten können. Wollen sie aber angesichts der BAG-Rechtsprechung zum Solidaritätsstreik die juristische Einschnürung und damit die praktische Lähmung von Motivation

Nachschlagsdiskussion bleibt nach wie vor aktuell

Auf einer Pressekonferenz im Bonner Presseclub am 12. Oktober wurde das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Klaus Zwickel, von NACHRICHTEN danach gefragt, welche tarifpolitischen Antworten seine Gewerkschaft auf die Preissteigerungen, die beschlossenen Verbrauchssteuerverhöhungen und die zusätzlichen Belastungen der Schichtarbeiter geben werde. Obwohl von uns das Wort „Nachschlag“ nicht in den Mund genommen wurde, beeilte sich der Leiter der IG-Metall-Pressestelle, Jörg Barczynski, mit seiner Antwort und erklärte: „Einen Nachschlag wird es nicht geben.“

Klaus Zwickel, der die gewerkschaftliche Basis aus eigener langjähriger Arbeit kennt, antwortete schon wesentlich differenzierter. Er sagte, daß die Beschäftigten sehr genau die Preisentwicklung, die Auftragsituation, den zunehmenden Leistungsdruck und das Fordern von Überstunden beobachteten. Die heutige konjunkturelle Situation sei mit der Hochkon-

junktur von 1979 vergleichbar. Die Gewinne explodierten, und die Wettbewerbssituation habe sich verbessert. Bisher allerdings seien die tarifpolitischen Daten dem gerecht geworden. Es sei noch keine Senkung der realen Einkommenssituation zu beobachten.

Wenngleich die heutige Situation, so Zwickel weiter, keinen tarifpolitischen Nachschlag rechtfertige, so könne sich dies in einigen Wochen schon ganz anders darstellen. Am 17. Oktober würde sich die IG Metall mit Gesamtmetall zu einem Spitzengespräch treffen. Einer der Gesprächspunkte sei die Neufassung des Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen, aber auch die berufliche Weiterbildung würde diskutiert. Von dem Ergebnis dieses Gesprächs werde das künftige Verhalten der IG Metall abhängen. Bei den vermögenswirksamen Leistungen werden nach Aussage Zwickels keine zusätzlichen materiellen Verbesserungen gefordert; es soll bei jährlich 624 DM bleiben. Allerdings sollen die Auszubildenden

IG Chemie denkt auch an einen Nachschlag

Das für Tarifpolitik der IG Chemie – Papier – Keramik zuständige geschäftsführende Hauptvorstandsmitglied Horst Mettke hat sich am 25. Oktober in die Nachschlagsdiskussion eingeschaltet. Zwar käme ein Rütteln an dem abgeschlossenen längerfristigen Tarifpaket nicht in Frage, dennoch würde durch die Preissteigerungen bzw. die im nächsten Jahr fälligen Steuererhöhungen „ein rasches Handeln und Reagieren“ auf anderen Tariffeldern notwendig. „Wer so viel verdient wie zur Zeit die chemische Industrie, muß auch bereit sein, die Arbeitnehmer daran angemessen zu beteiligen“, heißt es im „Pressedienst XXI/96“. Die IG Chemie will deshalb überprüfen, ob sie nicht die Tarifverträge über das 13. Monateinkommen und vermögenswirksame Leistungen kündigt. Ziel müßte es sein, 1989 eine entsprechende materielle Ausgleichszahlung im Rahmen des 13. Monateinkommens zu vereinbaren und des weiteren die vermögenswirksamen Leistungen von 624 auf 936 DM zu erhöhen.

und Aktion der handelnden Mitglieder vermeiden, wird den zutreffenden verbalen und papierenen Aufforderungen zu entsprechender politischer Schulungs- und Organisationsarbeit die entsprechende praktische Anstrengung folgen müssen. (Die internationalen Aspekte von Solidaritätsstreiks in Nr. 12/1988.)

Christoph Jetter

GdED-Kongreß stimmte Vertrag zu

Auf dem vom 16. bis 21. Oktober in Nürnberg stattgefundenen 13. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) beschlossen die Delegierten einen „Tarifpolitischen Handlungsrahmen“, der sich u. a. für Sicherung und Erhöhung der Einkommen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Teilzeitbeschäftigten sowie einen tariflichen Anspruch auf berufliche Weiterbildung ausspricht.

In den Handlungsrahmen eingeflossen sind auch Forderungen, die die Tarifkommission Bundesbahnarbeiter und alle Hauptfachgruppenkonferenzen im Vorfeld des Gewerkschaftstages nach Abschaffung der Leistungszulagen und Gedingeregulungen stellten. Diesen Forderungen entsprechend führte der Hauptvorstand die Verhandlungen mit dem Vorstand der Bundesbahn. Das Ergebnis ist ein „Tarifpolitischer Rahmenvertrag“, dem der Gewerkschaftstag seine Zustimmung gab. Schließlich wollte die GdED-Spitze, wie der neugewählte Vorsitzende Rudi Schäfer betonte, „keinen Blankoscheck“ ausstellen.

Nach dem mit dem Vorstand der Bundesbahn vereinbarten Rahmenvertrag sollen stufenweise folgende Ziele durchgesetzt werden:

„1. Abschaffung der bisherigen Leistungszulagen- und Gedingeregulungen bei Wahrung des Besitzstandes für die in diesen Bereichen tätigen Arbeiter.

auch künftig diesen Betrag statt der bisherigen 312 DM erhalten.

Am 22. April 1987 hatte angesichts der dreijährigen Laufzeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge – was ein tarifpolitisches Novum war – NACHRICHTEN den Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, gefragt, welche Handlungsmöglichkeiten er sehe, wenn die Preissteigerungen höher ausfallen würden als aus der Sicht des Jahres 1987 geschätzt. Ohne das Wort Nachschlag zu gebrauchen, meinte damals Steinkühler, daß die Gewerkschaften bei außergewöhnlichen Preissteigerungen und einer positiven konjunkturellen Entwicklung einen Ausgleich finden könnten. Zwei Tage nach Steinkühler erklärte Klaus Zwickel in Darmstadt-Wixhausen, daß unter solchen Bedingungen die Erhöhung des Urlaubsgeldes und des 13. Monateinkommens vorstellbar wäre.

Wie dem auch sei: Sollte die sich gegenwärtig abzeichnende Preisentwicklung Wirklichkeit werden, könnte aus den Betrieben die Forderung kommen, Einkommensverluste auszugleichen, in welcher Form auch immer. Die Gewerkschaften sollten solche Forderungen dann nicht ignorieren, denn sonst könnten sie, wie 1969 durch die Septemberstreiks, überrascht werden.

H. Sch.

2. Strukturelle Einzelmaßnahmen als zusätzliche Anreize zur Wahrnehmung bestimmter Tätigkeiten, zur beruflichen Fortbildung (Mehrfachqualifikation) und zur fachlichen und örtlichen Flexibilität wie

– Verbesserung der Entlohnung der Rangierarbeiter,

– Zulagen für Mehrfachqualifikationen,

– Zulagen für wechselnde Einsätze in verschiedenen Tätigkeitsbereichen bei Inkaufnahme erswerter Arbeits- oder Einsatzbedingungen.

3. Neustrukturierung der Lohngruppeneinteilung des LTV unter besonderer Berücksichtigung bahnspezifischer Besonderheiten (Aufwertung bahnspezifischer Tätigkeiten/Berücksichtigung von Mehrfachqualifikationen) sowie Höherqualifizierung der Facharbeiter durch Einbau der „Hochwertigkeit“ in die Lohngruppeneinteilung.

4. Neugestaltung der Lohngruppeneinteilung des LTV unter Beachtung der Eckwerte des Bundes; Anpassung der Lohn-tabelle an Bund (DB = 14 Lohngruppen/Bund = 9 Lohngruppen).“

Sollte der Punkt 1 des tarifpolitischen Rahmenvertrages bis zum 1. Januar 1990 nicht verwirklicht sein, so wird die Übergangsregelung, wie sie im Tarifvertrag Nr. 1 von 1984 enthalten ist, vorübergehend verlängert.

G. M.

Erfolg des VS: Haustarifverträge

Erstmals seit seiner Gründung erreichte der zur IG Druck und Papier gehörende Verband deutscher Schriftsteller (VS) den Abschluß von Haustarifverträgen. Diesen Erfolg des Verbandes, der sich seit seiner Gründung das Ziel gestellt hat, die materiellen und sozialen Bedingungen der AutorInnen zu verbessern, gab die Vorsitzende Anna Jonas auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am 6. Oktober während der Internationalen Buchmesse bekannt. In den Haustarifverträgen verpflichten sich folgende acht Verlage, den AutorInnen mindestens 10 Prozent des Netto-Ladenverkaufspreises als Honorar zu zahlen: Bund-Verlag, Luchterhand-Literaturverlag, Pahl-Rugenstein Verlag, Peter-Hammer-Verlag, Postsriptum-Verlag, Rotbuch-Verlag, Steidl-Verlag und Stralener Manuskripte-Verlag.

IG BSE für engeres Zusammenrücken

„Die organisierten Arbeitnehmer müssen in Europa zusammenrücken“, forderte der Bundesvorsitzende der IG Bau – Steine – Erden, Konrad Carl, am 18. Oktober in München auf einer Sitzung des Gesamtbetriebsrats vom Baukonzern Dyckerhoff + Widmann AG. Im Hinblick auf die Öffnung des europäischen Binnenmarktes habe bereits „das Trommelfeuer gegen die Arbeitnehmer“ begonnen. Sie „sollen gegeneinander ausgespielt werden“. Wie Carl weiter erklärte, beobachte seine Gewerkschaft mit großer Sorge die Konzentration der Baubranchenriesen. So würden

von bundesdeutschen Großunternehmen zunehmend Niederlassungen in Spanien und Portugal gegründet. Dort aber lehnten die Regierungen gewerkschaftliche Forderungen nach Verbesserung des Arbeitsschutzes und der sozialen Sicherheit mit dem Hinweis auf die höhere Arbeitsproduktivität in den nördlichen EG-Ländern ab.

DGB fordert Kommunalwahlrecht

Der niedersächsische DGB startete Anfang Oktober gemeinsam mit dem Landesjugendring und dem „Initiativausschuß Ausländische Mitbürger“ eine Unterschriften- und Aufklärungskampagne. Ziel ist es, die Reform des geltenden Ausländerrechts durchzusetzen. Erneuert wird auch die Forderung nach Kommunalwahlrecht für ausländische Mitbürger, die länger als fünf Jahre in der Bundesrepublik leben.

Gewerkschaft Leder nimmt Kurs auf „35“

Ende Dezember laufen die Tarifverträge für die knapp 39000 Beschäftigten der Schuhindustrie aus. Wie die zuständige Gewerkschaft Leder (GL) in ihrem „Express“ vom Oktober bekanntgab, wird die Verkürzung der Arbeitszeit die wichtigste Forderung sein, denn „35 heißt das Ziel“. Sie will „alles daransetzen, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen“. Zur Vorbereitung der Tarifrunde hat die GL eine Broschüre herausgegeben, in der die Gründe und Argumente für die Arbeitszeitverkürzung zusammengefaßt sind.

„Interne Mitteilung“ von VW

Am 16. August hatte die IG-Metall-Fraktion des VW-Betriebsrats dem Management zugesichert, ihr „Heil nicht in der Konfrontation und Verweigerung, sondern in der Einflußnahme und Gestaltung“ zu suchen. Und schon einen Monat später kam die Antwort auf Unternehmerart. In einer vom 16. September datierten „Internen Mitteilung“ wird festgestellt, daß es in den sechs inländischen Volkswagenwerken nach der Wahl im März 1988 rund 6000 gewerkschaftliche Vertrauensleute der IG Metall gibt.

Wenngleich das Betriebsverfassungsgesetz für gewerkschaftliche Vertrauensleute keine besonderen Rechte gewährte, sei es bei VW bisher betriebliche Praxis, „daß gewerkschaftliche Tätigkeiten von Vertrauensleuten im Betrieb überwiegend während der Arbeitszeit ausgeführt und von der Unternehmensleitung geduldet werden“. Mit der IG Metall war 1985 vereinbart worden, daß die Vertrauensleutetätigkeit während der Arbeitszeit ein bestimmtes monatlich festgelegtes Stunden-

volumen nicht überschreiten soll und diese Zeit zu erfassen ist.

Inzwischen sei jedoch festzustellen, so in der „Internen Mitteilung“, daß aus dem Produktionsbereich Fertigungsfallzeiten gemeldet würden, „deren Ursache sogenannte Mitarbeiterzusammenkünfte sind, in denen Vertrauensleute ihre Kollegen „informieren“. Diese will das VW-Management in Zukunft verhindern. Es mutet nunmehr den Vertrauensleuten zu, die 40 Minuten bezahlter Erholungszeiten, neben der AZO-Pause, für Informations- und Kommunikationszwecke zu nutzen, als ob die gewerkschaftlichen Vertrauensleute die Erholungszeiten nicht ebenso dringend wie alle anderen Beschäftigten benötigen.

Das VW-Management befiehlt: „Eine Vorgabe von Arbeitsfehl- bzw. Fertigungsfallzeiten wegen Information von Mitarbeitern wird es nicht geben.“ Basta. Schritt für Schritt sollen so erkämpfte und praktizierte Rechte beseitigt werden. H. Sch.

Hamburgs Schulen dicht: Lehrer streikten

Am 26. Oktober waren in Hamburg zahlreiche Schulen geschlossen. Rund 7000 Lehrer beteiligten sich an dem eintägigen Streik, zu dem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aufgerufen hatte. Vorausgegangen war eine Urabstimmung, bei der 82 Prozent der in der GEW organisierten Lehrer, trotz Drohung der Hamburger SPD-Schulbehörde mit Zwangsgeld und Gehaltsabzug, für Kampfmaßnahmen stimmten. In Demonstrationen waren die Streikenden zur Kampagnenfabrik gezogen. U. a. sprach der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder. Er forderte Arbeitszeitverkürzungen für Lehrer und bundesweit die Einstellung von 20000 arbeitslosen Pädagogen. Die Tarifabschlüsse seien so niedrig gewesen, daß die Länderfinanzminister keine zusätzlichen Mittel auszugeben brauchten. Wie Wunder weiter ankündigte, sollen auch in anderen Bundesländern ähnliche Kampfmaßnahmen stattfinden.

GHK will kein Wassersüppchen

Mitte Oktober sind die Manteltarifverhandlungen für die Holzindustrie im Tarifgebiet Hessen/Rheinland-Pfalz in vierter Verhandlungsrunde gescheitert. Die zuständige Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) hat inzwischen die Schlichtung angerufen. Unter der Losung „35 Stunden sind genug“ forderte die Gewerkschaft einen kräftigen Schritt in diese Richtung. Doch was die Unternehmer boten, war „ein dünnes Wassersüppchen, das auch noch versalzen war“. Sie erklärten sich lediglich bereit, die Arbeitszeit ab Oktober nächsten Jahres um eine halbe Stunde zu verkürzen und die Löhne und Gehälter ab kommenden Februar um 2,4 Prozent aufzustocken. Das gleiche sollte es dann 1990 geben. Angesichts der günstigen wirtschaftlichen Lage der Holzindustrie, die „auf Teufel komm raus“ produziert, wird das Angebot von vielen Holzarbeitern als Provokation empfunden.

Tarifvertrag für weiteres Gebiet

Ende Oktober schloß die IG Metall für die rund 145000 Beschäftigten im Tarifgebiet Südwürttemberg einen Rahmentarifvertrag ab. Er schreibt den Anspruch auf betriebliche Weiterbildung ab 1. April 1989 fest. Einzelheiten sollen zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat festgelegt werden. Ein analoger Vertrag war bereits im Frühjahr dieses Jahres für Nordwürttemberg/Nordbaden vereinbart worden.

Beteiligungserwerb aus der Portokasse? Zum Bilanzergebnis von Daimler-Benz

Einen Limousinenservice stellte Daimler-Benz den Teilnehmern nebst ihren Gattinnen der IWF- und Weltbanktagung Ende September in Westberlin zur Verfügung, damit sie und einige der 6000 Banker die Einladung zu Herbert von Karajan, in die Berliner Oper und in das Charlottenburger Schloß auf angemessene Art und Weise wahrnehmen konnten. Eigentlich naheliegend, denn auch Daimler-Benz profitiert von der Ausbeutung der Dritten Welt, die trotz Verelendung und Schuldenkrise fortgesetzt wird.

Der Absatz in Brasilien, wo das größte ausländische Werk steht, ging zwar aufgrund der durch IWF-Auflagen erzwungenen schlechten wirtschaftlichen Lage um 5 Prozent zurück, aber die Exporte innerhalb Lateinamerikas und nach USA stiegen zum Ausgleich um zwei Drittel, so daß die Gesamtproduktion zunahm. In Argentinien, wo dank der IWF-Politik inzwischen eine deutliche Verarmung der Bevölkerung zu konstatieren ist, stieg der Absatz sogar um 5 Prozent, die Produktion um 11 Prozent. Beinahe drei Fünftel der Umsatzerlöse entfallen inzwischen bei Daimler-Benz auf das Ausland, davon 16 Prozent auf Länder der Dritten Welt. Das beeinträchtigt zwar die Binnenmarktstrukturen in der Bundesrepublik, ist aber profitabel: Der Auslandsabsatz nahm im Geschäftsjahr 1987 um 4,6 Prozent zu, während das Inlandsgeschäft bei 0,8 Prozent stagnierte.

Bei einem Gesamtwachstum von 3,0 Prozent in 1987 machte das Automobilgeschäft dabei drei Viertel der Umsatzerlöse aus, und nur ein Viertel erwirtschafteten die Beteiligungen AEG, Dornier und MTU. 19,5 Mrd. DM oder 28,8 Prozent der Umsatzerlöse brachte die Nutzfahrzeugproduktion ein. Das Hauptgeschäft wurde 1987 aber nach wie vor mit der Inlandsproduktion von Pkws bestritten: 31,5 Mrd. DM und damit 46,6 Prozent der Umsatzerlöse. Der vielgeschmähte Standort Bundesrepublik hat offenbar doch seine Vorzüge.

Als „Stabilisierung auf hohem Niveau“ stellte Edzard Reuter das Jahresergebnis 1987 vor. Der Jahresüberschuß des Konzerns liegt mit 1,782 Mrd. DM geringfügig höher als vergangenes Jahr. Die wesentlichen Kostenblöcke, Material- und Personalaufwand, sind im Vergleich zum Umsatz leicht überdurchschnittlich gestiegen. Ebenfalls angestiegen ist allerdings der „sonstige betriebliche Aufwand“, ein Anstieg, der durch die Erhöhung der „sonstigen betrieblichen Erträge“ nicht völlig ausgeglichen wird. Hinter diesen neuen Bezeichnungen aus der Terminologie des Bilanzrichtliniengesetzes verbirgt sich im wesentlichen die Bildung und Auflösung der Rückstellungen und Rücklagen des Unternehmens. Gestiegener Aufwand heißt also höhere Rückstellungen.

Beteiligungsergebnis und Zinsergebnis fallen wiederum niedriger als im Vorjahr aus: das Beteiligungsergebnis, weil eine einmalige Sonderzahlung entfiel, und das Zinsergebnis, weil, nach Angaben des Konzerns, die Zinserträge ausländischer Töchter bei der Währungsumrechnung durch den Wertverlust der DM geschmälert wurden. Der Börsen-Crash vom Oktober 1987 findet dagegen als mögliche Ursache für Zinsverluste im Geschäftsbericht keinerlei Erwähnung, obwohl 16 Mrd. DM an liquiden Mitteln – Wertpapiere, Zahlungsmittel, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände – zu verwalten und verwerten sind. Das entspricht mehr als einem Drittel der Bilanzsumme. Wurden die alle mündelsicher angelegt? Oder hat Daimler-Benz Spekulationsgewinne machen können? Oder wachsen die stillen Reserven durch den laufenden Kursanstieg jetzt an? Vieles ist denkbar, aber man erfährt es nicht.

Der Zuwachs des Jahresüberschusses dagegen ist nach dem Gesagten darauf zurückzuführen, daß sich der Steueraufwand verringert hat; das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“, wie es jetzt heißt, sank um 580 Mill. DM, aber die Steuern nahmen stärker um 644 Mill. DM ab. Was täten unsere bundesdeutschen Konzerne ohne die Steuermilliarden – der anderen! Diese Frage drängt sich besonders heftig auf, wenn man die kumulierte Abschreibungssumme betrachtet, die nach neuem Recht ausgewiesen werden muß: 28,4 Mrd. DM auf den gegenwärtigen Bestand des Vermögens. Was hätte aus den Steuern alles finanziert werden können, die hier verschenkt wurden?

Auf den ersten Blick werden also die Spielräume kleiner, wenn auch die absoluten Beträge fast alle anderen Unternehmen in den Schatten stellen. Bei näherem Hinsehen ändert sich das Bild: Diese Bilanz ist die erste, die nach dem neuen Recht erstellt wurde, und die Manipulationsmasse und -möglichkeit hat die Phantasie des Finanzmanagements erfolgreich herausgefordert: Bei Daimler-Benz ist die rechtliche Anpassung bereits auf Konzernebene vollzogen worden, obwohl das erst für 1990 nötig wäre. Durch diesen Schritt sind die Bewertungsansätze für Sachanlagen, Pensionszahlungen

und Vorräte bei den drei neuen Töchtern AEG, Dornier und MTU an die der Muttergesellschaft angepaßt worden. Anpassung bedeutet in diesem Fall, daß offene in stille Reserven umgewandelt wurden.

Im Ergebnis ist dadurch das Eigenkapital buchungstechnisch um anderthalb Mrd. DM verringert worden, so daß die Eigenkapitalquote an der Bilanzsumme von 26 Prozent auf 21 Prozent gesunken ist. Dahinter steckt u. a. eine hypothetische Verzinsung der Pensionsrückstellungen mit nur 3,5 Prozent statt 6 Prozent, die der Gesetzgeber zuläßt (= 4 Mrd. DM Differenz), und eine einmalige statt über fünf Jahre verteilte Abschreibung des Goodwills aus dem AEG-Kauf (= 1 Mrd. DM). Die Rückstellungen steigen denn auch um 5 Mrd. DM. Ohne diese Anpassungen läge die Eigenkapitalquote bei 32 Prozent. Die so künstlich geschaffene Eigenkapitallücke will Daimler-Benz in den kommenden Jahren aus den laufenden Erträgen auffüllen.



4., voll-kommen neubearbeitete Auflage, 219 Seiten, 22 DM

Zieht man weiter in Betracht, daß bis 1992 jeweils 25 Mrd. DM für Investitionen und Forschungsmittel geplant sind, kann man mit Recht behaupten, Daimler-Benz ist für die weitere Globalisierung der Märkte und den EG-Binnenmarkt 1992 bestens gerüstet. Der verschärften Konkurrenz im Pkw-Bereich, vor allem durch die Japaner und auch die Schweden, die vergleichbare Qualitätsmarken anbieten und anbieten wollen, kann Daimler-Benz bei der Führungsposition, die es im EG-Rahmen innehat, gelassen entgegentreten: es steht gegenwärtig auf Platz vier unter den 100 größten Unternehmen der EG.

In der Zwischenzeit wird der Umbau zum Technologiekonzern weiter vorangetrieben: Der Anteil der Elektronik an der Wertschöpfung soll beim Automobil von heute 5 auf über 20 Prozent steigen, Fabrikautomatisierung und Bürokommunikation entwickelt und der endgültige Einbruch in die Luft- und Raumfahrttechnologie vollzogen werden. In dieses längerfristige Konzept, das Edzard Reuter auf der Hauptversammlung seines Unternehmens entwickelte, fügt sich der Erwerb einer Beteiligung an MBB nahtlos ein.

Gerüstet im wahrsten Sinne des Wortes ist Daimler-Benz dann – finanziell steht dem nichts entgegen: Um 2 Mrd. DM übertrifft der Cash-flow heute noch die Investitionen.

Angelina Sörgel

Herbstgutachten

Das von fünf großen Wirtschaftsforschungsinstituten Ende Oktober vorgelegte „Herbstgutachten“ beleuchtet eine überraschend stabile aktuelle Konjunkturlage. Mit einem für 1988 erwarteten Wirtschaftswachstum von real 3,5 Prozent wird das beste Ergebnis der 80er Jahre erreicht. Die Prognose für 1989 fällt dagegen weit bescheidener aus, aber mit real 2 Prozent Wirtschaftswachstum wird trotzdem noch nicht das Ende des vergleichsweise schwachen, aber langanhaltenden Konjunkturaufschwungs seit Anfang 1983 erwartet.

Neben vielen günstigen „Sonderfaktoren“, die das Wachstum seit 1987 gestützt haben – dazu zählen vor allem die niedrigen Rohstoffpreise, insbesondere beim Rohöl –, erklärt sich die doch recht stabile Binnenkonjunktur vor allem aus außenwirtschaftlichen Momenten. Entgegen den Erwartungen haben die Schwankungen des Dollarkurses und der Börsenkrach vom Oktober '87 weder der bundesdeutschen Exportkraft noch der Dynamik der Weltmarktexpansion geschadet. Die Exporte haben trotz des sehr hohen Stands weiter deutlich zugenommen und sollen dies nach den „Eckdaten“ des Herbstgutachtens auch 1989 weiter tun. Da die Importe zwar ebenfalls steigen, aber kaum stärker als die Exporte, wächst der Handelsbilanz- und Leistungsbilanzüberschuß der BRD weiter.

Die Rückwirkungen dieses an sich hochgradig störenden Ungleichgewichts für den Welthandel sind aktuell noch nicht sichtbar. Denn bislang hat eine gewisse Ungleichzeitigkeit der internationalen Konjunkturverläufe – darunter die starke Wachstumsbeschleunigung in Japan und in den südostasiatischen Schwellenländern 1987/88 – dafür gesorgt, daß die Defizitländer im Zuge absolut rasch expandierender Weltmärkte keine krisenerzeugenden Absatzrückgänge hinnehmen mußten.

Die für 1989 erwartete deutliche Wachstumsverlangsamung wird ganz überwiegend einer nachlassenden Binnennachfrage zugeschrieben. Eine auf etwa 2,5 Prozent beschleunigte Inflation, die Verbrauchssteuernerhöhungen und eine eher wieder restriktiv wirkende staatliche Haushaltspolitik werden vor allem die Konsumnachfrage wesentlich dämpfen, während die Investitionen auf einem mäßigen Expansionspfad bleiben sollen, der vor allem von dem hohen Rationalisierungsbedarf bestimmt wird.

Während das gegenwärtige und erwartete Wachstum für zufriedenstellend erachtet wird, bleiben positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sehr begrenzt. Zwar nimmt die Zahl der Arbeitsplätze im Tempo von einhundertfünfzig- bzw. einhunderttausend jährlich weiter zu – womit noch nichts über deren Qualität gesagt wird. Das reicht aber bei weitem nicht aus, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit auch

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	August 1988	Veränderung in v. H. gegenüber Juli 1988	August 1987
Produktion	98,6	- 1,2	+ 4,8
Auftragseingänge ¹	133,0	+ 1,5	+ 13,8

1 nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

2. Preise

Index 1980 = 100	September 1988	Veränderung in v. H. gegenüber August 1988	September 1987
Lebenshaltung	122,6	0,0	+ 1,4
Industriepreise ¹	96,7	+ 0,2	+ 1,7
Landw. Erzeugerpreise ²	92,8	+ 1,4	- 1,2
Importpreise ³	96,7	+ 0,5	+ 1,3
Exportpreise ³	119,1	+ 0,2	+ 2,8

1 1985 = 100, 2 Juni, 3 August

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	September 1988	Veränderung in 1000 gegenüber August 1988	September 1987
Beschäftigte ¹	26 421	-	+ 144
Arbeitslose	2 100	- 67	- 7
Kurzarbeiter	155	+ 22	- 98
Offene Stellen			

1 August

(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit)

4. Eckdaten des „Herbstgutachtens“

	1987	1988	1989
Privater Verbrauch	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,0
Staatsverbrauch	+ 1,6	+ 2,0	0,0
Investitionen	+ 1,8	+ 5,5	+ 3,5
Ausfuhr	+ 0,8	+ 5,0	+ 4,0
Einfuhr	+ 4,9	+ 6,5	+ 4,0
Arbeitsproduktivität	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5
Arbeitslose (in 1000)	2 230	2 250	2 300
Verbraucherpreise	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ²	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,0
Unternehmertätigkeit/ Vermögen ²	+ 4,0	+ 9,0	+ 4,0
Bruttosozialprodukt	+ 1,8	+ 3,5	+ 2,0

1 Reale Ziffern, d. h. preisbereinigt

2 Nominale Ziffern

(Quelle: „Herbstgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute)

nur zu stoppen. Während für 1988 mit einem Anstieg um etwa 20 000 im Jahresdurchschnitt gerechnet wird, dürften es 1989 nochmals 50 000 mehr sein. Das siebte „Aufschwungjahr“ würde also einen Rekord von mehr als 2,3 Millionen registrierten Arbeitslosen mit sich bringen.

Die immer skandalöser werdenden Verteilungsrelationen – 1988 sind die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ erneut mehr als doppelt so rasch gestiegen wie die Lohneinkommen – und

die konjunkturbedingt günstigeren Steuereinnahmen schaffen zusätzliche, unerwartete Spielräume zur Finanzierung von wirksamer Beschäftigungspolitik. Doch statt dessen werden neue Kürzungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit vorgenommen, wird einer arbeitsplatzvernichtenden „Flexibilisierung“ und einer Verlängerung der „Maschinenlaufzeiten“ das Wort geredet. Die Arbeitslosigkeit mit ihren sozialen und ökonomischen Folgen wird zu einer „Fußnote“ der Wirtschaftsberichterstattung.

J. G.

Der McKinsey-Einsatz und seine Folgen bei ABB

„Projekt OGK – Optimierung der Gemeinkosten bei ABB Deutschland.“ Unter dieser Bezeichnung läuft in den nächsten Monaten in allen bundesdeutschen Werken (über 35 000 Beschäftigte) der ASEA BROWN BOVERI AG (ABB) eine Untersuchung durch McKinsey. Ziel der Konzernleitung ist es, durch internationale Arbeitsteilung sowie mittels der OGK den neuen Multi, der aus der Fusion zwischen der schwedischen ASEA und dem Schweizer BROWN BOVERI (BBC)-Konzern hervorging, konkurrenzfähiger zu machen, um auf dem Kraftwerkmarkt weltweit die Nr. 1 zu werden und für den europäischen Binnenmarkt 1992 gerüstet zu sein.

Die gleiche Untersuchung läuft parallel durch McKinsey unter der Bezeichnung „Streamlining“ im Kraftwerksbereich in den Schweizer Werken der früheren BBC und wird ab der Phase 3 (Neugestaltung) synchron mit dem Kraftwerksbau in Mannheim weitergeführt. Im Mannheimer Hauptwerk Käfertal der ehemaligen BBC (seit Juni 1988 ABB) wurde die Absicht, eine OGK durchzuführen, im Februar dieses Jahres, gemeinsam mit tiefgehenden Umstrukturierungsmaßnahmen im Unternehmensbereich Kraftwerke und der Schließung des Transformatorenbaus, dem Wirtschaftsausschuß mitgeteilt.

Am 24. Februar, ein Tag nach Bekanntgabe der ersten Pläne, legten über 4 000 Arbeiter und Angestellte die Arbeit nieder, um gegen die Konzernpläne zu protestieren. Seitdem wurde noch 12mal die Arbeit niedergelegt und mehrere Aktionen, darunter eine 3tägige Betriebsversammlung, gemeinsam mit einem Solidaritätskomitee, durchgeführt. Alle Maßnahmen zusammen genommen würden am Standort Mannheim-Käfertal (rund 7 500 Beschäftigte) zwischen 1 500 und 2 000 Arbeitsplätze gefährden und den Standort mittelfristig ganz in Frage stellen.

Durch den Druck der Belegschaft konnte der örtliche Betriebsrat, ergänzend zu einer Rahmenbetriebsvereinbarung des Gesamtbetriebsrates, eine Vereinbarung erreichen, die im Ergebnis der Optimierung der Gemeinkosten den Abbau an Arbeitsplätzen, unter möglicher Vermeidung von Kündigungen, auf 300 begrenzt und einen Teil der gewerblichen Beschäftigten ausklammert. In den anderen ABB-Werken im Mannheimer Raum ist es nicht gelungen, Begrenzungen zu vereinbaren. Dort stehen nochmals mehrere hundert Arbeitsplätze im Zuge der OGK auf dem Spiel.

Untersucht werden von Juni 1988 bis Mitte 1989 die Arbeitsplätze von über 4 000 Arbeitern und Angestellten allein im Werk Käfertal. Die OGK-Methode von McKinsey konzentriert sich auf alle Produktivitätsreserven (Kapital, Material und Personal). Diese Methode besteht aus einer Gemeinkostenwertanalyse (GWA) und übergreifenden Projekten. Übergreifende Projekte können bereits definiert sein – so werden

im ABB-Werk Ladenburg acht Projekte neben der GWA verfolgt –, aber auch als Ergebnis der Gemeinkostenwertanalyse als Bereichs- oder standortübergreifende Einsparungsmaßnahmen verfolgt werden.

Die GWA wird von ABB-Führungskräften vorgenommen. McKinsey selbst bleibt im Hintergrund, organisiert die OGK, liefert die Methode, schult und unterstützt die GWA-Teams auf den verschiedenen Ebenen der ABB-Hierarchie, Abteilungsleiter und Gruppenleiter müssen als Leiter von Untersuchungseinheiten 40 Prozent Einsparungsideen entwickeln, die dann auf ihre Realisierung hin geprüft werden. Die Abneigung vieler Vorgesetzter gegen die

40-Prozent-Methode und der Druck auf das mittlere Management eröffnet auch vereinzelt neue Möglichkeiten des Zusammenwirkens mit den Betriebsräten. Die Betriebsräte in Mannheim-Käfertal werden im Dezember für den Kraftwerkbereich die „zu beantragenden Maßnahmen“ auf den Tisch bekommen, um innerhalb von vier Wochen (!) eine Stellungnahme abzugeben.

Die damit verbundenen Probleme für Betriebsräte werden deutlich im Mannheimer Werk von Daimler-Benz, in dem während der letzten Monate wie auch bei Opel und Porsche eine OGK erfolgte. Obwohl der Betriebsrat bei Daimler-Benz in Mannheim eine Kommission aus mehreren Betriebsräten bildete, die eng mit den Abteilungsbetriebsräten und den Vertrauensleuten zusammenarbeitet und „vor Ort“ die vorgeschlagenen Einsparungen überprüft, ist die Masse an Papier und die Komplexität der betrieblichen Zusammenhänge nur schwer zu bewältigen. Der Betriebsratsvorsitzende befürchtet die Vernichtung von bis zu 1 200 Arbeitsplätzen durch die OGK im Daimler-Benz-Werk Waldhof. Obwohl ähnlich wie bei ABB der „Schaden begrenzt“ werden konnte und keine betriebsbedingte Kündigung erfolgt, wird der zwar „sozialverträgliche“ Abbau dieser Arbeitsplätze die Massenarbeitslosigkeit in der Stadt Mannheim verschärfen, die jetzt schon die höchste Arbeitslosenrate in Baden-Württemberg hat.

Peter Schoder,
Betriebsrat bei ABB
Mannheim/Käfertal

Frankfurt-Thesen von Gesamtmetall (19.10.1988)	Frankfurter Synthesen der IG Metall (29.10.1988)
1. Den Strukturwandel bremsen, kostet Arbeitsplätze	1. Den Strukturwandel sozial gestalten, schafft Arbeitsplätze
2. Die soziale Dimension Europas erfordert Kooperation	2. Die Vollendung des EG-Binnenmarkts setzt die Schaffung des EG-Sozialraums voraus
3. Auch im Hochlohnland Bundesrepublik können die Arbeitsplätze gesichert werden	3. Aus dem Hochlohnland Bundesrepublik sollte nicht mehr Arbeitslosigkeit exportiert werden
4. Der Produktivitätszuwachs kann nicht mehrfach verteilt werden	4. Das Volkseinkommen muß anders verteilt werden
5. Kollektive Arbeitszeitverkürzung führt in die Sackgasse	5. Arbeitszeitverkürzung für alle ist besser als Arbeitslosigkeit für viele
6. Flexibilisierung ist ein Schlüssel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	6. Verteilungsgerechtigkeit ist ein Schlüssel zur Vollbeschäftigung
7. Im Unternehmen von morgen sind Mitsprache und Mitverantwortung gefordert	7. In der Wirtschaft von morgen werden Mitbestimmung und Selbstverantwortung gefördert
8. Neue Techniken eröffnen auch den Frauen neue Chancen	8. Mehr Demokratie eröffnet auch den Frauen mehr Chancen
9. Die Qualifizierungsoffensive für den Facharbeiter 2000 muß verstärkt werden	9. Die gesellschaftliche Offensive für den Sozialstaat 2000 muß gestartet werden
10. Wir Unternehmer wollen den Dialog	10. Wir Gewerkschafter wollen die Demokratie

Siehe dazu auch Seite 33

Beschlußreifes Sparkonzept soll Ende Juni vorliegen

Auf der DGB-Klausurtagung am 22. Oktober in Frankfurt standen wiederum die Sparmaßnahmen zur Diskussion. Grundlage dafür war die Vorlage, auf die sich die DGB-Landesbezirksvorsitzenden verständigt hatten (siehe NACHRICHTEN 10/88). Auch in Frankfurt kam es noch nicht zu konkreten Ergebnissen, wobei Einigung erzielt wurde, daß gespart werden muß. Um in der Sparfrage weiterzukommen, hat der DGB-Bundesvorstand sein geschäftsführendes Gremium beauftragt, bis zum 30. Juni 1989 ein beschlußreifes Konzept für die Organisationsentwicklung vorzulegen.

In Zusammenarbeit mit dem Organisationsausschuß – ihm gehören Vertreter aller 17 Mitgliedsgewerkschaften und der Landesbezirke an – sollen die Strukturen und Arbeitsschwerpunkte so gewichtet werden, daß der DGB seinen zukünftigen Aufgaben gerecht werden kann. „Dabei sind die Personengruppenarbeit, der Handwerksbereich und der Bereich der beruflichen Bildung ebenso einzubeziehen wie die Organisation des Rechtsschutzes“, heißt es wörtlich in dem Beschluß. Außerdem soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden mit dem Auftrag, „Kriterien und Vorschläge für die Neuabgrenzung der DGB-Kreise zu erarbeiten, deren Ergebnis sich im Rahmen der politischen Notwendigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zu bewegen hat“, wobei es die übereinstimmende Meinung gab, daß die Präsenz des DGB „in der Fläche“ soweit wie möglich erhalten werden muß.

Die jüngste Klausurtagung des DGB-Bundesvorstandes brachte ein Ergebnis, das zu Protesten führte. Ohne zuvor mit den Beschäftigten gesprochen zu haben, empfahl die Mehrheit des Bundesvorstandes dem Bund-Verlag, die seit 39 Jahren existierende DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ Ende des Jahres ersatzlos einzustellen. Mehrere Mitglieder der DGB-Spitze, darunter auch die Vorsitzenden der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten, Erwin Ferlemann und Günter Döding, enthielten sich der Stimme. Und der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dieter Wunder, sieht eine publizistische Lücke.

Obwohl die ersatzlose Einstellung der „Welt der Arbeit“, die in den letzten Jahren zweifellos an politischem und publizistischem Profil gewonnen hat, indem sie u. a. auch heiße Eisen aufgriff, überraschte, ist eine Neustrukturierung des DGB-Pressewesens erneut seit der Klausurtagung des DGB-Bundesvorstandes vom Frühjahr dieses Jahres im Gespräch. So gab es zwischenzeitlich Überlegungen, die „Welt der Arbeit“ mit der monatlich erscheinenden DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ zu koppeln, aufmachungsmäßig und inhaltlich zu verändern und das daraus entstehende Organ 14tägig erscheinen zu lassen. Für diese Variante soll

sich besonders das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Lothar Zimmermann, stark gemacht ha-

Franz Kersjes:

Abbau im DGB ist kein Konzept

Daß eine Neuordnung des DGB-Pressewesens unumgänglich geworden ist, daran besteht auch für Franz Kersjes, dem Landesbezirksvorsitzenden der IG Druck und Papier und der im Aufbau befindlichen IG Medien in Nordrhein-Westfalen, kein Zweifel. Gegen die Art und Weise allerdings, wie jetzt über den Kopf der Belegschaft und des Betriebsrates hinweg der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand das „Aus“ für die „Welt der Arbeit“ eingeläutet hat, legt der führende Mediengewerkschafter in NRW entschiedenen Protest ein. In einem Gespräch mit „NACHRICHTEN“ erklärte er dazu am 18. Oktober anlässlich einer Tagung der IG Medien in Dortmund:

„Ich halte es für falsch, wenn jetzt ohne eine publizistische Alternative, ohne ein Konzept, gewissermaßen scheinbarweise das Pressewesen des DGB demontiert wird und dabei auch noch, wie jetzt im Fall der ‚Welt der Arbeit‘, Betriebsrat und Belegschaft nicht rechtzeitig informiert werden. So kommt man nicht aus der Krise des DGB-Pressewesens heraus, sondern manövriert den DGB in neue Schwierigkeiten hinein.“

Der DGB kann meiner Meinung nach auch in Zukunft nicht auf eine eigene Stimme verzichten. Deshalb müßte zunächst einmal gründlich über ein neues publizistisches Konzept nachgedacht werden, bevor man zu Einstellungsbeschlüssen kommt. Schon erhebt sich überall die Frage, was denn nun aus der Jugendzeitschrift ‚ran‘, aus dem ‚Angestelltenmagazin‘ und anderen Publikationen wird. Wenn wir mit dem DGB-Pressewesen wie mit einer Salamiwurst umgehen, dann wird es eines Tages ein böses Erwachen geben. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft, eine der größten Errungenschaften nach dem zweiten Weltkrieg, kann da nur Schaden nehmen.

ben, der sich ebenfalls bei dem Einstellungsbeschluß der Stimme enthielt. Und auch Detlef Hensche, der stellvertretende IG-Druck-Vorsitzende, bedauerte in einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ (20. Oktober), daß „dieser Vorschlag und auch andere Überlegungen nicht mehr weiter verfolgt werden“.

Zweifellos ist die „Welt der Arbeit“ finanziell ein Verlustgeschäft. Jedoch ist zu fragen, ob der DGB sowie seine Gliederungen alles getan haben, diesem Organ die entsprechende öffentlichkeitswirksame und finanzielle Basis zu schaffen. Beredt führt denn auch der Chefredakteur Dieter Schmidt Klage über die personelle Ausblutung. Seit Jahren sei die unterbesetzte Redaktion nicht mehr aufgefrischt worden. Drei Mitarbeiter mußten sich nach gewerkschaftlicher Art per Gericht hier einklagen, nachdem sie über ein Jahr ohne Anstellung arbeiteten. G. M.

Daran sollten jetzt alle Gewerkschaften denken und überlegen, wie der DGB seine wachsenden Aufgaben in Zukunft noch erfüllen kann. Den Aufruf ‚Verteidigt die Einheitsgewerkschaft‘, den der unvergessene Loni Mahlein immer wieder in den Vordergrund gerückt hat, kann man heute nur dadurch in die Tat umsetzen, indem man den DGB vor publizistischer und personeller Auszehrung bewahrt und ihn mehr denn je politisiert und politisch aufwertet.

Einen Abbau von etwa 180 Arbeitsplätzen, wie er gegenwärtig beim DGB im Gespräch ist, halte ich jedenfalls für unerträglich, wenn die immer größer werdenden Aufgaben bewältigt werden sollen.



Das Thema, wie soll es mit dem DGB weitergehen, gehört jetzt auch verstärkt in die Einzelgewerkschaften. Für alle Gewerkschaften ist und bleibt ein starker DGB wichtig, vor allem an der Basis, wo seine koordinierende Funktion bei den gemeinsamen Aktionen unverzichtbar ist.

Straffung und Effektivierung der Organisation ist sicher nötig, aber unüberlegter Abbau, gerade wenn er scheinbarweise und unter Verletzung von gewerkschaftlichen Prinzipien erfolgt, kann sich nur schädlich auswirken.“

Zusammenarbeit mit Verbänden der CGT und Intersindical möglich

Auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bau – Steine – Erden (BSE), der vom 2. bis 7. Oktober in der Nürnberger Frankenhalle stattfand, waren von 332 gewählten Delegierten 331 anwesend. Sie repräsentierten noch 470 154 Mitglieder. Dies waren 37 374 weniger als vor drei Jahren in Hamburg. Davon waren 267 ehren- und 65 hauptamtlich. Die Zahl der weiblichen Delegierten erhöhte sich von fünf auf zehn. Das Durchschnittsalter der Delegierten betrug 50,65 Jahre und der Durchschnittsbeitrag 50,49 DM.

Unter lebhaftem Beifall wurde zum erstenmal auf einem Gewerkschaftstag der BSE eine Vertretung der IG Bau – Holz der DDR, unter Leitung des Vorsitzenden Lothar Lindner, begrüßt.

Sowohl in seinem mündlichen Geschäftsbericht als auch in seinem Grundsatzreferat „Mit sinnvoller Arbeit für eine gesicherte Umwelt in eine soziale Zukunft“ setzte der Bundesvorsitzende der BSE, Konrad Carl, wichtige gewerkschaftspolitische Akzente. Er sprach sich dafür aus, die strategischen Waffen zu reduzieren und die chemischen Waffen weltweit zu verbieten. Der erste Schritt könne und müsse ein atomwaffenfreier europäischer Bereich und ein chemiewaffenfreies Europa sein. Durch das Befreien von den Fesseln der nuklearen Gefahr könnten finanzielle und geistige Mittel freigesetzt werden für eine lebenswerte Umwelt, gegen Hunger, soziale Unsicherheit und für demokratische Verhältnisse überall in der Welt.

Carl stellte fest, daß in der Bauwirtschaft seit 1980 rund 300 000 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz verloren hätten. Allein im Bauhauptgewerbe sei in den letzten drei Jahren die Beschäftigtenzahl um 120 000 gesunken. Durch das Einfrieren der produktiven Winterbauförderung und Abführen von Arbeitgeberbeiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung für Schlechtwettergeldbezieher, das die Bundesregierung neu veranlaßte, drohe die Bauwirtschaft wieder zu einem Saisongewerbe zu werden.

Die Unternehmer investierten ungenügend. Dabei sei Kapital für Investitionen im Überfluß vorhanden. Insgesamt geisterten 170 Milliarden DM auf internationalen Finanzmärkten herum, die in der Bundesrepublik erarbeitet worden seien. Wer wirklich Arbeitsplätze schaffen wolle, der müsse an dieses Geld heran. Hier müßte der Hebel angesetzt werden, um Finanzmittel für gesellschaftlich notwendige Investitionen zu beschaffen.

In einem Siebenpunktprogramm verdeutlichte Konrad Carl die Vorstellungen seiner Gewerkschaft:

1. Den sofortigen Einstieg in ein Sonder-

vermögen „Bauen und Umwelt“, mit dessen Hilfe 20 Milliarden DM Umweltschutzinvestitionen zusätzlich mobilisiert und 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

- Die Einführung einer Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen.
- Den Start einer Zukunftsinitiative für strukturschwache Regionen.
- Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Städtebauförderung und Dorferneuerung, Wohnungsbau, Energieeinsparung und Sanierung von Verkehrseinrichtungen.
- Das Aufstocken und Vorziehen öffentlicher Investitionen.
- Die Entlastung der Gemeinden von Sozialhilfeleistungen.
- Der Umbau des Steuersystems zur Stärkung der Nachfrage einkommensschwächerer Gruppen.

Wahlergebnisse

Stimmberechtigte Delegierte	331
Ja-Stimmen	
Bundesvorsitzender	
Konrad Carl, 59	262
stellvertretender Bundesvorsitzender	
Bruno Köbele, 55	250
weitere Bundesvorstandsmitglieder	
Lothar Lewandowsky, 55	142
Karl-Heinz Pradel, 59	252
Georg Voss, 59	234
Wilfried Adams, 45	193
Heinz-Otto Meier, 48	166

Breiten Raum nahmen auf dem Gewerkschaftstag Probleme des EG-Binnenmarktes ein. Der SPD-Europaabgeordnete Gerd Walter hielt hierzu ein spezielles Referat, und auch Konrad Carl widmete sich ausführlich diesem Thema. Nach seiner Auffassung müßten die organisierten Ar-

beitnehmer in Europa zusammenrücken. Nationale Eitelkeiten dürfen keine Rolle spielen. Carl: „Wir brauchen eine europäische Gewerkschaftsbewegung, die bereit ist, voneinander zu lernen, die sich solidarisch unterstützt.“

Von NACHRICHTEN angesprochen, ob er auch an eine Zusammenarbeit mit den nicht dem EGB angehörenden Gewerkschaftsbünden denke, wie der französischen CGT, der portugiesischen Intersindical oder den spanischen Arbeiterkommissionen, meinte Carl, daß er sich sehr wohl mit den Fachorganisationen dieser Bünde aus der gemeinsamen Interessenslage heraus eine Zusammenarbeit vorstellen könne.

Hauptkritikpunkt in der Diskussion waren Fragen der Tarifpolitik. So wurde die zweijährige Laufzeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge ohne Nachschlagsmöglichkeit kritisiert, aber auch moderates Verhalten gegenüber den Unternehmern. Dem Bundesvorstand wurde vorgeworfen, in der Tarifaufeinanderersetzung zu brav gewesen zu sein. Diese Unzufriedenheit zeigte sich auch in der Antragsdebatte, in der, entgegen der Empfehlung der Antragskommission, der Antrag 162 angenommen wurde. In diesem wird der Bundesvorstand aufgefordert, die bisherige Tarifpolitik in Strategie, Taktik und Durchführung zu überdenken sowie rigoros zu ändern, auf der Grundlage der schon 1982 vom Landesverband Nordmark verabschiedeten sieben Thesen, in denen der Politik der Sozialpartnerschaft eine Absage erteilt wird. In ihnen heißt es abschließend: „Künftige tarifpolitische Erfolge setzen die Arbeitskämpfungsfähigkeit und den Einsatzwillen des Streiks als letztes Mittel voraus.“

Bedingt durch die rückläufigen Mitgliederzahlen und die Zunahme der Mitglieder mit Niedrigbeiträgen geriet die BSE unter einen immer stärker werdenden Kostendruck. Dieser macht sich besonders im Personalbereich bemerkbar. Inzwischen betragen die Personalausgaben rund 43 Prozent der Gesamtausgaben des Organisationsbudgets. Unmittelbar nach dem Gewerkschaftstag wird eine Strukturkommission gebildet, deren Aufgabe es sein soll, die Organisation zu durchleuchten und das Beziehungsgefüge von Bezirks-, Landes- und Bundesebene zu reorganisieren.

Konrad Carl meinte, daß die BSE intensiv über moderne schlagkräftige Strukturen nachdenken müsse. Auf der Pressekonferenz befragt, verdeutlichte er, daß er sich eine engere Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Holz und Kunststoff sowie der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft vorstellen könne, mit denen es Berührungspunkte gebe.

Zur geplanten Strukturreform im DGB merkte er an, daß es keinen Rückzug des DGB aus der Fläche geben dürfe, denn ohne die Betreuung vor Ort werde auch die BSE noch mehr Mitglieder verlieren (siehe auch NACHRICHTEN-Dokumentation S. 13 ff.). Heinz Schäfer

Verstöße gegen das Lebensmittelrecht sind „keine Kavaliersdelikte“

Interview mit Dr. Wolfgang Weinz,
Referatsleiter bei der NGG-Hauptverwaltung

Verdorbenes Flüssigel in Nudeln, Würmer im Fisch, Östrogen im Kalbfleisch sind die Stichworte, die vielen Bundesbürgern auf Anhieb einfallen, wenn sie nach Lebensmittelskandalen befragt werden. Viele sind verunsichert und fragen sich, ob nicht das, was sie heute essen, die Krankheitsursache von morgen sein kann. Wie aber kommen Schadstoffe in Lebensmittel, und wie kann man den Verbraucherschutz verbessern? Diese Fragen beantwortet Dr. Wolfgang Weinz, Gisela Mayer. Weinz ist Referatsleiter Europa/Verbraucher- und Umweltpolitik bei der Hauptverwaltung der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten.

NACHRICHTEN: Die Bevölkerung ist verunsichert. Immer wieder ist von Vergiftung der Lebensmittel die Rede. Ist es wirklich so schlimm um unsere Nahrungsmittel bestellt?

Wolfgang Weinz: Dazu eine Vorbemerkung: Was heißt hier Vergiftung der Lebensmittel? Wenn Sie sich die Zahl der

die Folge eines ungehemmten Umweltverbrauchs und einer Umweltbelastung zum Nulltarif, also des gedankenlosen Eingriffs in den natürlichen Kreislauf. Aus der Belastung der Umweltmedien Wasser, Boden und Luft ergibt sich die Belastung der agrarischen Rohstoffe, die dann zu Lebensmitteln verarbeitet werden. Der Mensch steht am Ende dieser Nahrungskette, und er macht die bittere Erfahrung, daß er das, was er an und in der Umwelt angerichtet hat, im wahrsten Sinne des Wortes selbst wieder auslöffeln muß.

NACHRICHTEN: Was sind dafür die Ursachen? Wodurch sind Lebensmittel belastet?

Wolfgang Weinz: Es lassen sich drei Belastungsbereiche ausmachen:

- Umwelteinflüsse, wie Luft- und Wasserverunreinigung und Bodenbelastung;
- Einflüsse aus der landwirtschaftlichen Produktion, wie Düng- und Pflanzenschutzmittel, Futter- und Tierarzneimittel;
- Einflüsse bei der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie Zusatzstoffe, Verarbeitungsverfahren und Hygieneprobleme.

Im Umweltgutachten 1987 des Sachverständigenrats für Umweltfragen wird deutlich gemacht, daß in einzelnen Bereichen die zumutbare Belastung in Lebensmitteln erreicht oder überschritten ist. Dies gilt insbesondere für Blei, Cadmium, Nitrate, polychlorierte Biphenyle, Forane, Dibenzodioxine usw. Ich nenne zwei Beispiele: In den letzten zehn Jahren hat sich in der Bundesrepublik der Pestizideinsatz um 60 Prozent erhöht. Das sind rund 3000 Pestizide mit einer „Gift-Cocktail-Variante“ von rund 2000 Stoffen.

Das zweite Beispiel: Erst rund 500 der zugelassenen 5000 Tierarzneimittel sind bisher auf ihre gesundheitliche Unbedenklichkeit überprüft worden. Während also

die Politiker vor Sorgen um den Verbraucher und seine Gesundheit nachts mit dem Schlaf ringen, scheint die Drogenszene in Bauernhöfen und das Schweinedoping munter weiterzugehen. Dies führt einerseits dazu, daß wir irrsinnige EG-Überschüsse haben, andererseits bedeutet es Schadstoffeintrag umweltgefährlicher Produkte in die Umweltmedien Boden und Wasser.

Damit wird deutlich, was wir seit Jahren predigen: Die Qualität unserer Lebensmittel hängt entscheidend von der Qualität der Umwelt und damit der Sauberkeit der Umweltgüter Boden, Wasser und Luft ab. Ohne eine konsequente nach- und vorsorgende Umweltpolitik, mit Ausstrahlung auf eine veränderte Chemie- und Agrarpolitik, entwickeln wir uns als letztes Glied in der Nahrungskette zu unserer eigenen „Entsorgungsanlage“.

NACHRICHTEN: Wer sind die Nutznießer gesundheitsgefährdender Belastungen unserer Lebensmittel?

Wolfgang Weinz: Ich sehe da niemanden, der von der Verunsicherung der Verbraucher in die Qualität unserer Lebensmittel einen Vorteil hätte. Für uns als NGG ist klar, Lebensmittelskandale und Verunreinigungen von Nahrungsmitteln büßen die Arbeitnehmer im Ernährungsgewerbe in doppelter Hinsicht. Sie sind zum einen als Verbraucher betroffen und zum anderen als Beschäftigte. Kurzfristige Gewinninteressen gekoppelt mit „kriminellen Energien“, das kann ja wohl allein schon aus ernährungs- und gesundheitspolitischen Gründen nicht die Richtung sein. Verstöße gegen das Lebensmittelrecht sind keine Kavaliersdelikte. Es kann nicht angehen, daß die „schwarzen Schafe“ in Mafiosi-Manier beim Verbraucher den Eindruck erwecken, daß er als Mülltonne oder Arzneimittelsschrank mißbraucht wird.

NACHRICHTEN: Was muß Ihrer Meinung nach geschehen, damit die Menschen ohne Angst vor Krankheiten ihre Würst und ihre Nudeln essen können?

Wolfgang Weinz: Der Hauptvorstand der Gewerkschaft NGG hat in 1987 ein Positionspapier „Gesunde Lebensmittel in einer gesunden Umwelt“ verabschiedet. Darin wird u. a. festgestellt, daß das deutsche Lebensmittelrecht gut ist, aber auch gleichzeitig gesagt, daß nichts so gut ist, als daß es nicht verbessert werden kann. Daher fordern wir, ich darf das noch mal wiederholen, daß kriminelle Verstöße gegen das Lebensmittelrecht durch vorsätzliche bzw. grob fahrlässige Verunreinigungen von Lebensmitteln streng bestraft werden und die Kontrollen verschärft werden müssen.

Dies gilt insbesondere mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt, denn die Öffnung der Grenzen für einen Markt von 325 Mio. Verbrauchern darf nicht dazu führen, daß der Verbraucherschutz und die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen auf

Fortsetzung Seite 28

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Antwort von Konrad Carl auf einige Hauptfragen

Vom 2. bis 7. Oktober fand in Nürnberg der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Bau – Steine – Erden (IG BSE) statt. Nach seiner Wiederwahl zum Bundesvorsitzenden hielt Konrad Carl ein Grundsatzreferat, in dem er einige „Hauptfragen“ stellte und sie auch beantwortete. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir wesentliche Aussagen.

... Die Welt wächst zusammen; die ökonomischen Beziehungen werden immer verflochtener; die transnationalen Konzerne und Großbanken spinnen weltweit an ihrem Interessennetz. Dadurch ist die Welt nicht stabiler geworden, weder politisch noch ökonomisch. Darauf deuten auch die zahlreichen Krisenherde in dieser Welt hin. Regionale Konflikte sind kaum noch steuerbar. Diese Erfahrung macht die UdSSR in Afghanistan, beide Weltmächte machen sie im Golfkrieg, und die USA erleben den Verfall ihrer Einflußmöglichkeiten in Mittel- und Südamerika. Offenkundig ist auch, daß das Weiterdrehen der Rüstungsspirale kein Mehr an Sicherheit und die Wirtschaft nur an den Rand des Bankrotts bringt.

Aus der Einsicht in die Notwendigkeit hat sich ein Klima der Verhandlungsbereitschaft entwickelt. Es ist gut, daß sich die Weltmächte dazu durchgerungen haben, ihre Mittelstreckenraketen kontrolliert zu vernichten. Nicht die Ewiggestrigen, sondern die Stimmen der Vernunft haben sich durchgesetzt. Sie müssen sich auch durchsetzen, wenn es darum geht, die strategischen Waffen zu reduzieren und die chemischen Waffen weltweit zu verbieten.

Der erste Schritt kann und muß sein: ein atomfreier europäischer Bereich und ein chemiewaffenfreies Europa. An den Vernichtungspotentialen hat sich durch das Washingtoner Abkommen wenig geändert. Trotzdem hat es politisches und moralisches Gewicht, weil es beweist, daß diese Welt veränderbar ist. Wir können uns aus der Fessel der nuklearen Gefahr befreien. Wir können finanzielle und geistige Mittel freisetzen für eine lebenswerte Umwelt, gegen Hunger, gegen soziale Unsicherheit und für demokratische Verhältnisse überall in der Welt. Für rassistische, menschenverachtende und folternde Systeme darf es keinen Platz mehr geben. Und wir müssen auch deutlich machen: Es sind überwiegend wirtschaftliche Interessen, die das Überleben solch menschenverachtender Systeme überhaupt erst ermöglichen. Darum bin ich stolz auf das Votum des chilenischen Volkes, welches Pinochet hinweggefegt hat.

Wir müssen uns vor Augen halten, daß in vielen Ländern politische Selbstbestimmung so lange nicht möglich ist, wie diese Länder in der Schuldenfalle sitzen. Wo Schuldendienste höher sind als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber auch jede Entwicklungspolitik, zur Farce. Für die Stabilität der Weltwirtschaft ist ein Schuldenerlaß dringend erforderlich.

Überall werden unter dem Banner der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Maßnahmen zur Deregulierung vorangetrieben. Die freie Welt der Konzerne ist angesagt, und deshalb soll „Sozialklimbim“ über Bord geschmissen werden. Andernfalls seien der „Industriestandort Bundesrepublik“ und damit die Arbeitsplätze gefährdet.

Die Massenarbeitslosigkeit weicht die Solidarität der Arbeitnehmerschaft auf und macht sie anfällig für all diese Versuche sozialer Nötigung. Landauf und landab ziehen ganze Heerscharen wettbewerbspolitischer Eiferer, die das jüngste Gericht der zu hohen „Arbeitskosten“, der „leistungshemmenden Vorschriften“ und der „kürzesten Arbeitszeit“ an die Wand malen. Verlängerte Maschinenlaufzeiten und die Opferung des freien Sonntags werden gefordert, damit die Unternehmer auf „ihre Kosten“ kommen. Nur, wer soll all das zusätzlich hergestellte Zeug kaufen und verbrauchen? Wer erklärt sich dann politisch verantwortlich für die in jeder Beziehung kaputt konkurrierten Produktionsstandorte?

Wohlbestallte Professoren fordern Lohnkürzungen oder niedrigere Tarife für Krisenbranchen. In allen Lagern finden sich die Verzichtsprediger, die die Verwaltung der Krise und die verteilungspolitische Enthaltsamkeit der Arbeitnehmerschaft empfehlen. So empfiehlt Professor Fritz W. Scharpf, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, als beschäftigungspolitische Wunderwaffe „die Fähigkeit der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, allen Arbeitnehmern durch höhere Steuern und durch Verzicht auf Arbeitszeitbestandteile und Einkommenszuwächse den notwendigen Solidarbeitrag für die Teilhabe aller Arbeitswilligen am Arbeitsleben abzuverlangen“.

Das hat natürlich in allen Lagern Anhänger gefunden. Ich habe am Dienstagabend auf einer anderen Veranstaltung dazu einige sehr deutliche Takte gesagt: Wenn das so wäre, wäre das erstens die Aufgabe jeglicher gewerkschaftlicher Gestaltungsfunktion und zweitens der Versuch, die Gewerkschaften zu disziplinieren. Drittens wäre das die endgültige Kapitulation vor den bestehenden Machtverhältnissen. Und das lassen wir als deutsche Gewerkschaften nicht zu.

Massive Lohnkostensenkung, verschärfte Rationalisierung und Abbau sozialer Rechte mögen vielleicht für kurze Zeit Wettbewerbsvorteile bringen; doch schon bald werden die anderen nachziehen, und unter dem Strich verbleibt allein die verschlechterte Lebensqualität. Es stimmt – und der Gewerkschafter darf nicht zittern und nicht zaudern, wenn an ihn solche Fragen gestellt werden: Wir haben hohe Sozialleistungen, gute Löhne und Gehälter, kürzere Arbeitszeiten. Darauf sind wir auch stolz. Das haben wir uns gegen erbitterten Widerstand erkämpft. Mit diesem hohen sozialen Standard ist die Bundesrepublik zum Exportweltmeister aufgestiegen – trotz niedrigen Dollars. Es ist kein Zufall, daß Billiglohnländer eben auch unterentwickelte Länder sind. Was zählt, sind eben nicht nur die Lohnkosten, sondern ist das Verhältnis zwischen Lohn und Leistungsfähigkeit. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt dazu: „Ein Arbeiter ist dann nicht teuer – gleichgültig wie hoch sein Lohn ist –, wenn er durch seine Leistung mehr erwirtschaftet, als er kostet.“ In der Tat: Die Arbeitnehmer in diesem Land leisten mehr als sie verdienen. Die Produktivität in der Bundesrepublik ist Weltspitze.

Der Schlüssel zum Erfolg sind hochqualifizierte und motivierte Arbeitnehmer. Dies wird von vielen bestätigt. Der britische Industrieverband beklagt die „mangelhafte Qualifikation“ in Großbritannien und führt bundesdeutsche Wettbewerbsvorteile auf die „mit Ab-

Inhaltsverzeichnis

Franz Steinkühler mit erster Zwischenbilanz	15
Erstmals Streiks in Funk und Fernsehen	17
Frauenförderung muß im Betrieb beginnen	20
SPD-Parteitag: Antrag zur Wirtschaftspolitik läßt viele Fragen offen	21

stand bessere Ausbildung der Arbeiter, Aufseher und Manager" zurück. Ich habe wortwörtlich zitiert. Als weiteres Negativbeispiel kann auch die bundesdeutsche Bauwirtschaft gelten, die durch überzogenen Kapazitätsabbau und unsoziales Verhalten die Facharbeiterschaft langsam vergrault hat. Der sich nun einstellende Nachwuchsmangel legt davon beredtes Zeugnis ab. Für uns gilt nach wie vor folgendes: Qualifizierte und motivierte Arbeitnehmer sind die Quelle unseres Wohlstandes, sie sind das Rückgrat einer leistungsfähigen Wirtschaft, sie bilden die geistige Infrastruktur, die nur durch lebenslanges Lernen gesichert werden kann. Es ist an der Zeit, daß diese Erkenntnisse endlich auch in Politik umgesetzt werden.

Wir wissen aus all diesen Erfahrungen: Sozialabbau ist allein Mittel zur Umverteilung von unten nach oben. Mehr Arbeitsplätze kommen dabei nicht heraus. Insofern ist die neokonservative Politik gescheitert. Arbeitslosigkeit wird mehr und mehr als ein Druckmittel gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften benutzt, und wo das nicht reicht, wird die Statistik manipuliert. Und es geht weiter: Im jüngst von der CDU festgelegten Programmpunkt „Soziale Marktwirtschaft sichert Zukunft und Solidarität" heißt es bezeichnenderweise – ich zitiere –: „Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit sind so differenziert, daß sie keineswegs mit der monatlich publizierten Zahl der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt und beschrieben werden können." Zu den Arbeitslosen, die künftig zwar erfaßt, aber nicht mehr mitgezählt werden sollen, gehören Jugendliche, die in der Regel kaum länger als drei Monate arbeitslos seien, Frauen und qualifizierte, gesundheitlich nicht beeinträchtigte Arbeitnehmer – wiederum zitiert –, „die relativ schnell wieder einen Arbeitsplatz finden". Außerdem sagten, so die CDU – ich zitiere –, „globale Arbeitslosenzahlen auch nichts über die individuelle soziale Situation von Arbeitslosen aus".

Was sich hinter diesen Aussagen verbirgt, hat der Ministerpräsident von Baden-Württemberg in seiner ihm eigenen Art ganz deutlich gemacht. Er hat gesagt: „Es gibt Anlaß zu der Vermutung, daß sich eine große Gruppe Arbeitsloser auf Kosten der Allgemeinheit durchschlägt. . . Wenn wir den Arbeitslosen einfach laufen lassen mit sozialer Absicherung, dann werden wir möglicherweise erreichen, daß er später nicht mehr eingliederbar ist."

Die soziale Absicherung der Arbeitslosen soll weiter aufgebrochen werden. Schon wird bei den Arbeitslosen der Rotstift angesetzt und die Bundesanstalt für Arbeit auf ihre Kosten saniert. Hier hält die CDU ihr Versprechen, „eine konsequente Politik der Deregulierung" zu betreiben. Die Polemik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der die Bundesrepublik zum Höchststeuerland erklärte, zeigt politische Wirkung. Tatsache ist jedoch: Die Behauptung, die Gewinnsteuerbelastung liege bei 70 Prozent, ist falsch. Der bekannte Finanzwissenschaftler Konrad Littmann schätzt die gesamtwirtschaftliche Quote der Gewinnsteuerbelastung – ich zitiere – „mit hoher Wahrscheinlichkeit auf 34 Prozent, vielleicht mit einer Schwankungsrate von drei Prozentpunkten nach beiden Seiten". Da die Bemessungsgrundlagen in allen Ländern sehr unterschiedlich sind, sagen Steuerarten und Steuertarife nichts über die wirkliche Steuerbelastung der Unternehmen aus.

Kapital für Investitionen ist im Überschuß vorhanden. Ein Blick auf die Finanzanlagen der großen Konzerne beweist dies. Insgesamt geistern 170 Milliarden DM auf internationalen Finanzmärkten herum, die in der Bundesrepublik erarbeitet worden sind. Wir meinen zu diesem Kapitel: Wer wirklich Arbeitsplätze schaffen will, der muß an dieses Geld heran, der muß die Steuer als Mittel der Steuerung einsetzen; darum müssen im Gegensatz zur heutigen Praxis wiederinvestierte Gewinne geringer und ausgeschüttete Gewinne bzw. Gewinnentnahmen höher besteuert werden. Das ist die Antwort in dieser Frage . . .

In Beantwortung der von mir selbst gestellten zweiten Frage möchte ich hier an einen Satz von Oswald von Nell-Breuning, dem Nestor der katholischen Soziallehre, erinnern: „Bei schönem Wetter funktioniert die Marktwirtschaft großartig; für Sturm und Orkan aber reichen die ihr immanenten Steuerungsmittel nicht aus." Was passiert, wenn man solche Erkenntnisse in den Wind schlägt, läßt sich in der deutschen Bauwirtschaft durchaus beobachten: Die Strukturkrise der Bauwirtschaft ist zu einer beispiellosen Kapazitätsanpassung genutzt worden. 300 000 Arbeitnehmer haben seit

1980 ihren Arbeitsplatz verloren, und unter den Arbeitslosen stellen die Bauarbeiter die prozentual größte Gruppe dar. Die Bauarbeiter sind eindeutig die Lastenträger dieser Politik. Auch soweit sie beschäftigt sind, haben die Bauleute die Folgen der Strukturanpassung zu spüren bekommen.

Sie tragen diese Folgen, weil

– das Rationalisierungstempo erhöht wurde,

– die Arbeitsintensität und damit der gesundheitliche Verschleiß zugenommen haben,

– Normalarbeitsverhältnisse durch befristete Arbeitsverträge, durch Zwang zur Scheinselbständigkeit und, noch schlimmer, durch illegale Leiharbeit umgangen werden,

– zahlreiche Tricks zur Aushöhlung von tarifvertraglichen Leistungen und gesetzlich fixierten Rechten angewendet werden.

Man kann das alles nennen; aber es gilt, dies nicht nur festzustellen, sondern wir müssen diese Entwicklung mit allen gebotenen Mitteln bekämpfen. Auf Unternehmerseite hat sich nicht viel geändert. Es gab zwar in den vergangenen drei Jahren rund 9000 Konkurse, doch nach wie vor haben wir rund 60 000 Betriebe. Das muß man sich einmal vorstellen! Jeder, der eine Schubkarre sein eigen nennt, scheint dies schon für eine Befähigung zu halten, Arbeitnehmer zu beschäftigen. Wir glauben das nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Tatsache ist, daß sich zwar der Baumarkt erheblich geändert hat, viele Bauunternehmer jedoch immer noch das Bild des Bereitstellungsgewerbes im Kopf haben. Sie warten darauf, daß ihnen Aufträge auf dem goldenen Tablett serviert werden. Dieser Dornröschenschlaf erstreckt sich auch auf den Bereich von Forschung und Entwicklung. Damit muß Schluß sein.

Wir erwarten von den Bauunternehmern eine aktive Marktpolitik, das heißt:

– nicht passiv auf Aufträge warten, sondern aktiv auf die Bedürfnisse der potentiellen Auftraggeber eingehen und Lösungen aufzeigen,

– Spezialisierung der kleineren Unternehmen auf zukunftssträchtige Bereiche, wie Sanierung, Renovierung und Restaurierung,

– das Angebot von verschiedenen Gewerken aus einer Hand,

– komplette Systemlösungen, die auch den Prozeß der Planung und Finanzierung mit einschließen,

– Betreibermodelle, die nicht nur das Unterhalten, sondern auch das Betreiben eines Bauwerks einschließen.

Dies gilt insbesondere für den zukünftig stark wachsenden Markt des Umweltschutzbaus mit den Bereichen der Altlastensanierung, Flächenrecycling, Gewässerschutz und Abwasserbeseitigung sowie Abfallbeseitigung und -verwertung. In all diesen Fragen bieten wir den Unternehmern unsere Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft bis hin zu tarifpolitischen Lösungen an.

Wir erwarten aber von den Unternehmern, daß sie ihre Phantasie anstatt zur Schröpfung der Arbeitnehmer für unternehmerisches Verhalten nutzen und dabei den Menschen nicht vergessen. Das stellen wir in den Mittelpunkt unserer Betrachtungsweise. Dazu gehört beispielsweise, den Baumaschinenpark zu durchforsten, der für die heutigen Bauprojekte viel zu groß ist. Die Kreditzinsen für diese Maschinen müssen gerade auch dann gezahlt werden, wenn die Maschinen unbenutzt herumstehen. Oft käme eine Ausstattung mit kleineren Geräten und einigen Lohnstunden mehr oder die Gründung von Maschinenringen billiger. Aber kein Bauunternehmer spricht von Maschinennebenkosten; die Klagen beziehen sich immer auf die zu hohen Lohnnebenkosten.

Wir verkennen nicht, daß sich der Wettbewerb auf dem Baumarkt durch die Strukturkrise verändert hat. Wir beobachten dabei mit

großer Sorge die Konzentration der Branchenriesen, die als Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt gelten soll. Wir stellen ebenso fest, daß zunehmend Niederlassungen in Portugal und Spanien gegründet und Beteiligungen an Spezialbaufirmen im europäischen Ausland erworben werden. Produktionspaletten werden durch Übernahme von Ausstattungs- und Ausbaubetrieben abgerundet. Dabei ist es nicht ganz unwesentlich, daß die Großen der Baubranche über erhebliche liquide Mittel verfügen und in ihrem Rücken meist eine Großbank wissen. Nur: Wie steht es denn dann mit den kleinen Bauunternehmern? Werden sie nicht immer mehr in die Rolle von Subunternehmern gedrängt? Wird ihnen über diesen Weg nicht vorgeschrieben, welcher Anteil ihnen in Zukunft zufallen soll? Die Großunternehmen haben sich längst zu Anbietern von Baudienstleistungen entwickelt, denen Planung, Steuerung und Kontrolle obliegen. Die entwickelte Computertechnik kommt ihnen dabei zu Hilfe. Die Folge: zentrale Steuerung, aber dezentrales Marktverhalten. Damit verbunden sind erhebliche Gewinnverschiebungen zugunsten der Großunternehmen. Das hat etwas damit zu tun, daß immer mehr Aufträge an Generalunternehmer zu Dumpingpreisen vergeben werden. Deren Kalkulation beruht oft auf dem Einsatz von nicht tarifgebundenen DDR-Kolonnen oder auf dem Einsatz von Subunternehmern, die sich illegaler Leiharbeiter bedienen . . .

Als IG Bau – Steine – Erden werden wir uns mit diesen Praktiken nicht abfinden. Deshalb fordern wir alle Kolleginnen und Kollegen, die von Unternehmensaufteilungen und Betriebsaufspaltungen betroffen werden, dazu auf, sich kollektiv dem Übergang des Arbeitsverhältnisses zu widersetzen. Vom Gesetzgeber erwarten wir, daß er dieser Entwicklung der Entrechtlichung der Arbeitnehmer nicht länger tatenlos zusieht. Betriebsaufspaltungen würden nicht zu Steuervorteilen führen, die Haftung des Unternehmens muß fortbestehen, und die Mitbestimmungsrechte sind auch in zergliederten Unternehmen in vollem Umfang zu erhalten. Das ist die Antwort in der Sache. Das Trommelfeuer gegen eine solche von uns eingekommene Haltung hat natürlich längst europaweit begonnen. In Spanien und auch in Portugal werden gewerkschaftliche Forderungen nach Verbesserung des Arbeitsschutzes und der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer mit dem Hinweis auf höhere Arbeitsproduktivität in den nördlichen EG-Ländern von den Regierenden abgelehnt. Bei uns wird der Abbau der Sozialleistungen und Sicherungssysteme mit dem Hinweis auf die drohende Konkurrenz der Niedriglohnländer Spanien und Portugal begründet. Es ist vollständig klar: Die Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft sollen gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb kann unsere Antwort darauf nur lauten: Die organisierten Arbeitnehmer müssen in Europa zusammenrücken. Dabei dürften dann auch keine nationalen Eitelkeiten eine Rolle spielen. Wir brauchen eine europäische Gewerkschaftsbewegung, die bereit ist, voneinander zu lernen, die sich einig ist, die ihre Aktionen koordiniert und sich solidarisch unterstützt. Zum Wirtschaftsraum Europa gehört auch der Sozialraum Europa, was bei der Betrachtung meistens vergessen wird. Wir wollen ein soziales Europa und keinen Thatcherismus durch die Hintertür . . .

Franz Steinkühler mit erster Zwischenbilanz

Auf einer Funktionärskonferenz der IG Metall Hamburg am 20. September zog der Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, eine erste Zwischenbilanz der Zukunftsdebatte, zu der mehrere Diskussionsforen einen Beitrag geleistet haben. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir aus dieser Zwischenbilanz einige markante Merkposten. (Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt.)

Die heutige Hamburger Funktionärskonferenz bietet die Gelegen-

heit zu einer ersten Zwischenbilanz des begonnenen Diskussionsprozesses.

In seinem Mittelpunkt standen und stehen

– Ausmaß und Richtung des gesellschaftlichen Strukturwandels;

– Ursachen und Umkehrbarkeit des politischen Klimawechsels;

– Notwendigkeiten und Grenzen des gewerkschaftlichen Funktionswandel's.

Die eine Seite des gesellschaftlichen Wandels, die subjektive Seite, wird von den Veränderungen der Sozialstruktur und ihren Konsequenzen für unsere Mitgliederstruktur geprägt: Sie wird in aller Regel – und dies zu Recht – mit dem Stichwort von der Individualisierung beschrieben. Sie wird darüber hinaus nur allzu häufig – und dies zu Unrecht – auf das Schlagwort einer Entfremdung von den Gewerkschaften verkürzt. Es gibt den unterdurchschnittlichen Organisationsgrad der Angestellten und die viel zu geringe Präsenz der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in den Gewerkschaften. Sie wird nicht selten mit der persönlichen Aufstiegsorientierung und der betrieblichen Anpassungsbereitschaft in dieser wachsenden Arbeitnehmergruppe erklärt. Sie ist aber auch und häufiger auf mangelnde Ansprache und fehlende Angebote durch die Organisation zurückzuführen.

Es gibt den zunehmenden Wunsch von Frauen nach der Aufnahme einer Erwerbsarbeit, nach der Rückkehr in den Betrieb. Sie ist oft das Ergebnis von wirtschaftlichen Zwängen und sozialer Not. Sie ist noch öfter das Resultat eines Strebens nach gesellschaftlicher Emanzipation und sozialer Unabhängigkeit.

Es gibt die Distanz von Jugendlichen zu bürokratischen Organisationen. Sie ist nicht selten die Reaktion auf Ausgrenzung aus dem Beschäftigungs- und aus dem Bildungssystem. Sie ist zugleich ein Anhaltspunkt für erweiterte Kommunikationsbedürfnisse und einer veränderten Alltagskultur.

Risiken und Chancen

In allen diesen Beispielen bilden gewachsene persönliche Ansprüche und verstärkte politische Abhängigkeiten oft eine widersprüchliche Allianz. Aus allen diesen Veränderungen entstehen für unsere Organisation Herausforderungen und Handlungszwänge: Das sind nicht nur neue Entsolidarisierungsrisiken, die die Gewerkschaften fürchten müssen. Das sind auch neue Solidarisierungschancen, die die Gewerkschaften stützen können.

Die Verwaltungsstelle Hamburg ist von diesem Strukturwandel besonders betroffen. Die Zahl der Arbeiter in der Metallindustrie ging allein von 1980 bis heute um fast 9000 oder 17 Prozent zurück – im Bundesdurchschnitt waren es nur 7 Prozent. Die Zahl der Angestellten nahm dagegen leicht zu (+ 300/+ 1 Prozent); der Anteil der Angestellten ist dadurch allein seit 1980 von 36,8 auf 41,0 Prozent gestiegen. Im Bundesdurchschnitt liegt die Angestelltenquote heute bei nur 31 Prozent.

Ihr wißt es besser als ich, daß dieser Strukturwandel kein ruhiger, schmerzfreier Vorgang ist. Im Gegenteil. Das Ausbluten der Werften, der Niedergang der maritimen Industrie in Hamburg, im Norden der Bundesrepublik, ist ein erschreckendes Beispiel, wie in diesem Wirtschaftssystem, wie von der herrschenden Wirtschaftspolitik mit ökonomischen Ressourcen, vor allem aber, wie mit den Menschen umgegangen wird.

Ein Kollege aus Leer/Papenburg hat es auf der Vertrauensleutekonferenz im Mai eindrucksvoll geschildert; er sagte (ich zitiere): „Was die ältere Generation heute in Norddeutschland erlebt, da blutet euch das Herz . . . Diesen Menschen wird das aberkannt, was Menschenrecht ist, nämlich das Recht auf Arbeit in der Region, in der bekannten Umgebung und bei den geliebten und bekannten Menschen."

In Hamburg ist die offizielle Arbeitslosenquote allein seit 1980 von 3,4 auf 13 Prozent hochgeschwollen. Durch Steuerausfall und Sozialhilfeeleistungen wird der Stadtstaat ebenso wie andere Städte in

den finanziellen Ruin getrieben. Noch nie zuvor ist das Gebot des Grundgesetzes nach gleichen Lebensbedingungen in allen Landesteilen so kraß verletzt worden wie in den letzten Jahren: Die traditionelle Benachteiligung einzelner Städte und Gemeinden hat sich zu ausgeprägten Regionalkrisen entwickelt.

Zahlreiche Krisenregionen

Von der Küste bis zum Bayerischen Wald sind zahlreiche Krisenregionen entstanden, in denen die Industrie schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt und die Menschen abwandern. Für Wirtschaftsliberale und Neokonservative sind dies die unvermeidbaren Begleiterscheinungen eines weltweiten Strukturwandels.

Sie wollen:

– Mehr Mobilität und mehr Flexibilität der Arbeitnehmer.

– Die Anpassung an das Kapital und die Unterordnung des Menschen unter die Maschine.

Für uns als Gewerkschafter ist diese Haltung unakzeptabel, für uns ist das Recht auf Arbeit ein grundlegendes Menschenrecht. Unsere Forderung nach dem Recht auf Arbeit ist unteilbar.

– Es kann nicht nur in München und Stuttgart gelten – es muß genauso in Hamburg und an der Küste verwirklicht werden.

Die andere Seite des gesellschaftlichen Wandels, die objektive Seite, wird von den Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und ihren Konsequenzen für die Gewerkschaftspolitik geprägt: Hier ist oft – und dies zu Recht – vom ökonomischen und vom gesellschaftlichen Umbruch die Rede. Hier fällt oft – und dies zu Unrecht – unter den Tisch, daß wir noch immer in einer kapitalistischen Wirtschaft leben und mit einer kapitalistischen Gesellschaft konfrontiert sind. Es gibt den Skandal der Massenarbeitslosigkeit und der Verteilungsungerechtigkeit. Es gibt die Gefahr der Beschäftigungskatastrophe und die Drohung sozialer Armut. Der klassische gewerkschaftliche Auftrag hat keineswegs an Aktualität verloren. Die traditionellen Klassenfragen sind keineswegs in den Hintergrund getreten. Wer die andere Zukunft, die soziale Zukunft, wirklich will, der muß an der Beschäftigungsfront und im Verteilungskampf an der Seite der Gewerkschaften stehen. Hinzu kommt aber: Die Verschmutzung der Luft und die Verseuchung der Gewässer, die Vergiftung des Bodens und die Vernichtung der Wälder bedrohen das Leben künftiger Generationen. Die zivile Nutzung der Kernenergie und das atomare Wettrüsten stellen das Überleben der Menschheit überhaupt in Frage. Es gibt den Skandal der Umweltzerstörung und die Gefahr der Menschheitsvernichtung. Gesellschaftliche Gattungsfragen haben an Gewicht gewonnen.

Neue gewerkschaftliche Aufgaben

Hier sind neue soziale Bewegungen entstanden. Hier sind neue gewerkschaftliche Aufgaben erwachsen. Wenn wir die andere Zukunft, die soziale Zukunft wirklich wollen,

– dann müssen wir an der Seite derer stehen, die für den Schutz der Umwelt und für den Erhalt der Natur eintreten;

– dann müssen wir an der Spitze derer stehen, die gegen die Ausrüstung und für den Frieden antreten.

Es ist eine unauslöschliche Erfahrung der Arbeitnehmer, daß die Senkung der betrieblichen Produktionskosten zugunsten des Gewinns über die Verlagerung der sozialen Kosten zu Lasten der Arbeitnehmer angestrebt wird. Hier hat die Massenarbeitslosigkeit eine wesentliche Ursache. Und es bleibt untrennbarer Bestandteil des einzelwirtschaftlichen Gewinnkalküls, daß dem sparsamen Umgang mit dem Kapital der verschwenderische Umgang mit der Natur gegenübersteht.

Hier hat die Umweltzerstörung ihren wesentlichen Grund. Deswegen führt kein Weg daran vorbei, daß beschäftigungspolitische Erfolge und umweltpolitische Erfolge gleichermaßen Machtfragen ge-

blieben sind: Wer auf Sozialpartnerschaft und Umweltpakete mit den Arbeitgebern setzt, der ist entweder ein Trautritzer oder ein Falschmünzer. Wer Ökonomie und Ökologie miteinander aussöhnen will, der darf dem Konflikt mit dem Kapital nicht ausweichen. Wer die andere Zukunft, eine soziale Zukunft, wirklich gestalten will, wer dafür in der Beschäftigungsfrage und in der Umweltfrage Zeichen setzen will, der muß mit uns zusammen für die Demokratisierung der Wirtschaft kämpfen.

Unsere Leitlinien für die Vereinbarkeit von Vollbeschäftigung und Umweltschutz sind seit langem formuliert

– mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm von 1981;

– mit der Forderung nach einer gesellschaftlichen Offensive Zukunftsinvestitionen;

– mit dem DGB-Programm für Vollbeschäftigung durch Umweltschutz von 1981, mit unseren Konzepten für den Erhalt der sozialen Existenzgrundlagen und der natürlichen Lebensbedingungen.

Es ist widersinnig, wenn diesen gewerkschaftlichen Programmen die Kosten für den Schutz der Umwelt und für die Schaffung von Arbeit entgegengehalten werden, wenn unsere Gegner und unsere Kritiker dabei aber die ungleich höheren finanziellen Lasten und gesellschaftlichen Kosten von Massenarbeitslosigkeit und Naturvernichtung unterschlagen. Allein die Kosten der registrierten Arbeitslosigkeit erreichen mittlerweile die Grenze von 60 Milliarden DM pro Jahr. Diese Zahl stammt von der Bundesanstalt für Arbeit. Sie ist höher als die gesamten Investitionsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in 1986.

Allein die Kosten der Umweltzerstörung – von Waldsterben, Luft- und Gewässerverschmutzung, Bodenzerstörung und Lärm – überschreiten mittlerweile die Grenzen von 100 Milliarden DM pro Jahr. Diese Zahl stammt vom wissenschaftlichen Direktor am Umweltbundesamt, von Professor Lutz Wicke (CDU). Sie entspricht den gesamten Personalausgaben aller Bundesländer in 1986. Es ist pervers, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung eine wachsende Zahl von Menschen nicht arbeiten darf, obwohl die Lösung der ökologischen und sozialen Probleme ein unübersehbares Ausmaß an Arbeit erfordert. Unsere Beschäftigungs- und Umweltprogramme werden trotzdem von der gegenwärtigen politischen Mehrheit im Bund nicht verwirklicht, sondern verteuert. Deswegen beschränken sich die Gewerkschaften nicht auf abstrakte Forderungen. Deswegen haben wir längst auf die Mobilisierung des politischen Drucks gesetzt und zusätzliche Handlungsfelder besetzt.

Ein erster Ansatzpunkt liegt auf der betrieblichen Ebene: Wir fordern eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes unter umweltpolitischen Aspekten, ein gesondertes Gesetz zur Einführung von Umweltbeauftragten, den verbesserten Kündigungsschutz für Arbeitnehmer, die Verstöße gegen Umweltgesetze anzeigen. Umweltvergehen sind keine Kavaliärsdelikte. Sie sind Verbrechen gegen Leben und Gesundheit. Sie müssen angezeigt und bestraft werden. Wir fördern gewerkschaftliche Umstellungsinitiativen im Betrieb, in denen eine Umstellung des Produktionsprogramms auf gesellschaftlich sinnvolle und sozial nützliche Erzeugnisse vorbereitet wird.

Ich nenne als Beispiele

– die Einrichtung gewerkschaftlicher Arbeitskreise alternative Produktion;

– unser Konzept des Beschäftigungsplans.

Ein zweiter Ansatzpunkt sind unsere neuen regionalpolitischen Initiativen.

Ich nenne als Beispiele

– unsere Rahmenkonzeption für eine Entwicklungsgesellschaft Werften;

– unseren Entwurf für ein Beschäftigungs- und Strukturprogramm Küste.

Beides dient gleichermaßen den Zielen mehr Arbeit und bessere Umwelt. DGB und IG Metall haben im Küstenstrukturprogramm

nicht nur den Finanzierungsbedarf und die Finanzierungsmöglichkeiten benannt. DGB und IG Metall haben auch die regionalen Investitionsfelder und Beschäftigungseffekte deutlich gemacht: Die investitionspolitischen Schwergewichte liegen bei dem Gleichklang von mehr Arbeit und besserer Umwelt.

Nachgewiesen wurden alles in allem 70 000 mögliche Arbeitsplätze für die norddeutsche Küstenregion: in den Bereichen Energieversorgung und Abwasserklärung, im Landschaftsschutz und der Abfallbeseitigung zur Luftreinhaltung und Stadtsanierung. Ich unterstütze hier und heute ausdrücklich die Forderung des Hamburger Senats nach einem staatlichen Investitionsprogramm zur Rettung von Elbe und Nordsee. An der norddeutschen Küste muß endlich Schluß gemacht werden mit Arbeitsplatzvernichtung und Umweltvergiftung.

An der norddeutschen Küste muß endlich ein Anfang gemacht werden

– mit umgehenden Initiativen für den Erhalt einer nationalen Werftindustrie;

– mit zukunftssträchtigen Ersatzarbeitsplätzen auf den Werften und an der Küste;

– mit Investitionsprogrammen zur Rettung von Umwelt und Lebensqualität.

Man darf in Bonn nicht nur Erschrecken und Mitgefühl zeigen bei Salmonellenverseuchung und Robbensterben, es muß dann auch das Geld bereitgestellt werden zur Rettung der Lebensqualität der Menschen an Elbe und Nordsee. Statt Jäger 90, Kunst- und Tiefflugen brauchen wir sauberes Wasser und eine Luft, die man atmen kann . . .

Keine Anbiederungsstrategie

Der Mangel an wirtschaftlicher Kompetenz der SPD wird nicht überwunden durch ein Anpassungskonzept, das unter der Parole vom „Sozialismus in einer Klasse“ in die Welt gesetzt wurde und auch nicht mit dem verfälschend zitierten Lied vom „Theilen“. Angeblich sind weltweite Nachfrageprogramme und nationale Beschäftigungsprogramme zwar wirtschaftlich vernünftig, aber politisch nicht machbar. Tatsächlich sind garantierte Mindestprofite für das reale Kapital und Umverteilung zu Lasten der produktiven Arbeit zwar möglicherweise auch weiterhin politisch machbar, die Machtverhältnisse sind eben so – aber mit Sicherheit sind sie deshalb noch lange nicht auch sinnvoll.

Der Mangel an wirtschaftlicher Kompetenz der SPD wird nicht beseitigt durch eine Anbiederungsstrategie, die den Konflikt mit den Gewerkschaften führt, weil sie den Konflikt mit dem Kapital scheut. Der Mangel an wirtschaftspolitischer Kompetenz der SPD wird zementiert, wenn ein Parteitag wirtschaftspolitische Beschlüsse faßt und gleichzeitig ein stellvertretender Parteivorsitzender diese Beschlüsse diskreditiert. Oskar Lafontaine hat auf dem Münsteraner Parteitag der SPD unter großem Beifall das „Lied vom Theilen“ in Auszügen zum Vortrag gebracht . . .

Das Lied endet wie folgt – ich zitiere ein letztes Mal: „Es phaselt der Philister was vom Theilen. Ihm scheint ein ganz verwünschter Spaß das Theilen. Drum singen wir in vollem Chor ihm dieses Lied zum Hohn ins Ohr, vom Theilen.“ Diesen Abschnitt sollte sich Oskar Lafontaine ins Stammbuch schreiben.

Nicht auf den Wahltag warten

Solidarität heißt nicht nur teilen. Solidarität heißt auch zusammenstehen, um gemeinsam gegen mächtigere Kräfte dieser Gesellschaft kämpfen zu können. Wer die Solidarität der Arbeitnehmer nur auf das Teilen untereinander reduziert, der blendet nicht nur die realen Einkommens- und Machtverhältnisse aus, sondern der macht Gewerkschaften letztlich kampff- und handlungsunfähig. Wir aber wollen nicht auf die Veränderung von politischen Mehrheitsverhältnissen am Wahltag warten. Wir wollen und müssen zur Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Alltag kämpfen.

Erstmals Streiks in Funk und Fernsehen

Mit den Warnstreiks beim Norddeutschen Rundfunk (NDR), die Ende Juli/Anfang August die ganze Republik aufhorchen ließen, haben die Gewerkschaften ein neues Kapitel in der Streikgeschichte aufgeschlagen. Erstmals folgten die in der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) organisierten Gewerkschafter des Verbandes Norddeutschland zur Durchsetzung ihrer Tarifforderung dem Aufruf, die Arbeit befristet niederzulegen. Unter dem Druck der Streikenden endete die Auseinandersetzung mit einem beachtlichen Kompromiß; wiederum neu und beispielhaft ist auch der im Ansatz für die errungene Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden in der Woche vereinbarte Personalausgleich.

Der erste Streik in der RFFU erleichtert außerdem den Prozeß der Herausbildung der IG Medien zu einer einheitlichen Mitgliederorganisation, weil sich damit der Bewußtseinsstand zwischen den Mitgliedern der IG Druck und Papier und den Mitgliedern der RFFU stärker angenähert hat als bei allen vorausgegangenen sicherlich unvermeidlichen Satzungsdiskussionen. Wenn auch der Arbeitskampf schon einige Monate zurückliegt, halten wir es für unsere Chronistenpflicht, alle Gewerkschafter anhand der von der RFFU, Verband Norddeutschland, herausgegebenen Materialien über Verlauf und Ergebnisse dieser Tarifaueinandersetzung zu informieren.

Tagesschau aus Bayern

Nach zahlreichen Verhandlungen haben am 19. Juli die RFFU und die anderen beteiligten kleineren Gewerkschaften, z. B. der Deutsche Journalisten-Verband, den Abbruch der Tarifverhandlungen erklärt. Die RFFU entschloß sich daraufhin, ihre Mitglieder zu befristeten Warnstreiks aufzurufen. Über die Beteiligung an den Aktionen informieren die beiden nachstehenden Flugblätter vom 26. Juli und 5. August:

Nachrichtenfälschung in „Tagesschau“

Millionen Fernsehzuschauer wurden gestern abend bewußt belogen: Die 20-Uhr-Ausgabe der Tagesschau kam nicht aus Hamburg, sondern aus München – wegen „technischer Pannen“, so der Sprecher im Bild. Die Wahrheit: Als Folge von Warnstreiks der RFFU fand gestern die Hauptnachrichtensendung des Deutschen Fernsehens nicht statt. Statt dessen lief eine Wiederholung der Nachrichtensendung von Bayern 3. Das wurde den Zuschauern jedoch verheimlicht.

Der Hintergrund: Die RFFU/IG Medien hatte zu befristeten Arbeitsniederlegungen in Hamburg-Lokstedt aufgerufen. Drei Stunden lang sollte in den Bereichen Bildschnitt (Film + EB), Botendienste und Versorgungstechnik die Arbeit ruhen. Der Aufruf der Gewerkschaft wurde zu annähernd 100 Prozent befolgt. Der NDR konnte seine Regionalsendungen nur dadurch noch eben sicherstellen, daß er freiberuflich tätige Cutterinnen anwarb. Trotzdem fehlten in den Programmen aktuelle Filmbeiträge aus dem Raum Hamburg. Am Abend rief der Verbandsvorstand überraschend und kurzfristig auch die Studiobesatzung und die Grafik für die Tagesschauen- dung um 20 Uhr zum Warnstreik auf. Die Kolleginnen und Kollegen folgten diesem Aufruf.

Dem Warnstreik am 25. Juli folgten am 2. August Arbeitsniederlegungen bei dem lokalen „Hamburg Journal“, und am 3. August wurde von fast allen Beschäftigten des Hörfunks Kiel in den Bereichen Hörfunk, Betriebstechnik, Redaktion, Leiter vom Dienst, Versorgungstechnik und Lagerverwaltung der Streikaufruf befolgt.

550 NDR-Beschäftigte im Warnstreik

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit einem breit gestreuten Warnstreik in Hamburg, Hannover und Oldenburg haben die Kolleginnen und Kollegen des NDR die Tagesthemen-Äußerung des Intendanten Schiwy widerlegt, daß eine kleine Gruppe unverantwortlicher Techniker ohne Rückhalt in der Belegschaft das Programm gefährdet habe. Die Solidarität im NDR hätte nicht eindrucksvoller belegt

werden können als durch den Warnstreik am 4. August 1988 von 10.30 bis 13.30 Uhr im Hörfunk. Teilgenommen haben in Hamburg u. a.

– Alle Redakteure der Hamburg-Welle mit dem gesamten Personal dieser Abteilung, fast alle Redakteure der HA-Politik mit dem Redaktionspersonal, Wirtschaftsfunk, Schulfunk, Medienredaktion, ASZ-Hörfunk, Versorgungstechnik, Ansage, Plattenkiste, Telefon- und Fernschreibzentrale, Schallarchiv, Zeitungsarchiv, Botenmeisterei, Rundfunkgebühren, Producer/Sendeleitung, Nachrichtenboten, Meßtechnik, PAT, AÜ-Technik. Aus Lokstedt sind ca. 15 Redakteure des Fernsehens ins Streiklokal gekommen.

In Hannover war der Hörfunk nach dem Streikaufruf der RFFU und der DAG so gut wie leergefeht. Das Niedersachsenprogramm ist für drei Stunden komplett ausgefallen. Die wenigen leitenden Mitarbeiter, die ein Ersatzprogramm einspielen wollten, haben einen totalen Wellensalat produziert. Dasselbe gilt für Oldenburg, wo das Studio für drei Stunden Totalausfall verzeichnet hat. Das übernommene Programm war ein einziges Chaos.

Insgesamt haben in Hamburg ca. 300, in Hannover ca. 220 (90 Prozent der an diesem Tag zum Dienst Eingeteilten) in Oldenburg ca. 35 Kolleginnen und Kollegen die Arbeit niedergelegt. Die Kieler Kolleginnen und Kollegen, die aufgefordert waren, die Welle Nord nach Hannover zu überspielen, haben solidarisch diese Arbeit verweigert.

Solidarität

Die RFFU wurde einerseits von der gesamten bürgerlichen Presse beschimpft und verunglimpft, andererseits erfuhr sie eine breite Welle der Solidarität. Wir dokumentieren Solidaritätserklärungen des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit und des RFFU-Bundesvorsitzenden Axel Becker.

Der Erfolg der Aktion zeigt einmal mehr, daß unsere Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der Arbeit auf mehr Schultern richtig ist. Dies gilt auch und gerade für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ein gutes, kritisches Programm ist nicht denkbar ohne vernünftige Arbeitsbedingungen derer, die dieses Programm Tag für Tag gestalten. Laßt Euch von Bedenkenträgern und ihren Helfern in den Medien nicht beirren, die behaupten, Euer Warnstreik schade dem öffentlich-rechtlichen System im allgemeinen und der ARD im besonderen. Wir meinen: Eure Aktivitäten tragen im Gegenteil dazu bei, dem Rundfunk seine für die Demokratie unerläßliche Funktion zu erhalten und Programmverlusten des Rundfunks Einhalt zu gebieten. Wir sagen: Weiter so, Kolleginnen und Kollegen, mit unserer Solidarität könnt Ihr rechnen.

Herzliche Grüße, Euer gez. Ernst Breit,
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Euer gelungener Warnstreik hat uns ermutigt. Er hat vielen Ungläubigen gezeigt, daß auch wir streiken können. Und er hat einen Mythos zerstört: Den Mythos von der hoheitlichen Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Streik verbiete. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind durch Eure Aktion zu ganz gewöhnlichen Betrieben geworden, in denen eine ganz normale Gewerkschaft auf legale Weise die Interessen der Beschäftigten vertritt. Den Programmauftrag gefährdet dies nicht. Ganz im Gegenteil: Ohne genügend Personal und gute Arbeitsbedingungen, die kreatives Arbeiten ermöglichen, läßt er sich gar nicht erfüllen. Laßt Euch also nicht irre machen durch das, was interessierte Kreise jetzt schreiben lassen. Und werdet nicht kleinmütig. Ich verspreche Euch, daß der Geschäftsführende Hauptvorstand der RFFU alles ihm Mögliche tun wird, um Euren Arbeitskampf organisatorisch zu unterstützen und Streikbrecherarbeit in anderen Sendeanstalten zu verhindern. Von erbärmlicher Niedertracht zeugen Versuche einiger frustrierter Antikommunisten, die Arbeitsniederlegung aller Beschäftigten in den betroffenen Betriebsbereichen als das Werk kommunistischer Drahtzieher zu denunzieren. Trotz Eurer berechtigten Empörung solltet Ihr versuchen, auf solche Sauereien gelassen zu reagieren. Die Wahrheit ist auf Eurer Seite, und der Erfolg wird es auch sein.

Herzliche Grüße, Euer gez. Axel Becker, Vorsitzender der RFFU

Ergebnis

Nachdem die Geschäftsleitung des NDR die Verhandlungen für gescheitert erklärt hat, um weitere Warnstreiks zu verhindern, und der Hauptvorstand der RFFU eine Urabstimmung beschlossen hatte, zugleich jedoch Verhandlungsbereitschaft signalisierte, einigten sich am 15. August NDR und RFFU auf den nachstehenden Kompromiß. Die Urabstimmung brauchte nicht mehr durchgeführt zu werden. In einem Flugblatt vom 23. August 1988 heißt es:

Tarifabschluß perfekt

Der Verwaltungsrat des Norddeutschen Rundfunks hat die NDR-Geschäftsleitung am vergangenen Freitag bevollmächtigt, den mit der RFFU/IG Medien ausgehandelten neuen Gehaltstarifvertrag samt kürzerer Wochenarbeitszeit abzuschließen. Der Vertrag kann damit in Kraft treten, sowie er auch vom Geschäftsführenden Hauptvorstand unserer Gewerkschaft unterzeichnet worden ist – und daran besteht kein Zweifel. Hier noch einmal die wesentlichen Daten des Vertrages in Kürze:

Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden pro Woche durch Änderung des Manteltarifvertrags. Keine Flexibilisierungsregelungen. Die Arbeitszeitverkürzung ist umsetzbar als früherer Wochenendbeginn, als Schichtverkürzung oder als freie Tage. Über die Form der Umsetzung ist bereichsweise im Einvernehmen mit der Personalvertretung zu entscheiden. Laufzeit dieser Regelung: Bis 31. Dezember 1991.

Gehaltsanhebung um 2,4 Prozent. Das beginnt mit August 1988, für die zurückliegende Zeit gibt es 500,- DM Einmalzahlung (mal sehen, ob die NDR-Gehaltsabrechnung die Umstellung so kurzfristig noch schaffen kann). Vom 1. Februar nächsten Jahres an gibt es dann noch einmal 1,4 Prozent Aufschlag. Die Laufzeit dieser Regelung: Zwei Jahre, bis zum 31. Januar 1990. Danach kann neu verhandelt werden; nur unter wenig wahrscheinlichen Rahmenbedingungen müßten wir ein „Verlängerungsjahr“ mit einem Steigerungssatz von 1,7 Prozent akzeptieren.

Erhöhung des Mindesturlaubs auf 27 Tage. Dynamisierung des Familienzuschlags und der Vergütung für die Auszubildenden: für dieses Jahr plus 2,4 Prozent, zahlbar im November, für nächstes Jahr noch einmal 1,4 Prozent. Zwei freie Tage. Sie sind schon für 1988 zusätzlich zu gewähren und von da an jährlich.

Bewertung dieses Tarifabschlusses

Unleugbar orientiert sich das Verhandlungsergebnis an Eckdaten des öffentlichen Dienstes. In seiner Ausgestaltung ist es jedoch günstiger. Der finanzielle Teil läuft zumindest vorerst nur über zwei Jahre und nicht, wie beim öffentlichen Dienst, zwingend über drei Jahre. Damit ist eine der wesentlichen Bedingungen der RFFU weitgehend erfüllt. Die Arbeitszeitverkürzung kann ohne üble Flexibilisierungsregelungen umgesetzt werden. Damit ist eine weitere wesentliche Forderung der RFFU erfüllt.

Der NDR verpflichtet sich mit einer Erklärung zu Protokoll, als Folge der kürzeren Wochenarbeitszeit neue Planstellen zu beantragen und sie in den Wirtschaftsplan einzuwerben. Er bestätigte, daß kürzere Arbeitszeit zwangsläufig zu mehr Arbeitsplätzen führt. Damit ist das Hauptziel der RFFU erreicht...

Hervorzuheben ist auch die vereinbarte Maßregelungsklausel:

1. Jede persönliche Maßregelung von Beschäftigten wegen der Beteiligung am Konflikt über den Abschluß eines Gehaltstarifvertrags beim NDR 1988 unterbleibt.
2. Schadensersatzansprüche wegen der Beteiligung am Tarifkonflikt entfallen.
3. Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich, wegen des Tarifkonflikts keine Rechtsstreitigkeiten gegeneinander zu führen. Außerdem verpflichten sie sich, auf ihre Mitarbeiter/Mitglieder einzuwirken, Strafanträge, -anzeigen, Privatklagen u. ä. nicht zu erheben bzw. unverzüglich zurückzunehmen.

betriebliche PRAXIS 11 88

BEILAGE IN »NACHRICHTEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK«

Kapitalstrategien erfordern konzernübergreifende Antworten

w. d./fer. – In welcher schwierigen Lage Betriebsräte einzelner Konzerne kommen können, wenn sie sich, jeweils allein auf sich gestellt, einem konzentrierten Angriff des Kapitals gegenüberstehen, kann am Beispiel des VW-Konzerns beispielhaft demonstriert werden. In NACHRICHTEN 8/1988 stellten wir das 21-Punkte-Sparprogramm des VW-Managements vor. Die IG-Metall-Fraktion des Wolfsburger Betriebsrats hat sich im August in einer Klausurtagung damit befaßt und Vorschläge erarbeitet.

In fünf Thesen wird davon ausgegangen, daß „die Sicherung von Arbeitsplätzen“ oberstes Ziel der betrieblichen Vertretung sei und bleibe. Dann wird der weltweite Strukturwandel untersucht und u. a. festgestellt, daß vagabundierende Dollarströme die Stabilität nationaler Volkswirtschaften untergraben, neue internationale Konzernstrukturen durch immer größere industrielle Verbindungen (z. B. Daimler-Benz) entstünden und Finanzgruppen sich zusammenschlossen. Dies bedeute „eine ungeheure Zusammenballung wirtschaftlicher und politischer Macht“. Am Ende der Analyse heißt es dann: „Diese Entwicklungen sind kein Zufall, sondern Ausdruck des kapitalistischen Konkurrenzsystems. Im Rahmen dieses Systems ist die Einbeziehung des höchst möglichen Profits die Existenzbedingung aller Unternehmer. Dies führt zu einem immer schärferen Verdrängungswettbewerb, dessen Opfer weltweit die Arbeitnehmer zu werden drohen.“

Weltweite Überkapazitäten

In der dritten These wird eingeschätzt, daß in der Weltautomobilindustrie heute Überkapazitäten in Millionenhöhe existierten und die nächsten Jahre einen Kampf um die Vorherrschaft in der europäischen Automobilindustrie ausbrechen werde. Fazit: „Und diesen Kampf kann nur derjenige überleben, der hohe Qualität zu günstigen Preisen produziert. Deshalb wird sich die Konkurrenz der Automobilkonzerne und der europäischen

Standorte untereinander enorm verschärfen.“

In der vierten These wird dann auf Verlagerungen bei Opel (General Motors) und Ford nach Spanien und Großbritannien verwiesen. Es wird dazu vermerkt: „Ein entscheidender Gesichtspunkt für den Stellenwert eines Standorts ist zunehmend die Dauer der möglichen Nutzungszeit kapitalintensiver Anlagen.“ Trifft diese Prämisse aber tatsächlich zu? Wenn heute schon weltweit riesige Überkapazitäten bestehen und alle Autokonzerne unter Verweis auf die Konkurrenzsituation die betrieblichen Interessenvertretungen dazu bringen können, einer Ausweitung von Schicht- und Wochenendarbeit zuzustimmen, dann wird sich doch die Überkapazität beträchtlich erhöhen, dann müssen unvermeidlich ganze Standorte stillgelegt werden.

Auf dem SPD-Parteitag in Münster setzte sich der Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, mit der These Oskar Lafontaines auseinander, daß die Samstags- und Sonntagsarbeit ausgedehnt werden müsse. Eine solche kostenlose Kapazitätssteigerung müsse, so Steinkühler, bei im großen und ganzen konstanter Nachfrage, zum Abbau an anderen Standorten führen. Die IG-Metall-Fraktion, und damit die Mehrheit im VW-Betriebsrat, ignoriert bisher noch solche ernstesten Hinweise.

Unter Verweis auf Arbeitszeitregelungen bei BMW in Regensburg, bei Opel in Kaiserslautern (und in der Zwischenzeit gibt es ähnliche Vereinbarungen bei Opel in

Bochum) sowie die jeweils den Samstag und die Überschreitung des 8-Stunden-Tags einschließenden bei Ford in Köln, kommt die IG-Metall-Fraktion zu dem Ergebnis, daß dies beweise, „daß wir an der Frage der Anlagennutzung nicht vorbeikommen“ und ein arbeitszeitpolitisches Umdenken erforderlich sei, „das mehr Flexibilität bei der Anlagennutzung ermöglicht“. In der Bundesrepublik haben sich schon zahlreiche Automobilstandorte bereits dem Unternehmerdruck gebeugt. Wenn aber der VW-Betriebsrat auch auf diese Linie einschwenkt und alle Autowerke sich anschließen, dann wäre die Ausgangsposition wieder dieselbe.

Schwerpunktthema: Arbeit am Wochenende?

Aus der zuvor von den IG-Metall-Funktionären vorgenommene Analyse ist es daher nicht nachvollziehbar, wenn sie nunmehr zu dem Schluß kommen: „Wenn bei Volkswagen die Arbeitsplätze in Zukunft sicher sein sollen, dann müssen die Kosten gesenkt und die Qualität verbessert werden. Nur über diesen Weg ist auch in den nächsten Jahren noch ein Verkaufsvolumen erzielbar, auf dessen Grundlage die Arbeitsplätze und das Gewicht der deutschen Standorte erhalten werden können.“ Worauf gründet sich diese Hoffnung? Wird ernsthaft geglaubt, daß dies bei Opel, Ford, BMW, Daimler-Benz, Fiat, Renault, Toyota oder Nissan nicht erreichbar sei?

Sind das Lösungen?

Die Lösungen, die dann vorgeschlagen werden, sehen eher nach Hilflosigkeit aus:

1. Kostensenkung durch mehr Effizienz und den Abbau von Hierarchie.
2. Mehr Produktivität und Leistung pro Beschäftigten soll durch „Verteilung dieses Leistungsanspruchs auf alle Grup-

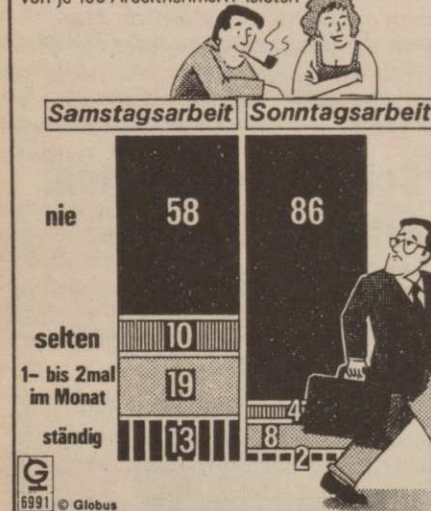
pen" erreicht werden, d. h. „neben der Einbeziehung des Leistungslohns auch der 10-Prozent-Personalabbauabschluß im Angestellten- und Zeitlohnbereich sowie die massive Verstärkung von betrieblichen Untersuchungen in diesen Bereichen und ein zehnprozentiger Abbau bei den Führungskräften.

3. Veränderung von Strukturen für mehr Produktivität und Qualität. Ganz besonderes Augenmerk soll auf die Veränderung der Arbeitsorganisation gelenkt werden.

4. Neue Arbeitszeitmodelle, die einen effektiveren Einsatz von kapitalintensiven Anlagen ermöglichen, Überstunden abbauen, Sicherung von Beschäftigungsbe-
reichen vor Fremdvergabe und Verlagerungen. Dies bedeute „aber gleichzeitig mehr Flexibilität und Differenzierung der Arbeitszeitregelung statt ständiger Sondermaßnahmen und Mehrarbeit“.

Wer arbeitet am Wochenende?

Von je 100 Arbeitnehmern leisten



Man kann sicher sein, daß das VW-Management diese „Lösungsvorschläge“ aufgreift und in ihrem Sinne interpretiert. Die IG-Metall-Funktionäre meinen, daß sie sich auf einer Gratwanderung befinden. Zu fragen ist, ob sie nicht schon auf eine abschüssige Fläche abgeglitten sind. Zu fragen ist, ob Betriebsräte, auf sich allein gestellt, überhaupt in der Lage sind, realisierbare Alternativen gegen solche raffinierten Kapitalstrategien zu erarbeiten und durchzusetzen, ob hier nicht die gesamte Organisation gefragt ist.

Wäre es hier nicht notwendig, auf eine gewerkschaftliche Strategie zu orientieren, die schon heute die Notwendigkeit der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Auge hat? Wäre es nicht notwendig, im Rahmen der IG Metall und des EMB sowie des IMB eine länderübergreifende Strategie anzupeilen, die auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften beinhaltet, die diesen Bündeln nicht angehören, aber in den jeweiligen Autokonzernen starke Positionen haben wie die CGT in Frankreich und die Arbeiterkommissionen in Spanien?

Aus der Sicht der Betroffenen

• Das Wochenende, das am Freitag nach Feierabend beginnt und bis Sonntagabend dauert, ist fest verwurzelt bei den Beschäftigten und ihren Familien. Es besteht eine Schutz- und Entlastungsfunktion, die freien Tage unbeschwert zu genießen.

• Ein freier Mittwoch oder Donnerstag ersetzt nicht den Verlust eines arbeitsfreien Samstags.

• Für berufstätige Ehepaare ist es unmöglich oder aber schwierig, andere freie Tage abzustimmen.

• Für Kinder mit schulfreiem Samstag werden Gemeinsamkeiten in der Familie verlassen.

• Alleinstehende können ihre Kinder nicht unterbringen.

• Frauen müssen sich dann wieder öfter alleine um Haushalt, Einkauf und Kinder kümmern.

• Nachteile für das Familienleben sind nicht ersetzbar.

• Der freie Sonntag wird von Dingen beeinträchtigt, die sonst samstags vormittags erledigt werden.

• Das freie Wochenende ist notwendig

– zur Regeneration und Erholung,

– um sozialen Kontakt zu halten und zu schaffen,

– für soziales Engagement/ehrenamtliche Mitarbeit in Vereinen, Bekanntenkreis, sozialen Hilfsdiensten, Schulpflegschaft, Kirche, Gewerkschaft usw.,

– zur Entwicklung von Kreativität – Weiterbildung – und und und.

Aus: HBV-Argumente für Vertrauensleute im Versicherungsgewerbe, Nr. 1/1988, 20. September 1988)

fe – Auf einer Pressekonferenz im Bonner Presseclub am 12. Oktober stellte Klaus Zwickel, das für Tarifpolitik zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung vor, die 1987 vereinbart wurde und deren 1. Stufe am 1. April 1988 in Kraft trat.

Nach der Umfrage '88 gibt es für 2,26 Prozent aller Beschäftigten Samstagsarbeit als Regelarbeitszeit, oder umgekehrt ausgedrückt: für 97,74 Prozent der Beschäftigten in der Metallverarbeitung ist der Samstag kein regelmäßiger Arbeitstag. Auch Sonntagsarbeit (Kontischicht) trifft weniger als 0,6 Prozent der Beschäftigten. Zwickel äußerte sich in drei Punkten zu der in Zusammenhang mit der Situation bei IBM und einigen Unternehmen geführten öffentlichen Diskussion.

Samstags nicht

1. Das Ergebnis verweise darauf, daß nicht nur die IG Metall, sondern die Belegschaften und Betriebsräte die Samstagsarbeit als Regel nach wie vor entschieden und entschlossen ablehnen.

2. Es sei unerträglich, wie in dieser Diskussion das Ergebnis erpresserischen Drucks von Unternehmensleitungen, nämlich die Drohung mit Standortverlagerungen und das brutale Spiel mit der Angst um Arbeitsplätze, in ein angeblich vorhandenes Interesse der Beschäftigten an mehr Samstags- und Sonntagsarbeit unter dem Stichwort Zeitsouveränität umgedeutet werde.

3. Mehrarbeit und Sonderschichten seien schon immer verbreitet gewesen. Durch das gewerkschaftliche Engagement für das freie Wochenende sei die öffentliche Aufmerksamkeit geschärft worden. Dies führe dazu, daß heute jeder einzelne Fall in der IG Metall und in der Öffentlichkeit bekannt und diskutiert werde. Dies dürfe aber nicht mit einem rapiden Ansteigen von Samstagsarbeit oder gar mit einer veränderten Einstellung der Beschäftigten in dieser Frage verwechselt werden.

Von NACHRICHTEN auf die Situation in der Automobilindustrie angesprochen – BMW Regensburg, Opel Bochum und Kaiserslautern sowie VW Wolfsburg – meinte Zwickel, daß diese Beispiele der IG Metall weh täten. Für die Zukunft sei aber das jetzt präsentierte Ergebnis interessant. Daraus leite sich der zusätzliche Auftrag ab, die Auseinandersetzung um den Erhalt des freien Samstags und des freien Wochenendes in den kommenden Tarifaufinandersetzungen offensiv fortzuführen und dies auch in den Tarifverträgen festzuschreiben.

„Mitmischen bei einer Schweinerei?“ Der Streit ums Wochenende

Wem gehört das Wochenende – der Familie, der Freizeit, der Kultur oder dem Unternehmer? Um diese Frage ist ein tarifpolitischer Streit in den Gewerkschaften entbrannt. Sollen sie mitmachen, um wenigstens dabei zu sein? Oder sollen sie auch in diesem Bereich Abwehrstrategien und Gegenmacht entwickeln. Zwischen dem Tarifexperten der IG Chemie – Papier – Keramik, Horst Mettke, und dem Verantwortlichen für Tarifpolitik bei der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, fand ein Streitgespräch statt, aus dem wir zentrale Passagen gegenüberstellen (Quelle: Der Spiegel, Nr. 41, 10. Oktober 1988). Die Zitate sind wörtlich, geben jedoch nicht den vollständigen Gesprächsverlauf wider.

Horst Mettke: „In der Chemie-, der Glas-, Papier- und Keramikindustrie gibt es einzelne Bereiche, in denen schon immer aus technischen Gründen kontinuierlich gearbeitet wird. Deshalb fällt es uns leichter als anderen Gewerkschaften, durch Wochenendarbeit dafür zu sorgen, daß neue Leute eingestellt werden.“

Detlef Hensche: „Wir dürfen nicht ohne Sinn und Verstand aus den eigenen Reihen soziale Errungenschaften in Frage stellen... Wir sehen erst mal nur Gefahren. Betroffen sind ausgerechnet diejenigen, die heute schon in drei Schichten rund um die Uhr arbeiten, unter erheblichen gesundheitlichen Belastungen. Und die sollen nun zwangsweise das Wochenende, die letzte Insel für die Familie, preisgeben. Und ein zweites: Horst Mettke sagt, daß eine vierte Schicht, die am Wochenende produziert, Neueinstellungen bringt. Das ist richtig: Aber: Diesen Neueinstellungen steht ein Mehrfaches an Arbeitsplatzgefährdung und -vernichtung gegenüber. Die Maschinen, die



Detlef Hensche, stellvertretender Vorsitzender der IG Druck und Papier, verantwortlich für Tarifpolitik (Foto: R. Otto)

samstags und sonntags laufen, müssen mit Aufträgen belegt werden. Die fallen nicht vom Himmel, sondern die müssen am Markt dem Konkurrenten abgejagt werden.“

Horst Mettke: „In den fünfziger und sechziger Jahren hat unsere Politik zweifellos dazu geführt, daß Arbeitgeber neue Arbeitsplätze aufgrund von Arbeitszeitverkürzungen, etwa durch längeren Urlaub, geschaffen haben. Heute verlangt der Unternehmer die optimale Nutzung kostspieliger Technologien. Erst dann läßt er mit sich reden. Wir müssen also die Arbeit umorganisieren. Samstags- und Sonntagsarbeit erhalten einen anderen Stellenwert.“

Detlef Hensche: „Es geht um die unterschiedliche Einschätzung dessen, was Gewerkschaften an Gegenwehr mobilisieren können und müssen. Passen wir uns an, in der Selbsttäuschung, bei der Schweinerei mitmischen zu können? Oder wehren wir uns und versuchen, das freie Wochenende mit unseren Mitteln zu sichern durch Tarifvertrag; und zwar einheitlich im DGB... Das ist in meinen Augen die gewerkschaftliche Antwort. Wenn ich dagegen von Betrieb zu Betrieb nachgebe, schwäche ich mich selbst und gebe das freie Wochenende letztlich branchenweit preis, hier und da gegen das Linsengericht zusätzlicher Arbeitszeitverkürzung.“

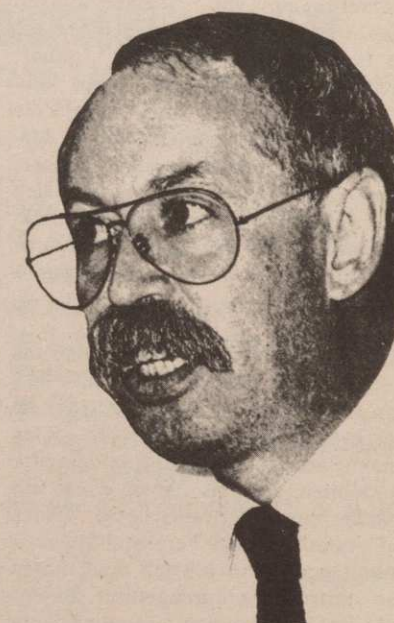
Horst Mettke: „Es muß auch im Interesse der Mitglieder sein, daß die Arbeitsplätze in ihrem Betrieb längerfristig gesichert sind und daß der Betrieb floriert. Ein Unternehmer will doch vor einer Investition völlig zu Recht wissen – alles andere wäre weltfremd –, wie er neue Maschinen nutzen kann. Das Bedauerliche in diesem Zusammenhang ist: Der Unternehmer ist freier als wir, er kann sich aussuchen, wo er investiert. Er stellt uns die Frage und verlangt eine Antwort. Warum soll uns denn das Hemd in diesem Falle nicht näher sein als der Rock?“

Detlef Hensche: „Horst, du mußt dir den Vorwurf gefallen lassen, daß du ohne

ökonomischen Zwang allein deshalb, weil der Unternehmer zusätzliche Wettbewerbsvorteile haben will, ein Faustpfand unserer Arbeitszeitpolitik preisgibt und damit zugleich anderen in den Rücken fällt.“

Horst Mettke: „Detlef, du tust so, als gäbe es keine Konkurrenz aus dem Ausland, wo längst am Wochenende gearbeitet wird.“

Detlef Hensche: „Unsere Wettbewerbsfähigkeit sucht weltweit ihresgleichen: ein ungeheuer hoher Stand an Technologie und ein sehr hoher Qualifikationsstand in allen Belegschaften. Das verschafft uns seit Jahrzehnten ungeahnte Wettbewerbsvorteile. In allen den Fällen, in denen wir mit Wochenendarbeit konfrontiert wurden, war der Wettbewerbsdruck lediglich vorgeschoben. Bezeichnenderweise sind es ausgerechnet vier unangefochtene internationale Branchenführer, die bei uns die Sonntagsarbeit durchgesetzt haben.“



Horst Mettke, im Hauptvorstand der IG Chemie – Papier – Keramik zuständig für Tarifpolitik

Horst Mettke: „Kampfkraft der Gewerkschaften gibt es nur, wenn die Franzosen, Italiener, Spanier, Portugiesen und Griechen auch stark sind. Nur mein Problem ist – da unterscheiden wir uns –, daß dort die Gewerkschaften schwach sind und dieser Ausverkauf heute schon stattfindet. Deswegen konzentriere ich mich stärker auf Investitionen im eigenen Land. Das geht mir hier näher unter die Haut. Deswegen kämpfe ich hier, sage ich mal, nur für das Hemd.“

Detlef Hensche: „Unter dem Gesichtspunkt des europäischen Binnenmarktes geht es darum: Wie schaffen wir Abwehrkräfte, damit es nicht passiert, daß eines Tages spanische gegen portugiesische, italienische gegen französische und deutsche gegen holländische Gewerkschaften um Investitionen und Industrieansiedlung kämpfen und sich in den Arbeitsbedingungen gegenseitig unterbieten.“

Das Ziel nicht erreicht – dennoch: Widerstand lohnte sich

fer. – Über ein Jahr kämpfte die Belegschaft der Firma Burda in Darmstadt gegen die vom Management verlangte Wochenendarbeit. Am 7. Oktober 1988 mußte der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung unterschreiben, die Wochenendarbeit enthält. Der Betriebsratsvorsitzende, Arno Enzmann, stellte dazu in den „Mitteilungen des Betriebsrats“ fest: „Jeder Betriebsrat, jede Belegschaft ist mit dem Verlust von Arbeitsplätzen erpreßbar. In unserem heutigen, sich ständig verschlechternden, sozialen Umfeld muß dies die Lehre für unsere gemeinsame Zukunft sein. Ein Betriebsrat kann so qualifiziert sein, wie er will, er wird nur mit der Unterstützung der Belegschaft erfolgreich sein.“

Weder Betriebsrat noch Belegschaft können sich jetzt in Sicherheit wiegen. Rationalisierungen, Personalabbau und Verschlechterungen von Sozialleistungen werden weitergehen. Auch BURDA ist keine Insel. Die Probleme der Zukunft werden wir nur gemeinsam lösen können.“ Wieso Arno Enzmann, obwohl die Belegschaft ihr Ziel nicht erreichte, dennoch zu dem Ergebnis kommen konnte: „Unsere gemeinsame Haltung hat sich bezahlt gemacht“, besprach unser Redakteur Heinz Schäfer mit ihm. Enzmann ist auch Mitglied der Großen Tarifkommission Druck.

Arno Enzmann verwies darauf, daß der Widerstand bei Burda Geschichte hat. Schon 1985 sei bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung der Versuch unternommen worden, die Produktionszeiten auszudehnen. Damals haben einige Betriebsräte und Vertrauensleute Widerstand organisiert, bei Veranstaltungen in Turnhallen und im Betrieb eine umfassende Information durchgeführt. Es entstand die Zeitung der Vertrauensleute, „Frontal direkt“, und es gab Unruhe im Betrieb. Die Geschäftsleitung mußte ihre Vorstellungen nach einer 48-Stunden-Woche zurückziehen.

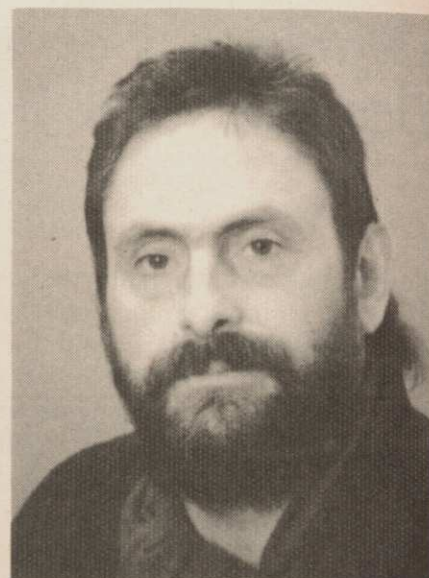
1987 wurde dann ein Betriebsrat gewählt, der fest auf gewerkschaftlichen Positionen steht. Ihm fiel im August 1987 ein

Protokoll der Geschäftsleitung in die Hände. Aus diesem ging hervor, daß diese eine Verlängerung der Produktionszeiten an allen Burda-Standorten anstrebt. In Offenburg erhielt jeder Beschäftigte eine Broschüre mit dem Titel „FSM“ (= Flexibles Schicht-Modell), später dann auch in Darmstadt.

Allerdings hatte der Betriebsrat dort schon vorgearbeitet und eine Umfrage in der Belegschaft durchgeführt, wie nach ihrer Ansicht die Arbeitszeit verkürzt werden sollte. Was war das Ergebnis: Verkürzung am Freitag für die Normalschicht, die tägliche Arbeitszeitverkürzung für die Zweischichtigen und die 4-Nächte-Woche für die Nachtschicht.

Es begann wieder eine umfassende Informationsarbeit. Als die Verhandlungen begannen, hingen an den Bäumen gegenüber dem Büro des Betriebsleiters und vor dem Eingang zwei 12 Meter lange Transparente mit dem Motto: „Das Wochenende muß frei bleiben.“ Der Betriebsrat brachte 200 FSM-Broschüren zurück, auf denen Meinungen der Betroffenen standen, wie „völliger Quatsch“.

In Betriebsversammlungen und öffentlichen Vertrauensleutesitzungen wurden Belegschaft und Gewerkschaftsfunktionäre informiert. Zugleich wurde Kontakt mit den Offenburger Kollegen aufgenommen.



men. Arno Enzmann konnte auf Betriebsversammlungen in Offenburg sprechen. Die Vertreter der Betriebsteile Offenburg, München und Darmstadt trafen sich auf der Schwäbischen Alb und sprachen ihr Vorgehen ab.

Die Geschäftsleitung blieb nicht untätig. In Offenburg kam das Gerücht auf, daß durch die Stilllegung alter Maschinen 96 Arbeitsplätze gefährdet wären. Dies brachte dort die Bewegung dann zum Kippen. In Darmstadt hingegen wurde noch ein Zahn zugelegt. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde verstärkt, Presse und Rundfunk eingeschaltet. Von besonderer Bedeutung waren die Aktionen der Frauen der Betriebsangehörigen. Diese gaben Flugblätter heraus, mit denen die Geschäftsleitung wenig anfangen konnte, die aber im Betrieb stark wirkten. Auf ihnen stand z. B. nur ein Satz: „Ich liebe meinen Mann.“ Die Frauen ließen ein riesengroßes Lebkuchenherz in der Weihnachtszeit backen, das dann dem Geschäftsführer überreicht wurde. Auf ihm stand: „FSM – nein danke.“ Diese Aktionen strahlten in den Betrieb, und es wurde deutlich, daß es noch eine andere Ebene für die Betroffenheit gibt, die Familie.

Die Geschäftsleitung verstärkte dann im Betrieb den Druck, indem sie unmißverständlich erklärte, wenn die Belegschaft eine Ausweitung der Produktionszeit ablehne, werde nicht mehr investiert und der Standort Darmstadt damit gefährdet. Die Stimmung entwickelte sich so, daß der Betriebsrat Verhandlungen aufnahm. Ergebnis: Im Tiefdruck wird nunmehr 34 Stunden gearbeitet, allerdings nur noch vier Nächte in der Woche und nicht mehr fünf. (Produktionszeit in der Woche 136 Stunden). Im Zweischichtbetrieb und bei den Angestellten wird die Arbeitszeit täglich verkürzt. Von Bedeutung ist, daß nun jeder seinen Jahresschichtplan hat, der für beide Seiten bindend ist. 60 neue Arbeitsplätze sollen geschaffen werden.

Begriffen haben alle, daß nur mit der IG Druck und Papier etwas zu bewegen ist, und das Ergebnis ist, daß der Organisationsgrad in dem jahrelang schlecht organisierten Betrieb im Laufe weniger Monate von 25 auf 39 Prozent stieg.



4. Soweit personalvertretungsrechtliche Beschlußverfahren aus Anlaß des Tarifkonflikts eingeleitet worden sind, werden die Gewerkschaften dem Personalrat die umgehende Rücknahme dieser Verfahren nahelegen.

Eine Stimme des Gegners

Den Tarifabschluß kommentierte die „Hamburger Welt“ vom 17. August wie folgt:

Ein neues Kapitel in Tarifverträgen wollen der Norddeutsche Rundfunk und die Funk-Gewerkschaft RFFU schreiben, die etwa die Hälfte der NDR-Mitarbeiter vertritt: „Der Sender wird zu gegebener Zeit unter Berücksichtigung seiner finanziellen Leistungsfähigkeit die zur Realisierung (der Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden, d. Red.) erforderliche Zahl von Planstellen nach Zustimmung des Verwaltungsrats einstellen“, sagte NDR-Justitiar Klaus Berg zu. Daß es daneben in den nächsten drei Jahren noch 2,4 (1988) und 1,4 (1989) und 1,7 Prozent (1990) mehr Gehalt gibt, ist unwichtig angesichts der Tatsache, daß der RFFU hier zum ersten Male gelungen ist, was keiner Gewerkschaft im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft je so massiv gelang: Ein Arbeitgeber verpflichtet sich, einer Arbeitszeitverkürzung Neueinstellungen folgen zu lassen. Die Hintertüren, wie der Hinweis auf den Verwaltungsrat und die finanziellen Möglichkeiten, mögen dem NDR die Zustimmung erleichtert haben. Aber die RFFU ist mächtig genug, die Erfüllung dieser Tarifvertragsbedingung einzufordern. Der Sender wird nun praktisch als erster deutscher Arbeitgeber eine Gewerkschaft an der Feststellung der für den Arbeitsbetrieb notwendigen Zahl von Mitarbeitern beteiligen.

DGB-Jugend: „Zukunft der Arbeit – Zukunft der Jugend“

Unter dem Motto „Zukunft der Arbeit – Zukunft der Jugend“ arbeitete die DGB-Jugend am 8. und 9. Oktober in der Universität Saarbrücken einen Antrag der letzten DGB-Bundesjugendkonferenz 1985 in Köln auf. Im Zentrum stand der Arbeitsbegriff, um den herum in 19 Arbeitsgruppen Themen wie: Produktkonversion, Umwelt, Krisenlösungen, Selbstbestimmung, Übernahme, neue Berufsbilder, Weiterbildung, Gentechnologie, Sozialstaat, Arbeitslosigkeit und Freizeit diskutiert wurden. Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge aus einigen Arbeitsgruppenbeschreibungen.

Mumpitz und Co: Zum Problem Produktkonversion

Nicht alles, was an Waren produziert und an Dienstleistungen angeboten wird, ist sinnvoll, nützlich, angenehm. Überflüssige, schädliche, sogar gefährliche Produkte bedürfen einer breiten Überprüfung. Das macht einen Diskussions- und Verständigungsprozeß in der Gewerkschaftsjugend nötig, der über Ziele allgemein und über spezielle Produktveränderungen bzw. den Austausch ganzer Produktpaletten konkret nach- und vorausdenkt. Beurteilungsmaßstab werden genau zu bestimmende soziale, ökologische und ökonomische Kriterien sein. Auch die gewerkschaftliche Politik muß sich neben den Fragen nach dem Wie und Wo der Produktion verstärkt der inhaltlichen Frage „Was soll produziert werden?“ stellen. Dabei wird nicht nur der Bereich der Rüstungsproduktion kritisch zu sichten sein, sondern das gesamte Warenspektrum der angebotenen Produkte und Dienstleistungen...

Selbsthilfen: Krisenlösungen für Betrieb und Region

Unterhalb volkswirtschaftlicher Planungsgrößen, staatlicher Struktur- und Investitionspolitik und der immer wichtiger werdenden in-

ternationalen Dimension ist für die Arbeitnehmer/innen die konkrete betriebliche und regionale Arbeitsplatz- und -marktsituation von zentraler Bedeutung. Anders als in den Kalkulationen kapitalorientierter Strategien haben betriebliche und regionale Bindungen für sie nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine lebensgeschichtliche Bedeutung. Besonders in Krisensituationen wird dies fühlbar real. In der Gegenwehr, aber verstärkt auch als vorausschauende, konzeptionelle Strategie werden deshalb betriebliche und regionale Beschäftigungsinitiativen immer wichtiger werden...

Zweite Schwelle: Übernahme

Innerhalb der Übernahmediskussion gibt es in den Gewerkschaften unterschiedliche Positionen. Der Forderung nach Vollzeitübernahme im erlernten Beruf stehen Modelle akzeptierter Teillösungen (befristete Übernahme, berufsferme Weiterbildung, Teilzeitübernahme mit Weiterbildung) gegenüber. Die Auseinandersetzungen darüber verlaufen oft unzufriedenstellend, eine Vermittlung zwischen den Positionen scheint eher praktisch als theoretisch möglich zu sein. Die Diskussionen in dieser Arbeitsgruppe sollen die vorliegenden Argumente deutlich herausarbeiten und zu-

Die Redaktion der NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik lädt ein:

JUGEND-DISKUSSIONS-FORUM

am 11. und 12. März 1989 in Frankfurt am Main, DGB-Haus.

Beginn: Samstag, 11. März, 10 Uhr

Ende: Sonntag, 12. März, 13 Uhr

Referent: Klaus Dörre, Universität Marburg.

Arbeitsgruppen: ● Notwendigkeit der Gewerkschaften
● Neuer Produktivkrafttyp
● Arbeit und Umwelt
● Konversion
● Übernahme
● Jugend- und Auszubildendenvertretung

Kulturprogramm mit der Gruppe ARGUS aus Bremen.

Teilnahmebeitrag: 25,- DM, Schüler, Auszubildende, Arbeitslose 15,- DM.

Anmeldung bei der Redaktion, Übernachtungswunsch bitte angeben.

gleich die jetzigen Standpunkte wieder in Bewegung bringen, um vielleicht zu einer DGB-Jugendposition zu gelangen...

Zukunftsentwicklungen von Technik, Arbeits- und Ausbildungsinhalten im Produktionsbereich

Fortschritt wird es immer geben: „Irgendwie“ wird es schon weitergehen. Aber wenn sich die Gewerkschaftsjugend nicht zum bloß abhängigen Faktor dieser Entwicklung machen (lassen) will, muß sie selber klären, wie und was künftig produziert werden soll und wie die eigenen Vorstellungen durchzusetzen sind. Anpassung an den Produktionsprozeß (also die Frage: „Wie muß ich mich qualifizieren, um künftig auf dem Arbeitsmarkt noch eine Chance zu haben?“) reicht als Perspektive ebensowenig aus, wie der Kampf um die „soziale Abfederung“ einer an Kapital und Sachzwängen orientierten Technik- und Produktionsentwicklung. Wahrscheinliche künftige Entwicklungen zu kennen ist zwar nicht schlecht, aber sie zu bestimmen ist besser. Die Arbeitsgruppe wird hierzu sowohl über die Ziele gewerkschaftlicher (Jugend-)Politik wie auch über die Mittel ihrer Durchsetzung diskutieren. Am Beispiel Produktionsbereich:

Die jüngst erfolgte Neuordnung von Berufen soll dabei nicht bloß nachvollzogen, sondern über einen Erfahrungsaustausch weiterentwickelt werden. Kann mit der Umsetzung der Neuordnung „eine neue Stufe“ der Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessenpolitik erreicht werden? Und was ist nach der Ausbildung? Auch generell, die Ausbildung überschreitende Probleme der Technik- und Arbeitsentwicklung werden Thema dieser Gruppe sein...

Zukunftsentwicklungen von Technik, Arbeits- und Ausbildungsinhalten im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich

Das Büro der Zukunft: Mehr Technik – weniger Papier. Und der Mensch? In dieser Arbeitsgruppe sollen die Folgen einer ungestört verlaufenden technischen Entwicklung diskutiert werden. Demgegenüber müßte eine Entwicklung aufgezeigt werden, die den Ansprüchen der im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich Beschäftigten folgt. Welche Ansprüche bestehen an diese Art von Arbeit, wie soll sie organisiert sein, und welches „Produkt“ wird durch sie erzeugt? Da die gewollte Qualität von Dienstleistungen mit der Art ihrer „Produktion“ eng verbunden ist, wird die reine Technikdiskussion immer auch mit den Ansprüchen untechnisierter Menschen vermittelt werden müssen.

Manche Aspekte der Lagebeschreibung könnten dabei durchaus doppeldeutig sein: Einerseits sind z. B. moderne Informationssysteme mit Herrschaft verbunden (dieses Wissen wird nun wirklich Macht), andererseits ist die Wartung und Bedienung dieser Geräte selber mit einer wachsenden Machtposition verbunden. (Die „Register der Macht“ sind nur unnütz für den, der keine will.) Nach welchen Kriterien soll „Technik im Büro“ überhaupt bewertet werden? Steht der „unschuldigen“ Hardware eine zu problematisierende Software gegenüber, oder gibt es darüber hinaus differenzierende Positionen?...

Zeit und Geld: Jugendliche Tarifpolitik

Daß kürzere Arbeitszeiten besser sind als längere, ist – zumindest bei denen, die es trifft – unbestritten. Aber es gibt nach wie vor Schwierigkeiten der Durchsetzung. Während die Unternehmer meist ein eher zwanghaftes Verständnis der Beziehungen zwischen Zeit und Geld (Profit) haben, können die Gewerkschaften die Qualitätskriterien des Lebens etwas freier definieren. Aber es gibt, auch innerhalb der Gewerkschaften, Differenzierungen und Differenzen.

Was will die DGB-Jugend? Soll es kürzere Arbeitszeit täglich, wöchentlich, monatlich, als Urlaubsverlängerung, in Form von anrechenbaren Weiterbildungsmaßnahmen, als Festlegung der Arbeitsstunden pro Jahr, möglicherweise sogar der Lebensarbeitszeit (soundsoviel tausend Stunden, die dann individuell verteilbar wären) oder als freie Jahre für Reisen usw. geben? Gibt es überhaupt jugendliche Wünsche in dieser Hinsicht oder ist mit der 35-Stunden-Woche schon alles gesagt (bis Mitte der 90er Jahre)? Sicher haben alte „Sponti-Sprüche“ („Urlaub für alle für immer“) an Kraft verloren, aber was ist statt dessen realistisch drin?

Ein Maßstab zur Bemessung der Forderungen wird die Lohnhöhe sein. Nicht von ungefähr ist deshalb die Frage des Lohnausgleichs bei Arbeitszeitverkürzungen in der Diskussion. Soll es nur einheitliche Lösungen geben oder sind Differenzierungen gewollt, z. B. nach Einkommenshöhe, gruppenmäßigen oder individuellen Wünschen?...

Segen oder Fluch? Gefahren und Chancen der Gentechnologie

Längst hat sich in die gentechnologische Forschung auch der Gegensatz von Humanität und Profitinteressen eingeschlichen. Aber auch „unterhalb dieser Ebene“ wirft diese Technologie mehr Fragen auf, als sie beantworten kann. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß sich auch die Gewerkschaftsjugend in die Debatte einmischt. „Das haben wir nicht gewußt“ oder „nicht gewollt“-Argumente drücken immer nur eine Distanz aus, wenn es schon zu spät ist. Information und Diskussion werden in dieser Arbeitsgruppe eng zusammenhängen. „Humanisierung der Gentechnologie“ bleibt ein leeres Wort, falls sein Inhalt Zufall heißt.

Frauenförderung muß im Betrieb beginnen

In der Oktober-Ausgabe der NACHRICHTEN informierten wir über die Frauenkonferenz der IG Metall, 22. bis 24. September in Frankfurt. In dieser Ausgabe dokumentieren wir auszugsweise die Rede des IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler zu Problemfeldern der gewerkschaftlichen Frauenarbeit.

Die Bundesrepublik nimmt, international gesehen, bei der Frauenerwerbsquote mit 51 Prozent eher einen hinteren Rang ein. Schweden mit 78 Prozent und auch die USA mit 65 Prozent liegen deutlich darüber. Die Qualität der Arbeitsplätze ist bei diesen statistischen Quoten natürlich ausgeblendet. Das immer stärker auflebende Bedürfnis der Frauen nach Unabhängigkeit, nach der aktiven Entfaltung ihrer Persönlichkeit und der Teilhabe am sozialen Leben werden diesen Trend zur Erwerbsarbeit noch weiter verstärken. Denn die Selbständigkeit auch der Frauen fängt beim Geldbeutel an. Für die jungen Frauen, die jetzt ins Berufsleben eintreten, ist der Beruf, ist die Erwerbsarbeit Kernstück ihrer Lebensplanung; und dies weit stärker, als das jemals zuvor der Fall war.

Wir wollen das Recht auf Arbeit, das heißt den Anspruch auf eine sinnvolle und existenzsichernde Tätigkeit, auch und gerade für Frauen durchsetzen. Die Mittel und Wege dazu reichen von der betrieblichen Frauenförderung über die tarifpolitischen Instrumente bis hin zu unseren beschäftigungspolitischen Forderungen an Staat und Gesetzgeber.

Um so mehr müssen wir uns bemühen, die Frauenförderung dort zu initiieren, wo sie zu beginnen hat und von wo aus sie sich dann nach oben fortsetzen muß, nämlich in den Betrieben. Und eins ist klar: Nicht die Arbeitgeber werden die beruflichen Chancen von Frauen in den Betrieben verbessern. Das ist unsere Aufgabe, Aufgabe der Betriebsräte, aber auch der gesamten Organisation. Wir wollen, daß die erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen bei den Frauen ihren Niederschlag findet in den Möglichkeiten der Kolleginnen, auf allen Ebenen unserer Organisation mitzuarbeiten und mitzuentcheiden.

Diese Zielsetzung darf nicht durch die Diskussion um die Aufwertung der Nichterwerbsarbeit verwässert werden. Sie hat ihre Berechtigung und ihren richtigen Kern. Aber, die Aufwertung der privaten Hausfrauenarbeit darf nicht einhergehen mit der Abwertung des gesellschaftlichen Vollbeschäftigungsziels.

Keiner Frau ist in ihrer Doppelbelastung geholfen, wenn ihre Arbeitsleistung als Hausfrau künftig in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erscheint und damit das Sozialprodukt künstlich erhöht. Keine Frau wird durch schöne Worte über die wirtschaftliche Anerkennung ihrer schlecht- oder nichtbezahlten Arbeit entlastet. Dadurch wird die Belastung nicht geringer, dadurch werden ihre Chancen, sich in ihrer beruflichen Tätigkeit, in einer den Männern gleichwertigen Weise zu bewähren, nicht besser.

Nein! Den Frauen wird dadurch geholfen, daß ausreichend qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und die erforderlichen Qualifikationen auch vermittelt werden. Ihnen wird geholfen, indem Schichtarbeit eingeschränkt wird, damit nicht auch die Familie zum Schichtbetrieb wird; indem andere flexible Formen der Arbeitszeit nach ihren eigenen Interessen gestaltet werden und sie nicht zu Kapazitätsauslastungspuffern degradiert werden.

Und ihnen wird schließlich dadurch geholfen, daß die Arbeit humaner gestaltet wird und die Arbeitszeit für Männer und Frauen so verkürzt wird, daß die Voraussetzungen für eine gerechtere Aufteilung auch der häuslichen Pflichten erst geschaffen werden. Gefordert sind also nicht schöne Worte um die Höherbewertung anderer Kategorien von Arbeit außerhalb der Erwerbsarbeit. Gefordert ist eine Gesamtstrategie für beide Bereiche, für die Erwerbsarbeit wie für die Nichterwerbsarbeit...

Neu bei NVG

Wie können in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung Alternativen zur kapitalorientierten Einführung neuer Technologien durchgesetzt werden? Wie hat sich in den vergangenen Jahren gewerkschaftliche Programmatik in dieser Hinsicht gewandelt? Wie sehen die arbeitsrechtlichen und tarifvertraglichen Möglichkeiten zur arbeitnehmerorientierten Technikgestaltung aus?



326 Seiten, broschiert, 24 DM, ISBN 3-88367-079-0

Die Autoren dieses Bandes diskutieren diese Fragen vor dem Hintergrund der gerade beginnenden tiefgreifenden technologischen Umwälzungen in den Betrieben, an den Erfahrungen, die sie z. B. bei der Einführung von integrierten Kommunikationssystemen (ISDN) oder Betriebsdatenerfassung gesammelt haben. Wichtige Diskussionsfelder waren dabei Fragen nach der Qualifikationsentwicklung, der Mitbestimmung und Demokratisierung, der Sicherung von Arbeitsplätzen, Einkommen, Gesundheit und Umwelt oder der Vernetzung von betrieblichen und überbetrieblichen Handlungskonzepten.

An der Diskussion beteiligten sich u. a. Manfred H. Bobke (WSI), Andreas Drinkuth, Reinhard Hahn, Gottfried Heil, Christoph Jetter (alle IGM), André Leisewitz (IMSF), Peeter Raane (GHK), Michael Schlecht (IG DruPa), Siegfried Frister (FDGB/DDR).

SPD-Parteitag: Antrag zur Wirtschaftspolitik läßt viele Fragen offen

Auf dem Parteitag der SPD in Münster vom 30. August bis 2. September wurde nach eingehender Diskussion über wirtschaftspolitische Fragen, vor allem auch um die Auffassungen Oskar Lafontaines, der Antrag W 1 „Unser Konzept: Humaner Fortschritt, ökologische Erneuerung und Vollbeschäftigung“ angenommen. Der Parteivorsitzende Jochen Vogel sieht in der Aussage zur Wirtschafts- und Finanzpolitik eine Hauptbotschaft des Parteitages. Während die Zeitung der SPD „Vorwärts“ vom 3. September unter der Überschrift „Riesenfelge um den Markt“ feststellte: „Die Sozialdemokraten haben auf dem Münsteraner Parteitag einen Beschluß zur Wirtschaftspolitik gefaßt, der viele Fragen offenläßt“, hob der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, hervor, „daß der Parteitag dem Etatismus abgeschworen hat. Im Beschluß fehlt ein Primat der staatlichen Beschäftigungspolitik“. In ihm stecke „ein plausibles Konzept zur Förderung der privaten Investitionen“. Wir dokumentieren Auszüge aus dem umfangreichen Antrag:

Ausgangslage

Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland ist unverändert labil, die Investitionstätigkeit bleibt zu schwach: das Arbeitsvolumen nimmt nur geringfügig zu; die Massenarbeitslosigkeit ist unverändert hoch, die ökologische Krise spitzt sich zu. Die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren verfolgte Wirtschaftspolitik der rücksichtslosen Einkommensumverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer, des Rückzuges des Staates aus der Verantwortung für den Arbeitsmarkt, der ökologischen Leisetreterei gegenüber der Wirtschaft und der Hoffnung auf Selbstheilung des Marktes ist völlig gescheitert. Trotz drastisch gestiegener Unternehmensgewinne blieb der angekündigte Investitionsboom und der Abbau der Arbeitslosigkeit aus.

Von 75 Prozent im Jahre 1982 auf nur noch knapp 67 Prozent im Jahre 1987 ist der Anteil der Masseneinkommen am Volkseinkommen gedrückt worden. Von einem Viertel auf ein Drittel des gesamten Volkseinkommens ist demgegenüber der Anteil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gestiegen. Nie zuvor wurde in so kurzer Zeit so rücksichtslos zu Lasten der Arbeitnehmer umverteilt. Aber nur ein Teil der gewaltig gestiegenen Gewinne wurde für Sachinvestitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Inland verwendet. Statt dessen erlebten wir Rekorde bei der Geldvermögensbildung der Unternehmen und beim Kapitalexport. Wo investiert wurde, beherrschten Rationalisierungsinvestitionen eindeutig das Feld. Als Ergebnis dieser Politik hat sich die Massenarbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt bei 2,3 Millionen registrierten und mehr als 1 Million nicht registrierten Arbeitslosen verfestigt.

Die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat sich durch das Beschäftigungsförderungsgesetz weiter dramatisch verschlechtert. Frauen zählen aufgrund der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung zu den Rationalisierungsverliererinnen. Sie sind durch traditionelle Doppelbelastung und Familienstrukturen gehindert, chancengleich mit Männern am Wirtschaftsgeschehen teilzunehmen. Die Frauenerwerbsquote ist in der Bundesrepublik – verglichen mit anderen europäischen Staaten – recht niedrig. Dies wird nicht so bleiben.

Auch die internationale Lage ist unsicher, ja sogar besorgniserregend: Die internationalen Finanzmärkte sind außer Kontrolle geraten; die Ungleichgewichte im Handelsverkehr sind geblieben; die Länder der Dritten Welt verharren im Schuldturm. Die Ergebnisse haben die prinzipielle Kritik bestätigt, die Sozialdemokratie und Gewerkschaften seit langem und immer wieder an der Struktur und dem Funktionieren der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik geübt haben. Die SPD wendet sich mit Entschiedenheit gegen die konservative Legende, daß vor allem der Sozialstaat oder die Lohnkosten

oder die Tarifpolitik der Gewerkschaft für wirtschaftliche Fehlentwicklungen und Massenarbeitslosigkeit verantwortlich seien.

Auf dem Nürnberger Parteitag vom 25. bis 29. August 1986 hat die SPD zukunftsweisende Beschlüsse zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gefaßt. Sie haben nach wie vor Gültigkeit. Die SPD bekräftigt deshalb auf ihrem Parteitag in Münster das „Nürnberger Aktionsprogramm: Massenarbeitslosigkeit überwinden – Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“. Die Ausführungen des Nürnberger Beschlusses über die Wertorientierung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik und die ordnungspolitischen Vorstellungen zu Möglichkeiten und Grenzen des Marktes bleiben für uns weiterhin richtungweisend. Unsere Nürnberger Beschlüsse zur Demokratisierung der Wirtschaft auf gesamtwirtschaftlicher, auf Unternehmensebene, im Betrieb und am Arbeitsplatz bekräftigen wir ausdrücklich. In ihrer Durchsetzung sehen wir einen zentralen Beitrag für eine beschäftigungsorientierte Modernisierung unserer Wirtschaftsordnung. In den zwei Jahren mit dem Nürnberger Aktionsprogramm haben sich jedoch auch neue Aufgaben ergeben, die neue Antworten verlangen.

Erläuterung: Im Nürnberger Aktionsprogramm war festgestellt worden, daß der Markt keine gerechte Verteilung von Lebens- und Berufschancen, von Einkommen und Vermögen schafft. Um die Probleme der Arbeitslosigkeit lösen zu können, müsse der Staat den Markt korrigieren und ihn ergänzen, „als Investor, als Arbeitgeber, mit öffentlichen Unternehmungen, mit Mitteln einer gezielten und kontrollierten Wirtschaftsförderung, mit konkreter Beschäftigungspolitik, mit globaler Steuerung und Strukturpolitik.“

Den europäischen Binnenmarkt verwirklichen

In diesem Abschnitt wird u. a. ausgeführt: Wir Sozialdemokraten werden allerdings keine Europäische Gemeinschaft fördern, die sich nur eine reine Wirtschafts- und Währungsunion zum Ziel setzt. Die Gestaltung eines europäischen Sozialraums muß als gleichrangiges Ziel hinzutreten. Das bedeutet: Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte, dazu die Normen des Umweltschutzes sind schrittweise auf das Niveau der am meisten entwickelten Länder Europas anzuheben. Eine Harmonisierung der Sozial-, Mitbestimmungs-, Umwelt- und Verbraucherrechte auf niedrigem Standard bedeutet: Nivellierung nach unten, die wir nicht akzeptieren...

Die nationalen Chancen umfassend nutzen

... Unsere Gesamtstrategie für Vollbeschäftigung und Solidarität umfaßt:

- Das Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkeit umsetzen.
- Unsere Volkswirtschaft ökologisch erneuern.
- Private und öffentliche Investitionen stärken.
- Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen ausbauen.
- Die Strukturpolitik neu orientieren.
- Die Menschen für die Arbeitswelt der Zukunft qualifizieren.
- Die solidarische Arbeitszeitpolitik fortsetzen.
- Die aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen.
- Den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit solidarisch finanzieren.

Bei allen Sofortprogrammen, bei den Maßnahmen zur Strukturpolitik, bei der Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik und beim Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen findet die Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen besondere Beachtung.

Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkeit verwirklichen

Es gibt Wege zu mehr Arbeit. Sie zu öffnerefordert vor allem, daß

sich Staat und Gesellschaft, alle sozialen Gruppen und politischen Institutionen dem Vollbeschäftigungsziel wieder verpflichten. Die Bundesregierung muß alle staatlichen Ebenen, die Deutsche Bundesbank, die Arbeitgeber, die Freiberufler, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in die Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einbeziehen. Notwendig ist ein Solidarpakt gegen die Massenarbeitslosigkeit.

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist ein Sofortprogramm nötig. Es muß Schluß sein damit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur langfristigen Aufgabe zu erklären. Unser Sofortprogramm enthält folgende Elemente:

- (1) Verwirklichung des Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“.
- (2) Steuerliche Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage einkommensschwacher Gruppen, zur Steigerung privater und öffentlicher Investitionen sowie zur Verbesserung der Finanzlage der Gebietskörperschaften.
- (3) Zukunftsinitiative Montanregionen – Zukunftsprogramm Küste.
- (4) Initiativen zur Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase; Schaffung qualifizierter Frauenarbeitsplätze. Das derzeitige Beschäftigungsförderungsgesetz ist abzuschaffen.
- (5) Zusätzliche Mittel für Städtebauförderung und Dorferneuerung, Wohnungsbau, Wohnungsmodernisierung, Energiesparen und Verkehrssanierung.
- (6) Aufstocken und Vorziehen öffentlicher Investitionen.
- (7) Entlastungen der Gemeinden von Kosten für Sozialhilfeleistungen.
- (8) Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen.

Unser Sofortprogramm muß in eine Finanz- und Steuerpolitik eingebettet werden, die die finanzielle Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden dauerhaft sichert und mehr Verteilungsgerechtigkeit schafft. Spitzenverdiener sind durch einen steuerlichen Solidarbeitrag an der Finanzierung der großen Zukunftsaufgaben angemessen zu beteiligen. Die Steueränderungen der Bundesregierung sind unsozial, da sie vornehmlich die Spitzenverdiener begünstigen, zudem sind sie verantwortungslos, da sie die Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handlungsunfähig machen.

Private und öffentliche Investitionen stärken

Innovation und Strukturanpassung sind die ureigensten Aufgaben der Unternehmen. Es ist vor allem ihre Aufgabe, neue Märkte zu erschließen, Innovationen voranzutreiben und die Anpassung an veränderte Bedingungen vorzunehmen. All dies erfordert Investitionen der privaten Wirtschaft. Die Steigerung der Investitionen stärkt die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik.

Geld und Kapital gibt es genug, aber es wird zuwenig in Sachinvestitionen umgesetzt. Deshalb müssen Steuersystem und Förderungspolitik des Staates so umgestaltet werden, daß aktive Unternehmen und unternehmende Unternehmer unterstützt werden. Wir wollen unternehmerische Aktivität und Leistung fördern. Wir werden nicht Kapital an sich begünstigen, sondern seine Verwendung für Sachinvestitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern. Die Teile des Gewinns, die für die Investitionen verwendet werden, sollen steuerlich entlastet werden. Ein erster Schritt dazu ist die Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage.

Soll die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft gelingen und die Arbeitslosigkeit abgebaut werden, muß wieder deutlich mehr investiert werden. Die damit notwendige Förderung der Sachkapitalbildung darf aber nicht erneut – wie in den fünfziger und sechziger Jahren – zur Konzentration des Produktivvermögens in den Händen weniger führen. Deshalb werden wir die Förderung der Investitionstätigkeit in der Wirtschaft mit der Förderung der Produktivvermögensbildung in Arbeitnehmerhand verbinden. Die Verbes-

serung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen muß mit einer Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen Hand in Hand gehen. Dazu sind vor allem Tariffonds der geeignete Weg. Das ist – zusammen mit der Ausweitung der Mitbestimmung – auch ein Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Die notwendige Investitionsoffensive für qualitatives Wachstum verlangt auch mehr öffentliche Investitionen. Diese müssen zur Erhaltung und Modernisierung unserer Infrastruktur beitragen, zur Verbesserung der Umwelt führen und den wirtschaftlichen Strukturwandel fördern. Wir Sozialdemokraten treten deshalb für Zukunftsprogramme für die Montanregionen und für die Küste durch zusätzliche Finanzhilfen des Bundes ein. Wir wollen zusätzliche Mittel für Städtebauförderung und Dorferneuerung, für die Modernisierung und das Energiesparen sowie den Wohnungsbau bereitstellen. Wir wollen unser Verkehrssystem ökologisch und human modernisieren und die Entwicklung von umweltschonenden Schnellbahn- und Bussystemen vorantreiben. Wir wollen die Leistungsfähigkeit und Modernität der Informations- und Kommunikationsversorgung durch die Deutsche Bundespost stärken. Der notwendige Ausbau der öffentlichen Investitionen und stärkere staatliche Anstöße für private Investitionen setzen voraus, daß der finanzielle Handlungsspielraum der öffentlichen Hände erweitert wird. Zur Finanzierung der Investitionsoffensive ist es notwendig, auf ungerechte und unsoziale Steuersenkungen zu verzichten.

Die solidarische Arbeitszeitpolitik fortsetzen

Wir begrüßen die beeindruckenden Erfolge der Gewerkschaften, die in den Tarifverhandlungen der letzten Jahre gegen den massiven Widerstand der Arbeitgeber und gegen die unverantwortliche Polemik des Bundeskanzlers durchgesetzt wurden. Ohne Arbeitszeitverkürzung wären heute Hunderttausende von Menschen zusätzlich arbeitslos.

Für uns Sozialdemokraten ist Arbeitszeitverkürzung seit langem ein Mittel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Es muß jetzt noch stärker zu einem Instrument zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit werden. Die SPD fordert daher die Arbeitgeberverbände auf, ihren Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzungen aufzugeben.

Die SPD tritt ein für

- eine allgemeine Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit ohne Einkommensminderung, wobei die Verkürzung der Arbeitszeit auch differenziert geregelt werden kann;
- die Verlängerung der Geltungsdauer des Vorruhestandsgesetzes und seine bessere materielle Ausgestaltung;
- die konsequente Zurückführung der Zahl der Überstunden, u. a. durch ein neues Arbeitszeitgesetz;
- eine umfassende Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt;
- mehr Wahlmöglichkeiten und hierdurch eine individuellere Gestaltung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer bei entsprechender sozialer und arbeitsrechtlicher Absicherung;
- Möglichkeiten zur Verbindung von Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildungsmaßnahmen.

Wir müssen scharf zwischen der Verkürzung der Arbeitszeit im Rahmen des jährlich zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraums einerseits und der Umverteilung von Arbeit und Einkommen andererseits unterscheiden. Bedeutung und gegenseitiges Verhältnis von Erwerbsarbeit und Familienarbeit muß überdacht werden, und es muß von herkömmlicher Rollenzuteilung an Mann und Frau Abschied genommen werden.

Im Rahmen einer gemeinsamen Initiative aller Verantwortlichen appellieren Sozialdemokraten an Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, auch über große Schritte der Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Der jährlich zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum, der angesichts der massiv stattgefundenen Umverteilung zugunsten der Gewinne nicht auf die Produktivitätszuwachsrate redu-

ziert werden kann, kann für Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen oder eine Kombination aus diesen genutzt werden. Die Verteilungsspielräume der Tarifpolitik sind in den letzten Jahren verstärkt für Arbeitszeitverkürzung genutzt worden. Das hat Arbeit für Hunderttausende gesichert und neue Arbeit geschaffen. Damit haben die im Arbeitsleben Stehenden einen wichtigen Solidarbeitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet. Wir treten dafür ein, diese solidarische Lohn- und Gehaltspolitik fortzusetzen. In welchem Umfang Löhne und Gehälter in Kombination mit Arbeitszeitverkürzung erhöht werden, kann nach Einkommensgruppen differenziert beantwortet werden. Höhere Einkommensgruppen können einen Solidarbeitrag eher tragen als untere Einkommensgruppen.

Immer häufiger wollen Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit freier wählen bzw. Teilzeitarbeit leisten. Wird diesen Wünschen mehr entsprochen, kann eine zusätzliche freiwillige Arbeitszeitverkürzung erreicht werden. Dies setzt allerdings voraus, daß durch tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen eine vollwertige Absicherung von Teilzeitbeschäftigten gewährleistet wird. Sozialdemokraten wollen zusätzliche Wahlmöglichkeiten zwischen Arbeit, Freizeit und Bildung eröffnen. Auch um die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt zu erreichen, muß es neben Arbeitszeitverkürzungen für alle darauf ankommen, durch eine freiere Arbeitszeitgestaltung für Frauen und Männer Erwerbsarbeit und Familienleben besser miteinander zu verbinden. Unabhängig davon bleibt die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 30 Stunden und die Einführung des 6-Stunden-Normalarbeitstages ein wichtiges langfristiges Ziel.

Gerade weil wir eine sozial abgesicherte freiere Arbeitszeitwahl wollen, lehnen wir die von Konservativen und Wirtschaftsliberalen propagierte Flexibilisierung ab. Sie hat das Ziel, Arbeitgeberrisiken dem Arbeitnehmer aufzubürden und die Menschen unbeschränkt einsetzbar und zum Zubehör der Anlagen und Maschinen zu machen. Diese Flexibilisierung bedeutet einen Rückfall in das 19. Jahrhundert. Freiere Arbeitszeitwahl erfordert allerdings entsprechende gesellschaftliche und institutionelle Voraussetzungen, ohne die sie nicht umfassend verwirklicht werden kann.

Die Bedeutung der Gewerkschaften

Für uns Sozialdemokraten ist klar: Unsere Vorstellungen zur Beschäftigungs-, Arbeitszeit- und Qualifizierungspolitik sind nur mit Erfolg zu verwirklichen, wenn starke Gewerkschaften die Interessen der Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden absichern und wir in Abstimmung mit den Gewerkschaften handeln können. Die Volkspartei SPD und die Gewerkschaften als Organisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben auch in Zukunft Garanten für einen guten Weg zu einer demokratischen und sozialen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie müssen in den zentralen Fragen gemeinsam handeln.

Das gilt besonders im Hinblick auf die gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen. Größere Wahlfreiheit bei der individuellen Arbeitszeit setzt starke Gewerkschaften voraus. Nur sie können verhindern, daß bei der Differenzierung der Arbeitszeit die persönlichen Interessen denjenigen der Unternehmen untergeordnet werden. Es gilt in gleicher Weise für den von uns gewollten Vorstoß in der Qualifizierungspolitik. Gerade solche offensiven Qualifikationsmaßnahmen verlangen, wenn sie wirksam werden sollen, von starken Gewerkschaften ausgehandelte Rahmenvereinbarungen.

Mehr Entscheidungsfreiheit in der Arbeitswelt bedeutet eine Erweiterung der Verantwortung in einem komplexeren Geflecht von Regelungen. Der Arbeitnehmer muß daher um so mehr auf die Unterstützung durch seine Interessenvertretung rechnen können. Die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften und Betriebsräte bei der Kontrolle der Leistungsanforderungen und der Verteilung der Arbeitszeit im Interesse der Beschäftigten sind auszubauen. Außerdem tritt die SPD für die Rücknahme der Novellierung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz, die die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften schwächen sollte, ein. Darüber hinaus sind die Streikrechte der Arbeitnehmer zu stärken. Für die Ächtung der Aussperrung treten wir nach wie vor ein.

Erläuterung: Dieser Teil: „Die Bedeutung der Gewerkschaften“ wurde von der Antragskommission noch in den Entwurf des Vorstandes aufgenommen.

Fortsetzung von Seite 12

ein niedriges Niveau sinken. Vielmehr geht es darum, die jeweils höchsten Verbraucherschutzbestimmungen und lebensmittelrechtlichen Regelungen zu garantieren. Dazu gibt es z. B. zu der Frage der Lebensmittelkontrolle, der Bestrahlung von Lebensmitteln, der Verwendung von Zusatzstoffen und zu Imitationsprodukten eindeutige Positionen der NGG und auch des Europäischen Ausschusses der Lebens-, Genußmittel- und Gastgewerbe-gewerkschaften in der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiterge-werkschaften (EAL-IUL).

Zukunftsorientierte Umweltpolitik heißt für uns aber auch Abschied nehmen von der Vorstellung, daß es den Umweltverbrauch und die Umweltbelastung zum Nulltarif gibt. Hier hinkt das wirtschaftspolitische Denken im Zusammenhang mit der volks-wirtschaftlichen Gesamtrechnung der Realität hinterher. Wohlfahrtsverluste, also die Reparatur von Umweltschäden, werden als Wohlstandsgewinne ausgewiesen. Über 100 Mrd. DM werden jährlich für sogenannte Defensivkosten, also reine Reparaturausgaben zur Verhinderung des Ärgsten, im Umweltschutz ausgegeben. Das haben die Arbeitnehmer zu bezahlen.

Deshalb brauchen wir eine Wende in der Chemiepolitik, hin zu umweltverträglichen Ersatzstoffen. Wir brauchen eine Abkehr von einer widersinnig gewordenen Agrar-politik, die jede Art von Quantität hono-riert und Qualität systematisch verhindert. So fordern wir u. a. eine flächengebunde Tierhaltung mit Bestandsobergrenzen. Für uns ist klar, die Ansprüche an den technischen Fortschritt haben sich geän-dert, Qualität wird wichtiger als Quantität, und damit gewinnt auch die Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit für Produktion und Konsum an Bedeutung.

Deshalb brauchen auch wir ein Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung, das die-sen Namen verdient. Nur so ist es mög-

Besser informiert durch NACHRICHTEN

lich, das notwendige Steuerungsinstru-mentarium für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur zu bekommen. Da-bei kann helfen, daß die Öffentlichkeit, die Verbraucher kritischer und sensibler ge-worden sind. Sie wollen ausreichende, sachliche und umfassende Informationen. Das halten wir für wichtig, denn Verbrau-cherverhalten darf sich nicht in Hysterie und „Bewußtseinsallergien“ ergeben. Wir versuchen u. a. unseren Beitrag dazu zu leisten, indem wir seit über einem Jahr NGG-Ernährungsforen durchführen, in de-nen wir mit Verbänden, Politikern und Wis-senschaftlern auf DGB-Kreisebene das Thema Umweltschutz und Lebensmittel-qualität diskutieren.

Mit der Zukunft der Arbeit ist die Bildung eng verzahnt

Eng mit der „Zukunft der Arbeit“ ist die „Zukunft der Bildung“ ver-zahnt. In Anlehnung an die Zukunftsdebatte, wie sie von der IG Metall geführt wird, veranstaltete die Gewerkschaft Erziehung und Wissen-schaft Baden-Württembergs in Zusammenarbeit mit der Hans-Böck-ler-Stiftung am 10. September in Sindelfingen eine Fachkonferenz, die sich mit beiden Bereichen befaßte. Ziel war es, bei den Überlegungen um die Gestaltung einer menschlichen Zukunft stärker als bisher auch den Bildungsaspekt zu berücksichtigen.

Zunächst hielt Karl-Heinz Blessing, Leiter der Abteilung Vorsitzender beim Vorstand der IG Metall, das einführende Referat, in dem er die gegenwärtigen gesellschaftli-chen Verhältnisse analysierte und die Aus-wirkungen auf die Gewerkschaftsbewe-gung thematisierte. In der anschließenden Plenumsdiskussion und in mehreren Ar-beitsgruppen wurde überlegt, was dies für das Bildungswesen und die dort Beschäf-tigten bedeutet.

Beim Bildungswesen im allgemeinen und der Schule im besonderen haben wir es in der Regel mit staatlich organisierten, dem Arbeitsmarkt vorgelagerten Institutionen im Bereich gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion zu tun. Aufgabe dieser Institutionen ist es, die Schüler/innen durch Qualifizierung für die Anforderun-gen des Produktionssektors, durch ideo-logische Integration und Selektion zu ei-nem integrierten Bestandteil dieser Ge-sellschaft zu erziehen. Danach ist es zwangsläufig, daß gesellschaftliche Verän-derungen auch nachhaltige Konsequen-zen für den Bildungssektor haben.

Die gegenwärtig herrschende Politik zielt darauf ab, Deklassierungsprozesse und Ungleichheiten auch durch bildungspoli-tische Maßnahmen zu unterstreichen, was insbesondere durch einen an wirtschaftli-chen Verwertungsbedingungen orientier-ten Leistungsbegriff geschieht. Dies führt in einem verschärften Selektionsprozeß dazu, daß auf der einen Seite ein großer Anteil Ausgegrenzter und auf der anderen Seite kleine gut qualifizierte Gruppen von Eliten produziert werden. So wird z. B. an das Bildungswesen immer häufiger die Anforderung gestellt, auf die Anwendung neuer Technologien unmittelbar vorzubereiten. Nicht wenige jener Forderungen weisen jedoch entmündigende Tendenzen auf: Frühes und unkritisches Trainieren von Computer-Anwendungsfähigkeiten gehört ebenso dazu wie die Absicht, Kin-der bereits im 10. Lebensjahr in eine künf-tige Computereleite und eine Mehrheit be-wußtloser „Anwender“ aufzuteilen.

Neben bildungspolitisch betonten Themen bildete auf dieser Konferenz natürlich

auch die Beschäftigung mit dem Arbeits-markt ein Schwerpunkt. Wie ja hinlänglich bekannt sein dürfte, findet sich auf dem Teilarbeitsmarkt Schule ein besonders ho-her Anteil arbeitsloser Pädagoginnen und Pädagogen. Dementsprechend standen Fragen zur Diskussion, wie sie von Oskar Lafontaine in plumper wirtschafts- und fi-nanzpolitischer Anbiederung an das Kapi-tal verstärkt in die Öffentlichkeit getragen wurden: Schafft individueller Verzicht Ar-beitsplätze, steht nicht jeder einzelne, der nicht ein wirkliches Interesse an der Be-seitigung der Arbeitslosigkeit hat, in der Pflicht, ein ganz persönliches Opfer zu bringen?

Da gerade in breiten Teilen der Lehrerschaft derartige Gedanken fruchtbaren Boden finden, ist es eine besondere Auf-gabe der GEW, den Vorstellungen einer individuellen Umverteilungspolitik inner-halb einer Klasse (wie sie im übrigen das baden-württembergische Kultusministerium schon seit Jahren in Form freiwilliger Deputatsverzichtes anpreist, die aber nach-weislich keine beschäftigungswirksamen Resultate zeitigten) ein kollektives Solida-ritätsprinzip entgegenzustellen, in dem die moralische Kategorie des Solidaritätsbe-griffs, der Einsatz der Stärkeren für die Schwächeren in Zusammenhang gebracht wird mit einer Interessenspolitik, in der die wahren Verursacher von Ungerechtigkeit und Ungleichheit zur Verantwortung gezo-gen werden müssen. Wie in anderen Or-ganisationsbereichen, so gilt auch hier die Formel: Kein Paktieren und keine falsche Partnerschaftsideologie, sondern harte Auseinandersetzungen und Kämpfe sind kennzeichnend für das Verhältnis von Ar-beitgebern (hier der Landesregierung) und den Gewerkschaften.

Natürlich blieben in dieser eintägigen Kon-ferenz viele Fragen unbeantwortet oder konnten aus Zeitgründen erst gar nicht gestellt werden. Wollen die Gewerkschaften infolge der gegenwärtigen Umbruchs-situation nicht in die Defensive gedrängt werden, so sind noch weitere Zukunfts-kongresse notwendig, auf denen offensive Strategien erarbeitet werden können.

Martin Allespach

Der 13. GdED-Gewerkschaftstag zeigt „Des Kaisers neue Kleider“

Unter dem Motto: „Wir kämpfen für sichere Arbeitsplätze, für mehr Bahn, für unsere Umwelt“ tagte vom 16. bis 21. Oktober in Nürnberg der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Eisenbahner Deutschlands (GdED). Internationales Flair verbreitete die Gästeliste der Eröff-nungsveranstaltung. Neben Ernst Breit, dem SPD-Vorsitzenden Vogel, Bundesverkehrsminister Warnke (CSU) nahmen Eisenbahnerdelega-tionen aus 17 Ländern, unter ihnen der ITF-Präsident Jim Hunter, Karl Kalauch, Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft der DDR, sowie Vertreter aller französischer Transportarbeitergewerkschaften, einge-schlossen die CGT, teil.

Gekommen in die Stadt, von der vor rund 150 Jahren die Eisenbahn ihren Siegeszug durch unser Land antrat, war auch der Vorsitzende der Arbeiter des Eisenbahn-wesens und Transportwegebau der So-wjetunion, Iwan Schinkewitsch. Er über-brachte die Grüße der fünf Millionen Mit-glieder seiner Organisation und berichtete über den Prozeß der Perestroika unter führender Beteiligung der Gewerkschaf-ten. Lobend hob er die seit 20 Jahren be-stehenden Kontakte zur GdED hervor.

In seiner Eröffnungsansprache bezeichne-te GdED-Vorsitzender Ernst Haar die Ver-kehrs- und Bahnpolitik als „deprimierend“. Der Gütertransport wandere weiter von der umweltfreundlichen Schiene auf die Straße ab, und Ankündigungen über Än-derungen des Verkehrsministers „werden schon im Hinterzimmer des Finanzmini-sters storniert“. Trotz dieser Erkenntnis als Resultat eines jahrelangen Erfahrungs-prozesses fielen erneute Versprechungen von Warnke nach Kostenbeteiligung der Bundesregierung am Schienennetz und Übernahme der Altschulden bei nicht we-nigen Funktionären auf fruchtbaren Bo-den.

Scharf angegriffen wurden die für die Bahnpolitik Verantwortlichen für 10000 vernichtete Arbeitsplätze pro Jahr, den aufgehäuften 5-Millionen-Überstunden-berg, 130000 wegen Personalmangels nicht gewährte Urlaubstage und Überalterung des Personals in zahlreichen Dienst-stellen durch den Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, Werner Mößinger. „Außer Phrasen und hohl klingenden Be-kenntnissen haben Eisenbahner und Bun-desbahn bisher nichts bekommen. Immer und überall heißt es: Die Bahn ist als um-weltfreundliches Verkehrsmittel unver-zichtbar! Die gleichen Politiker, die die Un-verzichtbarkeit der Bahn im Munde füh-ren, verzichten auf wirksame Maßnahmen zu ihrer Sanierung.“

Mößinger erinnerte an die Versprechun-gen Bundeskanzler Kohls vor der Bundes-tagswahl zugunsten der Bahn und stellte die Frage, „ob sich da nicht zur Gnade der späten Geburt noch das Dilemma eines kurzen Gedächtnisses gesellt“. Auch die

Bundesbahnvorstände wurden vom Hauptpersonalratsvorsitzenden heftig kri-tisiert. Sie gebärdeten sich wie der Kaiser in dem Märchen „Des Kaisers neue Klei-der“ und „lassen verkünden, welche tollen Stoffe und Farben sie anhaben und wie schön das alles anzusehen sei. Doch in Wirklichkeit stehen sie nackt da.“

Wer in der Debatte deutliche Worte der Delegierten zur Situation der Bundesbahn und zur Lage der Eisenbahner erwartet hatte, war enttäuscht. Abgesehen von we-nigen Aussagen mit Orientierung auf kämpferische Aktionen standen die GdED-Haushaltsunterdeckung 1988 in Höhe von 3 Millionen DM und vor allem die Beitragsfrage im Mittelpunkt. Um das fi-nanzielle Tief zu überwinden, hatte der Hauptvorstand in seinem Satzungsantrag A1 einen 13. Monatsbeitrag beantragt. Doch dafür konnten sich die Delegierten nicht erwärmen. Nach stundenlangen Dis-kussionen entschieden sie mit Mehrheit, den monatlichen Beitrag der aktiven Ei-senbahner stufenweise auf 0,8 Prozent anzuheben.

Zweifelloos ist das ein Schritt zu mehr Bei-tragsgerechtigkeit, denn bisher lag der monatliche Pflichtbeitrag bei einem Brut-toeinkommen ab 4400 DM bei 24 DM, während die Einkommensbezieher bis 2400 DM 19 DM an Pflichtbeiträgen zu zahlen hatten. Um aus den Miesen her-auszukommen, wurde das Bildungs- und Erholungsheim Königstein für 14 Millionen DM verkauft.

Auf dem 13. GdED-Gewerkschaftstag war ein Wechsel an der Spitze fällig, denn der 63jährige Ernst Haar, der seit 1979 GdED-Vorsitzender war, kandidierte aus Alters-gründen nicht mehr. Vor der Wahlhand-lung entschieden sich die Delegierten aus Kostengründen dafür, „die Zahl der haupt-amtlichen Hauptvorstandsmitglieder von sieben auf sechs zu reduzieren“. Als Nachfolger Haars wurde Rudi Schäfer, Tar-ifexperte seiner Organisation und auch einer der beiden stellvertretenden Vorsit-zenden, neu gewählt. Neben Hans Möll-mann (CDU) wurde Rolf Hofmann stell-vertretender Vorsitzender. Er gehört dem ge-schäftsführenden Hauptvorstand (gHV)

seit 1980 an. Neu in den gHV kam der 41jährige Rainer Grab, seit 1987 kommis-sarischer Leiter der Abteilung Sozialpoli-tik. Er erhielt von 352 abgegebenen Stim-men 350, das sind 99,4 Prozent.

Den 353 ordentlichen, 145 Gastdelegier-ten sowie den 103 Mitgliedern von Beirat und Hauptvorstand, die rund 340000 Mit-glieder – darunter 162000 aus dem Arbei-ter- und 161000 aus dem Beamtenbereich – repräsentierten, lagen 387 Anträge, 16 Initiativanträge und 48 Entschlüsse vor. Faktisch wurden damit alle Gebiete gesellschaftspolitischer, tarifpolitischer und organisationspolitischer Natur abge-deckt. Gefordert wird die „Beseitigung al-ler Massenvernichtungswaffen bis zum Jahr 2000“ und befürwortet die „Schaf-fung einer Zone in Europa, die von atoma-ren, biologischen und chemischen Waffen frei ist“. Als Lehre aus der Katastrophe von Ramstein sprach sich der Gewerk-schaftstag für die „sofortige Einstellung der militärischen Tiefflüge“ aus. In einem weiteren Beschluß werden GdED und DGB aufgefordert, „mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß alle faschistischen Ver-bände verboten“ und „wirksame politische sowie gesetzliche Maßnahmen gegen die

Wahlergebnisse

	Abg. Stim-men	Ja- Stim-men
Rudi Schäfer , 54 Vorsitzender	349	305
Rolf Hofmann , 54 stellv. Vors.	351	293
Hans Möllmann , 59 stellv. Vors.	352	292
Dieter Langendorf , 55	352	252
Rainer Grab , 41	352	350
Siegfried Weiß , 55	351	309

neofaschistischen Bestrebungen eingelei-tet werden“.

Kontrovers wurde ein Antrag der Bundes-frauenkonferenz diskutiert mit der Forde-rung, daß künftig dem gHV mindestens ei-ne Frau angehören soll. Obwohl die Koll-e-ginnen – sie stellten 32 oder 9,1 Prozent der abstimmungsberechtigten Delegierten – sich vehement für diesen Antrag ein-setzten, wobei sie auch von einigen Koll-e-gen unterstützt wurden, die dazu aufrie-fen, Zeichen zu setzen, wurde das Bege-hren der Kolleginnen in einer Kampfabstim-mung mit 170 zu 135 Stimmen abgelehnt, was auch GdED-Vorsitzender Rudi Schä-fer bedauerte. Das Abstimmungsergebnis könne keinen zufriedenstellen, meinte er und versprach seitens des gHV, sich dafür einzusetzen, daß möglichst schnell weite-re Schritte zur Verwirklichung des bereits beschlossenen Frauenförderplanes ge-macht werden.

Großen Raum nahm auch die Tarifpolitik ein. Auf diesem Feld wurde ein tarifpoliti-

DGB-Jugend zur Zukunft: Die Diskussion hat begonnen

Die 12. DGB-Bundesjugendkonferenz vom 18. bis 20. November 1985 in Köln hatte im Antrag A 2 den Auftrag zu einer Diskussion über die Zukunft der Arbeit gegeben. Nach breit angelegter Vorbereitung und Thesenpapieren für 19 Arbeitsgruppen war das Echo überragend. 532 Teilnehmer aus allen 17 DGB-Gewerkschaften hatten sich für die Arbeitstagung vom 7. bis 9. Oktober in der Universität Saarbrücken angemeldet. Es gab die vom Bundesjugendausschuß gewünschte lebhaft Diskussion, auch die zu erwartenden Kontroversen fanden statt.

Die allgemeine Erwartung der Gewerkschaftsjugend war spürbar, daß damit die Diskussion eröffnet und die Auseinandersetzung um die Bündnisfrage beendet ist, da – wie beim letzten DGB-Kongreß beschlossen – je nach gewerkschaftlicher Interessenlage zu entscheiden ist.

Ilse Brusis, im geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für die Jugendarbeit, überraschte die Konferenz in ihrer Eröffnungsrede mit der Nachricht vom Rücktritt des Bundesjugendsekretärs Johannes Graßl, dafür kündigte sie Alfred Kolberg als Redner für die Abteilung Jugend an. Professor Oskar Negt hatte in seinem Referat mehr gesellschaftskritisches Engagement der Gewerkschaften gefordert. Die in der Öffentlichkeit und in Umfragen deutlich werdenden Hoffnungen auf die Kraft der Gewerkschaften müsse sie zu „gesamtgesellschaftlichen Utopien“ führen, um damit die Gesellschaft aus der drohenden konservativen Erstarrung herauszuholen.

Kernsatz in den Thesen der Abteilung Jugend war deutliche Kapitalismuskritik: „Die bloße Orientierung der Menschen auf die Warenwelt und die Regelung ihrer Beziehungen untereinander über den Tausch, die wirtschaftlich zentrale Mehrwertproduktion und der nahezu inhaltsleere Wachstumsfetischismus sind kein Modell, das wir für die Zukunft anstreben.“

Lebhaft diskutiert wurde in den 19 Arbeitsgruppen. Von Fragen der Rüstungs-

scher Handlungsrahmen beschlossen (siehe dazu auch Seite 5). In einer weiteren Entschließung forderten die Delegierten ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit dem Ziel der Erreichung der 35-Stunden-Woche.

Solidarisch nicht nur in Worten zeigte sich der Kongreß mit der südafrikanischen Eisenbahnergewerkschaft sowie mit Nicaragua. Für die Kollegen in Südafrika wurden 8027,49 DM und für Nicaragua rund 3400 DM gespendet. (Beschlüsse veröffentlichen wir in unserer nächsten Ausgabe.)

Gisela Mayer

und Produktkonversion über praktische Erfahrungen mit der Umsetzung der neuen Berufsbilder bis zu Versuchen in Fragen Selbstverwaltung, Freizeit und Urlaub reichte der Bogen der angebotenen Möglichkeiten, Utopien zu entwickeln und Erfahrungen auszutauschen (siehe Einhefter, S. 23).

Ein Anlagenfahrer aus einem Braunkohlekraftwerk in Bayern brachte das Leitbild zukünftiger Bedürfnisse auf den Punkt. Er formulierte in der Arbeitsgruppe 6: „Ich will in einem Solar-Wasserstoff-Kraftwerk arbeiten, das die Umwelt schont, will die Anlage voll und ganz beherrschen und dabei selbstbestimmt in einer Umgebung arbeiten, in der keiner auf den anderen neidisch zu sein braucht, ich will hohe Kompetenz in meinem Beruf!“

Karin Benz-Overhage, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, ergänzte, daß genau solche Bedürfnisse in die heutige Berufsausbildung einbezogen werden müßten, um damit die FacharbeiterInnen auszubilden, die in der Lage sind, neue Produkte und Produktionsverfahren durchzusetzen. Das könne aber nicht nur im Betrieb geleistet werden, dazu sei eine neue und umfassende Diskussion um Bildungsfragen erforderlich, von der allgemeinen Erstausbildung bis zur beruflichen Weiterqualifizierung.

Hart gerungen wird in der DGB-Jugend um eine gemeinsame Position zur Übernahme der Ausgebildeten. Teilzeitübernahme sei zwar ein möglicher Kompromiß, die maximale Weiterbildung sei nur zu erreichen, wenn um die vollständige Übernahme auch wirklich gekämpft würde, die Teilzeitübernommenen wieder in Normalarbeit zurückzuführen, so die mehrheitliche Meinung.

In manchen Einschätzungen der Konferenz wird bereits vom „Überwinden von Blockdenken“ gesprochen. Nicht zu verkennen allerdings ist die Tatsache, daß auch in der Gewerkschaftsjugend der Stellenwert der Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit nach wie vor der Schlüssel zum Verständnis der streitenden Strömungen ist, blendet man den Klassenkampf aus, wäre das rein pragmatische Öffnen für leicht erreichbare Ziele im Tageskampf die Lösung. Hier steht

nach wie vor die Mehrheit der Gewerkschaftsjugend, vor allem die Metalller, HBV-Jugend, die Postler und andere in der Tradition der Veränderung der Gesellschaft als gewerkschaftliche Aufgabe, „sonst gerät man auf die schiefe Bahn eines Helfershelfers für das Kapital in der nationalen und internationalen Konkurrenz um Standortvorteile“, so ein Teilnehmer. Hier scheiden sich die Geister zwischen Steinkühler und Rappe, damit auch häufig zwischen den entsprechenden Jugendbeiräten.

Peinlich war dann auch der spürbare Versuch einiger junger Kollegen, sich in der Politikerdiskussion am Sonntag an das Podium anzubiedern. Glotz (SPD), Schöppe (DIE GRÜNEN) und Dettling (CDU) hatten kaum etwas zur Diskussion beizutragen. Diese Zeit hätte besser der Diskussion und Auswertung der Arbeitsgruppen gedient. Berthold Goergens

LESERBRIEF zu „IGM-Frauen verhaspeln sich in Quoten“

Seit wann spielen wir ein politisches Erdbeben gegen das andere aus? Unbestritten ist doch wohl, daß die Quotierung ein attraktives und politisch durchsetzungsfähiges Mittel ist, Frauendiskriminierung zu thematisieren, abzubauen und Gleichberechtigung faktisch mitumzusetzen. Der Artikel von Renate Bastian in der Ausgabe 10/88 mit dem sehr hässlichen Titel „IGM-Frauen verhaspeln sich in Quoten“ war nicht geeignet, die Ursache für die Schere zwischen einer mangelnden politischen Auseinandersetzung und einer gleichzeitigen durchaus richtigen und erfolgreichen Auseinandersetzung um Quotierung zu thematisieren.

Statt danach zu fragen, warum es bisher zu wenig gelingt, inhaltliche Fragen der Frauenarbeit/Frauenleben direkt an die Quotierung zu knüpfen, wird die ganze Quotierungsfrage als Verhinderungsgrund für die mangelnde inhaltliche Auseinandersetzung angegeben. Ich glaube, so kommen wir nicht weiter oder leicht sogar ins „Aus“ jeglicher frauenpolitischer Debatte. Warum von Renate Bastian in diesem Zusammenhang nicht die Auseinandersetzung um den sehr inhaltlichen Redebeitrag von Ingrid Kurz-Scherf angeführt wird, bleibt mir schleierhaft, zumal daran deutlich wird, daß eine ernstgemeinte Quotierung auch einer neuen politischen Kultur bedarf, fernab von jeder Zensur.

Auch Steinkühlers hochwohlgelobte Rede zu diesem Thema ist für mich zu hinterfragen: Es ist doch zu hinterfragen, ob die bisherige Praxis der Zusammensetzungen in den Ortsverwaltungen nach der Struk-

tur der Betriebe, und das heißt auch nach den größten Betrieben, nicht auch neu überdacht werden müßte im Sinne einer Erweiterung, um stärker organisationspolitische (gesamt) Maßstäbe durchzusetzen. Bisher ist es doch nicht so, daß, wie von Renate Bastian angeführt, abstrakte geschlechtsbezogene Quoten die Handlungsfähigkeit der Organisation lähmen, sondern die häufig vorkommende Differenz zwischen Beschlußfassung in der Organisation und Durchsetzung in den Betrieben wird doch eher durch eine neue Qualität von „Betriebsfürstentum“ gekennzeichnet, die die Ortsverwaltungen lähmen.

Hier gesamtorganisationspolitische Interessen gegenüber Standortinteressen durchzusetzen ist doch wahrscheinlich viel eher nötig, als inhaltliche Schwierigkeiten der Quotierungsdiskussion anzulasten. Auch zweifle ich daran, daß mit einer Organisation, die dermaßen „stiefväterlich“ mit der Gleichberechtigung und Frauenförderung umgeht, die Kraft aufbringt, die Frauenförderung erstmalig in den Betrieben umzusetzen und dann erst in der Organisation. Sollte es weniger Gegner bei den Kapitalisten geben als in der eigenen Organisation? Unbestritten bleibt, daß die relevanten Themen unbedingt hätten diskutiert werden müssen. Aber wo bleibt der Ruf von NACHRICHTEN denn insgesamt z. B. nach einer wirklichen Kampagne der Gewerkschaften und ihrer BündnispartnerInnen für das arbeitsfreie Wochenende und z. B. für den Erhalt des Nachtarbeitsverbotes für Frauen? Regina Behrendt

1. Bundesangestelltentag der Gewerkschaft Leder

Am 15. Oktober führte die Gewerkschaft Leder in Offenbach ihren ersten Bundesangestelltentag durch. In seinem Referat rief das geschäftsführende DGB-Bundesvorstandsmitglied Jochen Richert dazu auf, mehr Angestellte zu werben: „Eine Organisation, die die Interessen aller Arbeitnehmer vertreten will, muß auch alle Arbeitnehmer in ihren Reihen zusammenfassen.“ Obwohl die DGB-Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren 300 000 neue Mitglieder aus dem Angestelltenbereich gewinnen konnten, betrug der Anteil der Angestellten an der Gesamtmitgliedschaft nur rund 22 Prozent, während 45 Prozent der Beschäftigten dem Angestelltenbereich zuzurechnen sind.

DGB fordert mehr Mitbestimmung

„Mehr Mitbestimmung – gerade jetzt“ war nicht nur das Motto der zweitägigen Konferenz des hessischen DGB am 18. und

19. Oktober in Rodenbach, sondern auch die übereinstimmende Meinung der über 100 Teilnehmer. Karl-Heinz Jungmann, hessischer DGB-Landesbezirksvorsitzender, erklärte in seinem Eröffnungsreferat u. a.: „Der DGB fordert ein umfassendes Mitbestimmungsrecht bei neuen Technologien, bei Umweltschutzfragen im Betrieb – und nicht eine Spaltung der Belegschaften und einen Angriff auf die Einheitsgewerkschaft, wie es die Bundesregierung plant.“ Jungmann wurde u. a. von Horst Klaus, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, unterstützt, der seinerseits die gewerkschaftlichen Alternativen darstellte. In mehreren Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Teilnehmer mit Mitbestimmungsfragen. Der Absicht, Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten gesetzlich zu verankern, wurde eine klare Absage erteilt, da unter dem Deckmantel des Etiketts „Minderheitenschutz“ der Spaltplatz in die Belegschaften getragen werden solle.

Geschäftsverteilung bei IG Chemie

Der Hauptvorstand der IG Chemie – Papier – Keramik hat auf seiner Tagung am 24. Oktober in Hannover die Geschäftsverteilung der vom 13. Gewerkschaftstag (4. bis 10. September in Karlsruhe) gewählten sieben geschäftsführenden Mitglieder beschlossen. Vorsitzender Hermann Rappe ist zuständig für den Bereich Wirtschaft und seine beiden Stellvertreter Egon Schäfer und Wolfgang Schultze für Finanzen und Angestellte bzw. für Organisation und Umweltschutz. Horst Mettke bleibt weiter für die Bereiche Tarifpolitik – Humanisierung, Jürgen Walter für Bildung – Jugend und Veronika Keller-Lauescher für Sozialpolitik – Frauen verantwortlich. Der neu in den gHV gewählte Hubertus Schmoltd wird sich mit Betriebsrätearbeit und Mitbestimmung beschäftigen.

Das GG schützt nicht die „Mega-Chip-Produktion“

Wer jetzt den arbeitsfreien Samstag nicht verteidigt, opfere bereits den Sonntag, erklärte das IG-Metall-Vorstandsmitglied Horst Klaus am 14. Oktober in Velbert. Regelmäßige Samstagsarbeit, zum Beispiel in der Automobilproduktion, ziehe unweigerlich die Sonntagsarbeit von Hunderten Reparaturhandwerkern und zahllosen Produktionsarbeitern in den Zuliefererbetrieben, die der „gnadenlosen Ausbeutung durch die Großabnehmer“ ausgeliefert seien, nach sich. Klaus forderte die Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall auf, Widerstand gegen die Ausdehnung der Wochenendarbeit zu leisten. „Das Grundgesetz schützt die Sonntagsruhe und nicht die Mega-Chip-Produktion“, erklärte er.

PERSONALIEN

M. Felix Hellmann, gelernter Schriftsetzer, ist neuer Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik beim Hauptvorstand der GHK. Der 35jährige, der in den letzten fünf Jahren das Düsseldorf Büro des Europa-Abgeordneten und ehemaligen DGB-Vorsitzenden **Heinz Oskar Vetter** leitete, löste **Werner Haak** ab, der nach über 16jähriger Tätigkeit aus seiner Arbeit ausschied.

Heinz-Werner Meyer, 56, 1. Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, wird als „Rappes Traumkandidat“ für die Nachfolge des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit gehandelt. Der jetzt 64jährige Breit kandidiert auf dem DGB-Kongreß 1990 aus Altersgründen nicht mehr. Meyer wird als ein Mann des Ausgleichs und Anhänger der Sozialpartnerschaft eingestuft. Mit ihm käme nach **Heinz Oskar Vetter** erneut ein DGB-Vorsitzender aus den Reihen der IG BE. Im Gespräch ist außerdem nach wie vor **Ilse Brusis**, 51, der jedoch die wenigsten Chancen eingeräumt werden. Entgegen anderslautenden Beteuerungen hält sich auch die ÖTV-Vorsitzende **Monika Wulf-Mathies**, 46, im Rennen. Als ihr Nachfolger bei der ÖTV soll dann **Wolfgang Warburg**, 46, geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der ÖTV, ausgedacht werden.

Sabine Nehls, 31, verstärkt seit Oktober die Pressestelle beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf. Pressearbeit ist für sie nichts Neues: Freie Journalistin in Westberlin und Absolventin eines Aufbaustudienganges an der Kölner Schule für Journalistik sind Stationen ihres beruflichen Werdeganges.

Peter Riemer, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, feierte am 21. Oktober seinen 60. Geburtstag. Sein Leben ist eng mit der GHK verknüpft. Bereits 1953 übernahm er die Redaktion der Holzarbeiterzeitung von dem Gründer unserer Zeitschrift, **Heinz Seeger**, der zum GHK-Vorsitzenden gewählt worden war. Peter Riemer, der sich zu seinem 60. statt Geschenke Spenden für die Bauarbeitergewerkschaft in Uganda wünschte, wurde auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag seiner Organisation Anfang Oktober 1981 gegen den Willen des Beirats zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und vier Jahre später in Leverkusen mit großer Mehrheit bestätigt.

Volker Rosacha, 30, bisheriger DGB-Landesjugendsekretär des DGB in Baden-Württemberg, wurde zum kommissarischen Leiter der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand berufen. Er löste **Johannes Graßl**, 32, ab, der aus persönlichen Gründen sein Amt aufgab.

Alfred Schattani, 86, ist Anfang Oktober gestorben. Bis 1966 war er Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten.

Globale Probleme hängen eng mit der Klassenfrage zusammen

Interview mit Heinz Hummler,
Mitherausgeber der NACHRICHTEN

Wie in der gesamten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hat auch in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution einhergehende Umbruchsituation zu einem Meinungsstreit geführt. Zu dieser Auseinandersetzung befragte unser Redaktionsmitglied Werner Petschick den Mitherausgeber dieser Zeitschrift, Heinz Hummler. Er ist Funktionär der IG Metall, Betriebsratsvorsitzender und zugleich Mitglied des Parteivorstandes der DKP.

NACHRICHTEN: Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den globalen Menschheitsproblemen, wie die drohende Selbstvernichtung durch Atomwaffeneinsatz, Ökologieprobleme, Überbevölkerung usw., und der unmittelbaren sozialen Interessenvertretung im Betrieb?

Heinz Hummler: Es ist unbestritten, daß mit der Herausbildung existenzbedrohender globaler Probleme für die Menschheit eine Situation entstanden ist, die dringend



einer Lösung bedarf. Diese Probleme aber losgelöst von der Klassenfrage zu betrachten würde bedeuten, in der Praxis Klassenprobleme durch die Menschheitsfrage zu ersetzen. Es wäre aber falsch, die globalen Aufgaben, Frieden, existenzbedrohende Umweltgefahren, Hunger in der Welt, den sozialen Aufgaben und dem Kampf zwischen den Klassen in den kapitalistischen Staaten gegenüberzustellen. Im Gegenteil.

Ich bin der Auffassung, daß beide Aufgaben zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Aus den Erfahrungen im Betrieb weiß ich, daß die Interessen der Belegschaften, ob es sich nun um soziale, ökonomische, humanitäre oder politische Interessen handelt, immer gegen die Interessen der Herrschenden durchgesetzt werden müssen, und ich sehe in der Frage der Lösung der globalen Probleme keine andere Situation.

NACHRICHTEN: Die IG Metall sagt ebenfalls, daß die Überlebens- bzw. Gattungsfrage von der Klassenfrage nicht zu tren-

nen sei. Wird das in der DKP ebenso gesehen, oder werden auch Meinungen vertreten, daß die Klassenfrage angesichts der Gefahren um das Überleben der Menschheit an Bedeutung verliere?

Heinz Hummler: Ich weiß, die große Mehrheit der Mitglieder der DKP, insbesondere aber die in den Betriebsgruppen organisierten Genossinnen und Genossen, sehen diese Frage in gleicher Weise, wie es bei der IG Metall zum Ausdruck kommt. Aber es gibt in unserer Partei auch Mitglieder, die andere Positionen vertreten. Darüber läuft derzeit ein umfassender Diskussionsprozeß.

NACHRICHTEN: Unstrittig in der gesamten Arbeiterbewegung ist sicher die Notwendigkeit, ein breites Bündnis herzustellen, um die globalen Probleme zu lösen. Aus deinen Worten aber habe ich entnommen, daß es in der DKP einen Streit darüber gibt, wie dieses Bündnis erreicht werden kann, entweder durch Entwicklung von Gegenmacht, Veränderungen des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit oder aber durch vernunftmäßige Appelle und moralische Einsichten des Kapitals?

Heinz Hummler: Die Erfahrungen der Vergangenheit und der Gegenwart besagen, daß, je größer die eine Aufgabe ist, um so breiter muß das Bündnis sein, das diese Aufgabe bewältigen kann. Es ist deshalb auch in der DKP unstrittig, daß möglichst viele Menschen der verschiedensten sozialen Herkunft für Bündnisse gewonnen werden müssen, um die existenzbedrohenden Probleme der Menschheit zu bewältigen. Die Kernfrage ist aber, wie sollen klassenübergreifende Bündnisse überhaupt zustande kommen, dadurch, daß man einen Kapitalisten von einer guten Sache überzeugen will, oder dadurch, daß man ihn durch die Kraft der Arbeiterklasse zu Einsichten bringt, die im Kern auch seinen menschlichen Interessen entsprechen, die aber für ihn gleichzeitig den Verzicht auf maximalen Profit beinhalten müßten. Denn alle globalen Probleme haben ihre Hauptursache in der Profitsucht des Kapitals.

Als Begründung für diesen Standpunkt noch ein Beispiel. Wenn Umweltpolitik, insbesondere bei existenzbedrohenden Gefahren für die Menschheit, mehr sein soll als nachträgliche Reparatur aufgetretener Schäden, dann gibt es keinen anderen Weg dazu als die Umgestaltung unseres Produktions- und Wirtschaftssystems. Und spätestens dann, wenn man sich das zur Aufgabe macht, stößt man auf die herrschenden Machtverhältnisse und muß sich mit dem gleichen Gegner auseinandersetzen wie bei der Durchsetzung unserer sozialen und ökonomischen Forderungen. Appelle an die Vernunft führen uns weder in den Existenzfragen der Menschheit noch in den (sozialen und ökonomischen Klassen-) Auseinandersetzungen einen Schritt weiter.

Ich bin mit dem Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, voll einverstanden, wenn er am 20. September in Hamburg sagte, „wer auf Sozialpartnerschaft und Umweltpakete mit den Arbeitgebern setzt, der ist entweder ein Trauttmann oder ein Falschmünzer. Wer Ökonomie und Ökologie miteinander aussöhnen will, der darf dem Konflikt mit dem Kapital nicht ausweichen.“

NACHRICHTEN: In den 20 Jahren ihrer Existenz hat die DKP immer eine Politik vertreten, die auf eine Stärkung der Einheitsgewerkschaft als Kampforganisation der Arbeiterklasse hinausläuft. Berührt der gegenwärtige Meinungsstreit auch diese Gewerkschaftspolitik? Ist damit zu rechnen, daß der bevorstehende Parteitag der DKP, Anfang Januar in Frankfurt, eine Korrektur der bisherigen Gewerkschaftspolitik beschließen wird?

Heinz Hummler: Mir vorzustellen, der Parteitag würde eine Korrektur der bisherigen Gewerkschaftspolitik der DKP beschließen, übersteigt die Grenzen meiner Phantasie. Meine Partei hat seit ihrer Existenz stets die Position vertreten, die von Kommunisten bereits bei der Bildung der Einheitsgewerkschaft in der Folge des zweiten Weltkriegs eingenommen wurde: Die Einheitsgewerkschaft ist die wertvollste Errungenschaft der Arbeiterklasse unseres Landes.

Nachdrücklich möchte ich davor warnen, die Frage der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die sich ausdrückt in der Einheitsgewerkschaft, zu reduzieren auf eine Einigkeit von „linken Kernen“, die mit dem Anspruch, gewissermaßen Elite und Führer der Arbeiterklasse zu sein, auftreten.

Erfolge der Arbeiterbewegung sind nur in der sozialen und politischen Auseinandersetzung zu erreichen. Eine Organisation, die in diesem Kampf erfolgreich sein will, muß auf der breitesten möglichen Basis stehen. Das ist die Einheitsgewerkschaft, und daran darf nicht gerüttelt werden.

Ich bin der festen Überzeugung, daß dies auch auf dem Parteitag der DKP im Januar bestätigt werden wird.

Gesamtmetall will Samstagsarbeit Partnerschaft nach Unternehmerdiktat

Wenige Tage vor dem Zukunftskongreß der IG Metall veranstaltete das Präsidium von Gesamtmetall am 19. Oktober im Frankfurter Airport-Center eine Massenveranstaltung für 1249 Unternehmer, Führungskräfte und Verbandsgeschäftsführer, um sie auf einen gewerkschaftsfeindlichen Kurs einzuschwören. Irreführend war schon das Motto des erstmals veranstalteten Metallforums '88. Statt „Neues Denken – neue Chancen“ wäre treffender gewesen „Alte Hüte – neu verpackt“. Ein Stichwort dafür lautete: Wiedereinführung der konzertierten Aktion seligen Angedenkens.

Zum Appell riefen der Chef des größten bundesdeutschen Industrieimperiums (nicht nur für die Branche Metall und Elektroindustrie), Edzard Reuter vom Daimler-Benz-Konzern, der Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, der Propagandazentrale des Kapitals, Prof. Dr. Gerhard Fels, und Gesamtmetallpräsident Dr. Werner Stumpfe. Neben einem Bütenredner, der verstaubte Witze vortrug, durften in einer sogenannten Podiumsdiskussion, wo sich alle immer einig waren, auch zwei mittelständische Unternehmer den Eindruck vermitteln, daß die Kleinen nicht ganz untergebuttert werden. Ansonsten war, wie bei Unternehmerverbänden üblich, eine Diskussion überhaupt nicht vorgesehen. Die drei Redner Reuter, Fels und Stumpfe vertraten eine gemeinsame Linie, wobei sich folgende Schwerpunkte abzeichneten:

- Kollektive Arbeitszeitverkürzung würde in die Sackgasse führen, „wenn unsere Konkurrenten an anderen Industriestandorten Europas und der Welt am Samstag arbeiten können, dann müssen deutsche Unternehmen die gleiche Möglichkeit ha-



- Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr an Gymnasien, Begrenzung der Regelstudienzeit an Hochschulen auf sechs Semester bei gleichzeitiger Kritik an der unzureichenden Vermittlung von Allgemeinwissen waren weitere Programmpunkte von Gesamtmetall. In den Betrieben wollen sie mehr für die Qualifizierung investieren. Auch Frauen sollen Chancen für technische Berufe erhalten (siehe Kommentar auf dieser Seite).

- Die totale Flexibilisierung wäre angeblich ein Schlüssel zur Bekämpfung der

Massenarbeitslosigkeit. Darum verlangt Gesamtmetall mehr Teilzeitarbeitsplätze und die Mehrfachbesetzung von Arbeitsplätzen.

- Die Lohnentwicklung müsse besser mit dem wirtschaftlichen Erfolg der einzelnen Unternehmen verknüpft werden. „Wir werden Reformvorschläge vorlegen, wie das Ziel flexible Löhne im Rahmen des Tariffsystems verwirklicht werden kann“ (Stumpfe). Wir müssen „auch über unsere Lohnkosten sprechen. Sie haben ein viel höheres Gewicht als manche weismachen möchten.“ Zudem entwickelte Reuter eine sehr eigenartige Alternative: „Hohe Arbeitsplatzsicherheit bei flexiblen Löhnen auf hohem Niveau oder starre Löhne, dafür aber schwankende Beschäftigung.“ Erklärungen dieser Art sind vornehmliche Umschreibungen des Kapitals für angestrebte Senkung der Löhne, vor allem der Lohnnebenkosten.

- Natürlich sprachen die Herren auch viel von den großen (Profit-)Chancen, die sich mit dem EG-Binnenmarkt '92 für das Kapital in der Bundesrepublik eröffnen. Zugleich bot dieses Thema Gelegenheit, die Gewerkschaften zur Mäßigung und Zurückhaltung wegen sonst einsetzender Wettbewerbsnachteile zu ermahnen.

- Vom Vorruhestand war kein Wort zu hören. Dafür agierte Unternehmerchefideologe Fels, bezugnehmend auf das Beispiel USA, für eine schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit. „Nirgends steht geschrieben, daß das gesetzliche Rentenalter auf Ewigkeit dort bleiben muß, wo es heute ist.“

- Fels und Reuter machten auch auf den Umweltschutz aufmerksam und legten

dar, daß auch damit Geld verdient werden könne. Ansonsten sprachen die Herren zwar auch von einer Umbruchperiode, aber ohne sie näher zu erläutern. Weder die Friedensfrage noch weitere Probleme, die mit den Überlebenschancen der Menschheit zusammenhängen, wie Ökologie, Kernenergie oder Biotechnologie, sprachen sie – nicht einmal am Rande – an.

Dafür warben sie alle drei für die Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit. Mehr oder weniger offen sagten sie, die Partnerschaft oder der Dialog mit den Gewerkschaften diene dem Ziel, daß sich die Gewerkschaften gefälligst dem Unternehmerdiktat unterzuordnen haben. Stumpfe plädierte für die Kooperation mit den Betriebsräten in den Betrieben und für die Sozialpartnerschaft mit der IG Metall.

Edzard Reuter ging noch einen Schritt weiter. Er bemühte sich, die Leiche „konzertierte Aktion“ wiederzubeleben. Wörtlich fügte er noch hinzu: „Daß es sich dabei nicht um eine getreuliche Kopie der

Männer

Selten erlebt ein Journalist so viele gutsituierte Männer auf einen Haufen wie bei dem beschriebenen Forum '88 von Gesamtmetall. In der ausgedruckten Namensliste sind unter den 1249 Unternehmern und Führungskräften nur 57 Frauen zu finden. Von diesen wenigen waren obendrein die meisten nicht als Unternehmerinnen, sondern als Gattinnen in das mondäne Hotel Airport-Center nach Frankfurt gereist. Es versteht sich von selbst, daß keine Frau zu den Rednern des Forums gehörte.

Aber die Herren Reuter, Stumpfe und Fels sprachen übereinstimmend davon, man müsse Mädchen und Frauen auch in technischen Berufen eine Chance geben. In Wahrheit haben sie keineswegs ihr Herz für die Gleichberechtigung und Emanzipation entdeckt, Gott bewahre. Vielmehr befürchten sie, daß aufgrund des ungünstigen Lebensbaumes ausgebildete Fachkräfte in den nächsten Jahren fehlen könnten. Für den Profit sind den Unternehmern Frauen als Lückenbillerinnen immer noch willkommen. ick

seinerzeitigen institutionellen Struktur gehen kann, spricht nicht gegen die grundsätzliche Notwendigkeit der Veranstaltung. Gesamtmetall ist bereit, im Sinne einer fairen Partnerschaft mit den Gewerkschaften und allen politischen Verantwortlichen wieder in einen solchen Dialog einzutreten.“ Es bleibt zu bewerten, inwiefern die IG Metall auf ihrem Zukunftskongreß den Angriffen von Gesamtmetall eine gebührende Antwort erteilt hat.

Werner Petschick

Vor 40 Jahren: Generalstreik in britischer und US-Zone

Die deutschen Gewerkschafter zogen, soweit sie den Faschismus und den Krieg überlebten, zwei Lehren aus der Niederlage im Jahre 1933. Sie wollten die Zersplitterung der Weimarer Gewerkschaftsbewegung in Richtungsgewerkschaften und Berufsverbände durch die Bildung einer Einheitsgewerkschaft überwinden. Diese Organisationsform sollte der Gewerkschaftsbewegung zu gestalterischem Einfluß auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Nachkriegsdeutschlands verhelfen. Sowohl auf betrieblicher als auch auf überbetrieblicher Ebene forderten die Gewerkschafter Gegenmachtpositionen, die die uneingeschränkte Macht des Kapitals beschneiden und Garantien für eine künftige demokratische Entwicklung gewährleisten sollten.

Diese Vorstellungen deckten sich mit denen des überwiegenden Teils des deutschen Volkes unmittelbar nach 1945. Sie fanden ihren Ausdruck in Volksabstimmungen und in den Länderverfassungen, vor allem der sowjetischen und US-amerikanischen Besatzungszone 1946. Mit großer Mehrheit forderte die Bevölkerung die Enteignung der Kriegsverbrecher, die Überführung von Schlüsselindustrien in gesellschaftliches Eigentum, ein verfassungsmäßig verbrieftes Recht auf Arbeit und ein Verbot der Aussperrung sowie betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer.

Unmittelbar nach Kriegsende war die Arbeiterklasse aus Sorge ums Überleben an den Wiederaufbau des kriegszerstörten Produktionsapparates gegangen. Dies geschah oftmals noch vor der Rückkehr der geflohenen oder von der Besatzungsmacht inhaftierten Betriebseigner und zu Minimalstlöhnen. Das Ergebnis war eine Wertsteigerung des Sachkapitals. Später hinderte eine halbherzig und nachlässig betriebene Produktionskontrolle die Unternehmer nicht daran, die produzierten Waren auf Halbe zu legen, statt sie auf dem Markt gegen wertlose Reichsmark zu veräußern. Die Arbeitslöhne wurden dagegen in Papiergeld gezahlt. Da die Eigentumsfrage nicht gelöst war, wirkten die kapitalistischen Aneignungsgesetze zugunsten des ökonomischen Machtgewinns der Unternehmer.

Seit Anfang 1947 hatten die Arbeiter und Gewerkschaften durch Protestaktionen und Streiks versucht, ihre soziale Lage zu verbessern und die in den Länderverfassungen in Aussicht gestellten Mitbestimmungsrechte Wirklichkeit werden zu lassen. Die Streikbewegung fand ihre objektive Schranke in der Macht der westlichen Besatzungsmächte, die das kapitalistische Eigentum schützten. In weiten Teilen verschlossen die Gewerkschaften die Augen vor dieser Tatsache. Demzufolge wurde nicht zielgerichtet über eine Strategie des gewerkschaftlichen Kampfes unter diesen Bedingungen nachgedacht.

Im Juni 1948 vollzogen die deutschen Re-

gierungen in den Westzonen auf Anordnung der westlichen Besatzungsmächte die Währungsreform. Geld- und Sparguthaben wurden im Verhältnis 10 RM zu 1 DM West abgewertet. Jeder Bürger erhielt ein gleich hohes Kopfgeld von 40 DM. Der Lohnstopp dauerte fort. Mit einem Male warfen die Unternehmer ihre gehorteten Waren auf den Markt. Die Schaufenster und Regale waren plötzlich

Aktionen gegen Pflegenotstand

Während der Aktionswoche des DGB war der Mittwoch, 19. Oktober, ganz dem Gesundheitswesen gewidmet. Hier legte der DGB ein eigenes Reformkonzept vor, das sich direkt gegen die Vorhaben von Minister Blüm richtet. Kernpunkte der gewerkschaftlichen Vorschläge sind: Verstärkung der medizinischen Vorsorge sowie Erhöhung der Kompetenzen von Parlament und Selbstverwaltung in der Gesundheitspolitik. Zur gleichen Zeit starten Bezirke der ÖTV wie Rheinland-Pfalz oder Bayern zu Aktionen gegen den Pflegenotstand in Krankenhäusern und Altenheimen.

Es sind vor allem die miserablen Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung, die den Protest herausfordern. Krankenpflege, so die Gewerkschaft, setzt voraus, daß Schwestern und Pfleger über genügend Zeit verfügen, sich den Patienten persönlich zuzuwenden. Statt dessen werden sie mit Verwaltungsaufgaben überhäuft. Vor einer Operation beispielsweise müßte sie „zwanzig Zettel ausfüllen“, führt eine Schwester aus Erlangen an. Und: „Von der Putzfrau bis zum Oberarzt – alles ist unser Arbeitsfeld.“ Selbst der 8-Stunden-Tag, von dem sich andere Bereiche des öffentlichen Dienstes im Zuge der Arbeitszeitverkürzung gerade verabschieden, wird kaum eingehalten. Überstunden, in Einzelfällen bis zu 50 in vier Wochen, sind an der Tagesordnung.

Hinzu kommt der Schichtdienst, der nach

gefüllt mit lange entbehrten und dringend benötigten Bedarfsgütern. Gleichzeitig wurde der Masse der arbeitenden Bevölkerung ihre ökonomische Lage bewußt. Ihr Einkommen und ihre Lebenshaltung standen in schreiendem Widerspruch zu den hohen Preisen der zum Verkauf angebotenen Waren. Die Verbitterung machte sich seit dem Spätsommer 1948 in ständig zunehmenden betrieblichen und örtlichen Protestaktionen Luft.

Sie erhielten noch aus einem weiteren Grunde Nahrung. Im Juli 1948 hatten die Westmächte einen sogenannten Parlamentarischen Rat mit der Ausarbeitung einer Verfassung für einen Separatstaat der Westzonen beauftragt. Die Vertreter dieses Rates waren nicht in direkten Wahlen oder Volksabstimmungen ermittelt worden, sondern wurden von den verschiedenen Länderparlamenten delegiert. Die politische Zusammensetzung bedeutete eine Verschlechterung des gewerkschaftlichen Einflusses auf die Ausarbeitung der Verfassung hinsichtlich der Verankerung sozialer und demokratischer Rechte.

Vor diesem Hintergrund stieg der Druck aus den Betrieben immer weiter an. Die sozialen Proteste erhielten eine politische Dimension. Eine Betriebsrätevollversammlung am 22. Oktober 1948 in Stuttgart forderte: „Nur die Verwirklichung der Wün-

wie vor eine große persönliche Belastung darstellt. Kurzfristig, so der nachdenkliche Rückblick, werden die sozialen Kontakte nicht vermißt, der freie Tag unter der Woche verspricht zusätzliche Ruhe. Aber „unterschwellig“ zerreißen der familiäre Zusammenhang, lösen sich Freundschaften auf. Dies allein sind schon Gesichtspunkte dafür, daß der Wechsel unter den Beschäftigten sehr hoch ist. „In der Chirurgischen Klinik der Universität Erlangen beispielsweise ist das Personal wegen der Fluktuation nach wenig mehr als drei Jahren ausgewechselt“, weiß das ötv-magazin in seiner Oktoberausgabe zu berichten. Da verwundert es kaum noch, daß der Nachwuchs stagniert. Aus den verschiedensten Einrichtungen ist die Klage zu hören, daß Ausbildungsplätze nicht mehr besetzt werden können.

Der Bezirk Rheinland-Pfalz der ÖTV hat daher eine „Überlastungsanzeige für das Gesundheitswesen“ gestartet. Auf diese Weise soll den Krankenhausträgern klargemacht werden, daß sich einzelne Bereiche aufgrund des Personalmangels nicht mehr in der Lage sehen, „ordnungsgemäß und patientengerecht“ zu versorgen. Auf einer Kundgebung, die der ÖTV-Bezirk Anfang September durchführte, sprach eine Schwester von der „gefährlichen Pflege“, die sie Tag für Tag leiste, und wünschte sich, einmal nach Hause zu gehen, ohne mit einem Bein im Gefängnis zu stehen.

sche des arbeitenden Volkes, die besonders in den gewerkschaftlichen Grundforderungen auf gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in Betrieb und Wirtschaft zum Ausdruck kommen, führt zu einer lebendigen Demokratie...“

Die Forderung nach einem Generalstreik machte die Runde, und es gab unter den Gewerkschaftern Stimmen, die eine entschiedene außerparlamentarische Einflußnahme auf die künftige gesellschaftspolitische Entwicklung in den Westzonen forderten. Am 12. November traten in der britischen und der US-amerikanischen Besatzungszone, in der französischen herrschte Streikverbot, rund elf Millionen Arbeiter in einen eintägigen Generalstreik. Sie forderten u. a.:

8. Überführung der Grundstoffindustrien und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft.

9. Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

10. Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 und 9 von den Parlamenten bereits beschlossenen Gesetze.“

Es war ein politischer Streik und der größte der Gewerkschaftsbewegung nach dem Kapp-Putsch. Obwohl nur eine Woche Zeit zu seiner Vorbereitung vorhanden war, fand er massenhafte Unterstützung und demonstrierte, wie populär und lebendig die Forderungen gegen die kapitalistische Restauration in den Westzonen waren. Innerhalb der Führungsgremien der westdeutschen Gewerkschaften behielten allerdings die Befürworter einer Politik des Ausgleichs und der Anpassung an die vorhandenen Realitäten die Oberhand. Der Generalstreik wurde als punktueller Protest, als „Demonstration des gewerkschaftlichen Willens“ angelegt und hauptsächlich als ein Ventil für den aufgestauten Unmut begriffen und nicht als ein Auftakt für ein entschiedenes Eingreifen in die politische Entwicklung.

Der Generalstreik war ein Aufbäumen gegen die Restauration der Kapitalmacht. Seine Wirkung mußte allerdings verpuffen, da dahinter keine Konzeption stand, wie die Politik der Gewerkschaften angesichts der neuen politischen und wirtschaftlichen Realitäten perspektivisch anzulegen sei. Mit ihrem Verzicht auf eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit den restaurativen Kräften mußten sich die Gewerkschaften aber der Chancen begeben, maßgeblichen Einfluß auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Gestaltung des im Entstehen begriffenen Teilstaates zu nehmen. Die im 1949 verabschiedeten Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Arbeitnehmerrechte und Aussagen zur Wirtschafts- und Sozialordnung fielen denn auch deutlich hinter die Normen der Länderverfassungen zurück.

Christfried Seifert

Zukunftschancen für den Sektor der Dienstleistungen

Zum Thema „Dienstleistungen – neue Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft“ hatte das renommierte Westberliner „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) in das Internationale Congress Centrum in Westberlin am 3. und 4. Oktober eingeladen. Dem Symposium waren hauptsächlich Vertreter großer nationaler und internationaler Dienstleistungskonzerne, Abgesandte der Ministerialbürokratien von Bund und Ländern sowie von Hochschulen und Forschungsinstituten gefolgt. Unter den rund 400 Teilnehmern befanden sich auch Vertreter aus der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Ländern sowie vereinzelte Vertreter von DGB-Gewerkschaften. Allein die Teilnehmergebühr betrug – mit Ausnahme für Pressevertreter – 800 DM.

Schon im Eröffnungsreferat des wegen seiner Wahlfunktion als Finanzsenator von Hamburg beurlaubten DIW-Präsidenten Hans-Jürgen Krupp offenbarte es sich als ein großes Problem, Dienstleistungen überhaupt zu definieren und von dem industriellen bzw. sekundären Sektor der Wirtschaft abzugrenzen. Einigkeit bestand darin, daß der Dienstleistungs- oder tertiäre Sektor genannt, sich enorm vergrößert hat und in der Perspektive noch weiter wachsen werde.

Sowohl für die „produktionsorientierten“ als auch für die „Humandienste“ prognostizierte Krupp große Zuwachsraten. Innerhalb der produktionsorientierten Dienstleistung hob der Redner vor allem den Bereich der Information hervor, wobei er unter diesem Sammelbegriff die Kommunikation, Forschung, Entwicklung, Qualifizierung, das Management und die Beratung miteinbezog. Als Beweis für seine These führte er an, daß die Zahl der Erwerbstätigen, die einen Informationsberuf ausüben, von 18,3 Prozent im Jahre 1950 auf 34,8 Prozent im Jahre 1982 angestiegen sei. In den USA betrage diese Quote 46 Prozent und in Schweden 40 Prozent.

Mit dem Europäischen Binnenmarkt '92 werden die Auswirkungen im Dienstleistungssektor noch stärker zu Buche schlagen als innerhalb des industriellen Sektors, weil mit der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit sich einerseits der Bedarf an Dienstleistungen enorm vergrößere und andererseits die Konkurrenz zunehmen werde.

Unter Humandienste faßte Krupp zusammen: Bildung und Weiterbildung, kulturelle Aktivitäten, Sorge um die Gesundheit, Pflege und soziale Dienste. Höhere Einkommen und auch mehr Freizeit infolge Arbeitszeitverkürzungen werden mehr Nachfrage nach Dienstleistungen als nach Sachgütern mit sich bringen. Ebenso gelte das im Hinblick auf Bildung und Kultur wie auch bei der Altersversorgung.

Insgesamt schaffe dieser Prozeß – wie zahlreiche Redner im Plenum und in den fünf Arbeitskreisen aussagten – neue Ar-

beitsplätze, ohne daß damit die für kapitalistische Verhältnisse typische Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden könne. Zahlreiche Unternehmervertreter verbreiteten die Illusion, die Gewerkschaften brauchten nur ihren Widerstand gegen eine totale Flexibilisierung aufzugeben, und schon wären viele der Probleme lösbar.

Mehr oder weniger offen ging es den Konzernvertretern auf dem Symposium darum, Dienstleistungen für ihre Profitmaximierung zu nutzen. Einige der ehrenwerten Herren verwandelten das Symposium zu einer PR- oder Werbeveranstaltung für die Leistungen ihrer Firmen. Beispielsweise pries Herr Then die Leiharbeitsfirma Randstad als eine „Beschäftigungsgesellschaft“ und beschimpfte die DGB-Gewerkschaften, daß sie den dort betriebenen Menschenhandel nicht durch einen Tarifvertrag sanktionieren.

Vertreter der sozialistischen Länder und einzelner Handelsfirmen der Bundesrepublik sprachen sich dafür aus, mehr Dienstleistungen in den Ost-West-Handel einzubeziehen. Vladimir Korowkin vom Institut für Weltwirtschaft in Moskau nannte Mängel bei den produktionsorientierten Dienstleistungen in der Sowjetunion beim Namen. Der vorliegende Vertragsentwurf zwischen der UdSSR und der EG sollte sich nicht nur auf den Warenhandel begrenzen, sondern auch den tertiären Sektor erfassen.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Teilnehmer eine Rede des Leipziger Professors Günter Nötzold. Auch er sagte voraus, daß parallel zum Warenhandel der Austausch nichtmaterieller Leistungen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ansteigen werde. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution würden sich nach seiner Meinung in allen sozialistischen Ländern große Veränderungen ergeben, die „unterschiedlich geräuschvoll vonstatten gehen“. Notwendig wäre es auch, die Außenwirtschaftstheorie weiterzuentwickeln. Westberlin sei nach Meinung des DDR-Wissenschaftlers „ein günstiger Platz, um über die Entwicklung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen nachzudenken“.

Werner Petschick

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Leitende Angestellte: Was ist geplant?

Neben der Verstärkung des angeblichen Minderheitenschutzes im Betriebsrat ist der zweite Schwerpunkt der geplanten Änderungen zum Betriebsverfassungsgesetz die Neuregelung des Rechts der leitenden Angestellten und ihrer Sprecherausschüsse. Bekanntlich fallen leitende Angestellte nicht unter das Betriebsverfassungsgesetz und werden nicht vom Betriebsrat vertreten. Die geplante Neuregelung beinhaltet einmal eine grundsätzliche Neudefinition, wer leitender Angestellter ist, zum anderen ausführliche Vorschriften über die Errichtung und die Aufgaben der Sprecherausschüsse.

Die Neuregelung des § 5 Abs. 3 BetrVG, die den Personenkreis der Leitenden festlegen soll, dient dem offensichtlichen Zweck, diesen Personenkreis entgegen der eingrenzenden Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts weit zu fassen. Die Errichtung von Sprecherausschüssen soll ab zehn leitenden Angestellten vorgeschrieben werden. Der Gesetzentwurf würde ins Leere laufen, wenn nur ganz wenige Großbetriebe diese Zahl erreichten, der Spaltungszweck der Vorschriften wäre vereitelt. Die Ausweitung der leitenden Angestellten hat darüber hinaus den „Vorteil“, die Zahl derjenigen Personen zu reduzieren, die vom Betriebsrat vertreten werden. Bei einer Reihe wichtiger betriebsverfassungsrechtlicher Fragen, z. B. bei den Freistellungsgrenzen nach § 38 BetrVG, der Größe des Betriebsrats (§ 9 BetrVG), der Mitbestimmung bei Auswahlrichtlinien (§ 95 Abs. 2 BetrVG), der Einrichtung von Wirtschaftsausschüssen (§ 106 Abs. 1 BetrVG), der Sozialplanpflichtigkeit (§ 111 BetrVG) und der Mitwirkung bei personellen Angelegenheiten (§ 99 BetrVG), spielt die Beschäftigtenzahl eine entscheidende Rolle. Dieser gewollte „Schrumpfpfeffer“ wird für die sog. Randbelegschaft ergänzt durch Überlegungen, Teilzeitbeschäftigte nicht mehr voll bei den Beschäftigtenzahlen des Gesetzes zu rechnen.

Vorgesehen ist u. a., daß diejenigen leitenden Angestellten sein sollen, die ... regelmäßig sonstige Aufgaben wahrnehmen, die für den Bestand und die Entwicklung des Unternehmens oder eines Betriebs von Bedeutung sind und deren Erfüllung besondere Erfahrungen und Kenntnisse voraussetzt, wenn sie dabei entweder die Entscheidungen im wesentlichen frei von Weisungen treffen oder sie maßgeblich beeinflussen; dies kann auch bei Vorgaben insbesondere auf Grund von Rechtsvorschriften, Plänen oder Richtlinien sowie bei Zusammenarbeit mit anderen leitenden Angestellten gegeben sein.“ Alles klar?

Bei Abgrenzungsschwierigkeiten enthält

das Gesetz zusätzliche Auslegungsergänzen: Notfalls soll es auf das Jahresarbeitsentgelt (1988: 110 800,- DM) ankommen.

Die Sprecherausschüsse selbst sind analog den Regelungen für den Betriebsrat geplant. Sie sollen bei einer Gesamtzahl von zehn bis zwanzig leitenden Angestellten aus einer Person, bei 21 bis 100 leitenden Angestellten aus drei Mitgliedern, bei 101 bis 300 leitenden Angestellten aus fünf und bei über 300 leitenden Angestellten aus sieben Mitgliedern bestehen und für drei Jahre gewählt werden. Da die Sprecherausschüsse wiederum Verhandlungspartner auf Betriebs- und Unternehmensebene haben müssen, gibt es „Oberleitende“, die auf Grund „allgemeinen Auftrags des Arbeitgebers“ für die Sprecherausschüsse nicht wählbar sind. Auf diese Abgrenzungstreitigkeiten darf man gespannt sein.

Für Mitbestimmung - gegen Spaltung



Die erste Wahl soll 1990 – gewollt parallel zur nächsten regulären Betriebsratswahl – zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 1990 stattfinden. Diese erste Wahl ist für die Abgrenzung zwischen Leitenden und „normalen“ Arbeitnehmern/innen besonders wichtig, weil der Gesetzentwurf figniert, daß derjenige, der bei dieser Wahl leitender Angestellter ist, es auch später bleibt. Voraussetzung für die Wählbarkeit ist eine sechsmonatige Betriebszugehörigkeit. Einmal im Jahr ist die Einberufung einer Versammlung sämtlicher leitender Angestellter durch den Sprecherausschuß vorgesehen. Gegenseitig können sich Betriebsrat und Sprecherausschuß das Recht einräumen, an den jeweiligen Sitzungen teilzunehmen oder dorthin einen Vertreter zu entsenden. Das Teilnahme-

recht eines Gewerkschaftsvertreters ist weder bei den Sitzungen des Sprecherausschusses noch bei den Versammlungen der leitenden Angestellten vorgesehen. Auf Unternehmens- und Konzernebene werden Gesamtsprecherausschüsse bzw. Konzernsprecherausschüsse gebildet.

Die Sprecherausschüsse haben vor allem Informations-, Anhörungs- und Beratungsrechte. Sie werden vor Einstellungen, Kündigungen und bei allgemeinen Regelungen, die leitende Angestellte betreffen, gehört. Der Hauptpfeffer des Gesetzes liegt in § 33: „Arbeitgeber und Betriebsrat haben vor Abschluß einer Betriebsvereinbarung oder sonstiger Vereinbarung, die rechtliche Interessen der leitenden Angestellten berührt, den Sprecherausschuß anzufragen. Erachtet der Sprecherausschuß die Vereinbarung als eine Beeinträchtigung rechtlicher Interessen der leitenden Angestellten, ist auf seinen Antrag der Abschluß der Vereinbarung auf die Dauer von zwei Wochen vom Zugang des Antrags an auszusetzen. Innerhalb dieser Frist haben Arbeitgeber, Betriebsrat und Sprecherausschuß eine Verständigung zu versuchen. Wird innerhalb der Frist eine Verständigung nicht erreicht und die Vereinbarung abgeschlossen, kann der Sprecherausschuß beim Arbeitsgericht die Aufhebung der Vereinbarung beantragen, soweit sie rechtliche Interessen der leitenden Angestellten beeinträchtigt und unbillig ist.“ Es bedarf keiner großen Phantasie, was mit dieser Vorschrift alles gemacht werden kann.

Ob trotzdem die Rechnung des Gesetzgebers auf Spaltung der Belegschaft und Störung der Betriebsratsarbeit in allen Fällen aufgeht, ist zweifelhaft. Eine eigene Organisation der leitenden Angestellten birgt natürlich auch immer die Möglichkeit, daß sich kollektive Gegeninteressen gegen die Unternehmensleitungen artikulieren. Das ist sicherlich der Hauptgrund, warum die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände den Gesetzentwurf nicht sonderlich befürwortet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung über die bisherige Praxis sogenannter freiwilliger Sprecherausschüsse, die die Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegeben hat. (Vgl. Martens, Sprecherausschüsse für leitende Angestellte, ULA-Verbandspolitik an den Interessen der Leitenden vorbei? DIE MITBESTIMMUNG 6/88 S. 349 ff.) Dabei wurde festgestellt, daß die leitenden Angestellten keine „soziologisch klar abgrenzbare Gruppe sind“ und ein Selbstverständnis über ihre „herausgehobene Bedeutung“ sich häufig erst im Zusammenhang mit der Bildung eines Sprecherausschusses bildet. Ihr beruflicher Alltag ist sehr stark von Konkurrenzgesichtspunkten geprägt. Kollektive Interessenvertretung wird von den bisherigen Sprecherausschüssen entweder nicht angestrebt oder aber nur „im Windschatten“ des Betriebsrats betrieben. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß ein „kollektiver Vertretungsbedarf“ nicht existiert. Barbara Degen

Weitere Greueln

Eine Woche vor der Kundgebung in Bonn gegen die Strukturreform im Gesundheitswesen (siehe auch S. 3) wurden aus dem Blümschen Ministerium weitere geplante Greueln zu Lasten der Kranken bekannt. Zwar soll das Sterbegeld nun erst für die ab 1. Januar 1989 Versicherten ganz entfallen, doch wird es für alle anderen auf maximal 2 100 (mitversicherte Angehörige 1 500 DM) begrenzt. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß ab 1992 für Medikamente, für die keine Festbeträge vereinbart sind (das dürften mehr als zwei Drittel sein), eine Selbstbeteiligung in Höhe von 15 Prozent (maximal 15 DM pro Medikament) zu zahlen ist. Bei Heilmitteln sollen sofort 10 Prozent aus der eigenen Tasche zugezahlt werden statt der zunächst geplanten 4 DM pro Anwendung.

Und auch die Kostenübernahme für die neu einzuführende vierwöchige Pflegevertretung bei Urlaub der Pflegeperson wurde bereits wieder auf 1 800 DM im Jahr begrenzt, wie auch die Zuzahlungen bei Brillen u. ä. noch einmal verschlechtert wurden. Nachdem der sogenannte Solidarbeitrag der Pharmaindustrie nun nicht mehr vorgesehen ist, soll so das „Sparziel“ von 14 Milliarden DM im Jahr doch noch erreicht werden – fast ausschließlich auf dem Rücken der Kranken.

„Der Arbeitsminister, der auszog, die Pharmakonzerne das Fürchten zu lehren, wird immer mehr zum Schreckgespenst für Arbeitnehmer“, sagte die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies in ihrer Rede auf der Bonner Kundgebung dazu. Sie machte deutlich, daß mit dieser „Politik des sozialen Abbruchs“ das Solidarprinzip geopfert wird. Während die Gewinne der Pharmakonzerne, der medizinischen Geräteindustrie und der niedergelassenen Ärzte weiter steigen werden, müßten die Kranken immer mehr draufzahlen.

Der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Dieter Mahlberg ging in seiner Rede auf der Kundgebung u. a. auch ausführlich auf die Angriffe der CDU und von Kanzler Kohl auf den DGB im Vorfeld der Aktionswoche ein. Er stellte klar, daß der DGB kein Marionettentheater sei, das nach der Pfeife der Bundesregierung zu tanzen hat. Die Einwände von Kohl und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hätten von den Inhalten und Zielen der Aktionswoche ablenken sollen. Das eigentliche Problem sei aber nicht, daß der Kanzler hin und wieder ausfällig werde, sondern das Kernproblem sei vielmehr, daß diese Regierung eine Politik der systematischen Benachteiligung der Arbeitnehmer betreibe und die Gewerkschaften hier gegenhalten müßten. Allein die Tatsache, daß innerhalb der Aktionswoche an jedem Tag ein anderes Thema anstehe, beweise, wie umfassend der Negativkatalog der Bundesregierung wirklich ist. Udo Gelhausen

„Solidarische Hilfe“ tagte

Der Bremer Selbsthilfeverein „Solidarische Hilfe“ veranstaltete vom 14. bis 16. Oktober in der Hansestadt eine sozialpolitische Konferenz, die von etwa 60 Mitgliedern von Erwerbslosen- und Sozialhilfseinrichtungen aus der Bundesrepublik zum Meinungsaustausch genutzt wurde. Das Treffen diente zum einen noch einmal der Abstimmung und Vorbereitung der Kampagne gegen die Bedürftigkeitsprüfung, die nach dem Beschluß des 2. Bundeskongresses der Arbeitsloseninitiativen bundesweit in der Woche vom 28. November bis 3. Dezember durchgeführt werden soll, zum anderen wurde die allgemeine Lage der Selbsthilfebewegung diskutiert.

Die geplante Kampagne richtet sich gegen die entwürdigende Praxis einer Bedürftigkeitsprüfung bei der Gewährung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, mit der auch die Angehörigen zur Offenlegung ihrer finanziellen Verhältnisse gezwungen werden und durch die Betroffene in Abhängigkeitsverhältnisse von Verwandten geraten. Dieser Praxis und dem Skandal rasch zunehmender Armut in einem der reichsten Länder der Erde wird deshalb die Forderung nach einer eigenständigen Existenzsicherung für jeden ohne Bedürftigkeitsprüfung entgegengesetzt, wobei die Unterhaltspflicht auf Eheleute und Eltern für ihre minderjährigen Kinder begrenzt werden soll. In Bremen wurde darauf hingewiesen, daß die Kosten für die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung al-

lein durch die von VW und Klöckner bei Spekulationen verlorenen Gelder hätten finanziert werden können.

In der Diskussion wurde allerdings auch deutlich, daß der Stand der Kampagnenvorbereitung bei den verschiedenen Gruppen (es gibt mittlerweile mehr als 1200 Initiativen) sehr unterschiedlich ist. Das hängt auch mit dem Zustand der Erwerbslosenbewegung zusammen, in der zwei Tendenzen feststellbar sind, wie die Veranstalter bereits in ihrer Einladung zur Konferenz feststellten. Zum einen gibt es die Tendenz – etwa durch die Kampagne gegen die Bedürftigkeitsprüfung –, einheitlich aktiv zu werden, um ein politischer Einflußfaktor im Kampf gegen die konservative Sozialpolitik und für ein menschenwürdiges Leben zu werden.

Zum anderen zeigt sich die rasch verstärkende Tendenz, aufgrund der zentralen Rolle von Beratungstätigkeit und damit zunehmender Abhängigkeit der Initiativen von staatlichen Geldern und ABM-Stellen, eher unpolitische Sozialarbeit in Form von Arbeitslosen- und Armutsbetreuung durchzuführen. Ob und wie beides miteinander zu verbinden ist, konnte auf der Veranstaltung nicht geklärt werden. Um die Diskussion um Lage und Perspektiven der Erwerbslosenbewegung voranzutreiben, plant die „Solidarische Hilfe“ Bremen u. a. die Herausgabe einer bundesweiten Zeitung. UFG

Nach dem Sieg des „No“: Was kommt nach Pinochet?

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan: Augusto Pinochet, Chiles Diktator seit fünfzehn Jahren, muß gehen. Über anderthalb Jahrzehnte hat er mit blutigem Terror aus dem Andenstaat einen Selbstbedienungsladen für die internationalen Großkonzerne gemacht. Nun ist er überflüssig geworden. „Die Gunst der Stunde bzw. die Schwäche der chilenischen Linken nutzend, ließen Washington und Europa den unbrauchbar gewordenen Tyrannen seines Amtes als Staatschef entheben“, schreibt im Oktober die Bonner Zeitschrift der Info-Stelle Lateinamerika, „ila“. Terror ist den Geschäften auf Dauer nicht zuträglich. Daß er sich am 5. Oktober einer Volksabstimmung stellen mußte und dabei trotz Wahlfälschungen verlor, verleiht dem erwarteten Machtwechsel in Chile einen demokratischen Anstrich.

Jetzt sind weichere Varianten gefragt. Vor allem Chiles Christdemokraten stehen in den Startlöchern, um beim verordneten „kontrollierten Übergang“ zur Demokratie mit den Militärs ihren Frieden zu machen. Das Ziel: Das vom „Chicago-Boy“ Milton Friedman verordnete ultra-liberale Wirtschaftssystem nicht gefährden. Pinochets Terror hat dafür die Voraussetzungen geschaffen. Chile ist unter seiner Diktatur zum Musterknaben des Internationalen Währungsfonds avanciert. Sozialleistun-

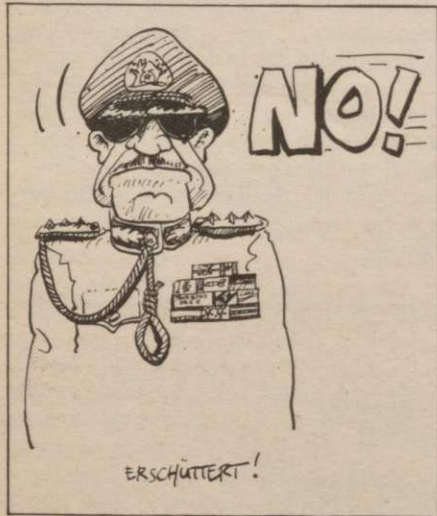
gen wurden rigoros zusammengestrichen, gewerkschaftlicher Widerstand zerschlagen.

Durch Umwandlung von Schulden in Sachwerte (Übertragung von Firmenbesitz und Bodenschätzen an die Schuldner) ist die Außenschuld des Landes auf unter 20 Milliarden US-Dollar gesunken. Der Preis für diese „Stabilität“: zeitweise mehr als 30 Prozent Arbeitslose, ein riesiges Heer von verarmten Saisonarbeitern und

schließlich der Ausverkauf der nationalen Ressourcen. Kupfer, Salpeter und Kohle gehören heute ebenso wie Krankenhäuser, U-Bahnen und Elektrizitätswerke ausländischen Investoren.

Wie es nach dem „No“ für Pinochet vom 5. Oktober in Chile weitergehen kann, hat der frühere Außenminister und Führer der chilenischen Sozialisten, Clodomiro Almeyda (65), am 21. Oktober in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung „El País“ in Santiago de Chile angedeutet. Almeyda, der seit Juni 1987 wegen „illegaler Einreise“ aus dem Exil bis vor kurzem in einem chilenischen Gefängnis gesessen hat, gibt der chilenischen Linken nur dann eine Chance zur Rückkehr an die Macht, wenn sie offen Profil zeigt und zusammen mit der Bevölkerung die Freiräume für die demokratische Opposition ständig erweitert.

Auch Almeyda setzt sich für Verhandlungen mit den Militärs beim Übergang zur Demokratie ein. Verhandlungspartner könne allerdings nicht Pinochet sein: „Wir verhandeln nur mit jemandem, der das Denken der Streitkräfte wirklich repräsentiert.“ Dafür, daß dieser Jemand nicht Pinochet



sein kann, spricht auch, daß es dem Diktator nach seiner Niederlage beim Plebiszit offenbar nicht gelungen ist, gewaltsame Auseinandersetzungen zu provozieren, um danach den Ausnahmezustand verhängen zu können. Agenturberichten zufolge verweigerten die Befehlshaber von Luftwaffe, Polizei und Marine Pinochet in dieser Frage die Gefolgschaft. Inzwischen wird von vielen Beobachtern bereits ausgeschlossen, daß Pinochet im nächsten Jahr der Kandidat der Militärs bei den Präsidentschaftswahlen sein wird.

Für Konflikte innerhalb der Opposition wird neben der Wirtschaftspolitik auch die Frage sorgen, wie die Verstöße von Militär und Polizei gegen die Menschenrechte in den letzten fünfzehn Jahren geahndet werden sollen. Während die Linksparteien fordern, daß alle Schuldigen bestraft werden müssen und daß die Menschenrechtsverletzungen nicht verhandelbar sein dürfen, gibt es bei den bürgerlichen Parteien Überlegungen, den Militärs den Rückzug in die Kasernen mit einer Amnestie schmackhaft zu machen. mm

Übernehmen die Räte Aufgaben der Gewerkschaften?

Seit Beginn dieses Jahres ist das neue Gesetz über den staatlichen Betrieb in der Sowjetunion in Kraft, das neue Selbstverwaltungsorgane der Beschäftigten, die Räte der Arbeitskollektive, ins Leben rief. Eine Reportage der Nachrichtenagentur Nowosti vom 22. September beschäftigt sich mit zwei Fragen: Erfüllen die neuen Organe andere Funktionen als die Gewerkschaftskomitees, die schon seit Jahrzehnten bestehen? Übernehmen die Räte möglicherweise die Rolle der Gewerkschaften? Aus dieser Reportage geben wir im folgenden die wesentlichen Passagen wieder.

Das neue Organ leistet keine Parallelarbeit mit dem Gewerkschaftskomitee und „tanzt auch nicht nach dessen Pfeife“, lautet eine zentrale Schlußfolgerung. „Im Einklang mit Artikel 7 des Gesetzes über den staatlichen Betrieb nimmt es die ‚Vollmachten des Arbeitskollektivs‘ in einem ziemlich breiten Fragenkreis wahr: von der Kontrolle über die Erfüllung der Beschlüsse der Belegschaftsversammlungen bis zur Ausarbeitung von Maßnahmen zu einer effektiveren Arbeit des Betriebes und Einhaltung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit. Der Rat handelt durchaus selbständig, obwohl er, wie es in demselben Artikel des Gesetzes heißt, ‚in engem Kontakt mit der Verwaltung, den Partei-, Gewerkschafts-, Komsomol- und anderen gesellschaftlichen Organisationen wirkt‘. Dieser Kontakt ist aber keineswegs mit einem übermäßigen ‚Taktgefühl‘ identisch, wie dies noch in der jüngsten Vergangenheit in den Beziehungen zwischen dem Gewerkschaftskomitee und der Direktion der Fall war.“

Was das im konkreten Einzelfall bedeuten kann, schildert die Reportage am Beispiel der Hüttenwerke Kriwoj Rog in der Ukraine. Auf einer Sitzung des Rates des Arbeitskollektivs, die Mitte 1988 stattfand, wurde der Produktionsplan für das kommende Jahr, „sozusagen das Allerheiligste jedes sowjetischen Betriebes, besprochen. Das zuständige Ministerium verfährt offensichtlich nach der alten Art und Weise, denn es beauftragte den Betrieb mit ziemlich ‚harten‘ Plankennziffern, obwohl das Kombinat ab Mitte des Jahres zu den neuen Methoden der Wirtschaftsführung übergang (nach diesen Methoden sollen 25 von insgesamt 49 Hauptabteilungen arbeiten). Dabei berücksichtigte das Ministerium überhaupt nicht, daß eine dreimonatige Generalreparatur des größten Hochofens bevorstand, weshalb eine Abteilung des Kombinats zeitweilig stillgelegt werden sollte.“

Über all das berichtete der Hochöfer der Abteilung Nr. 1, Grigorij Koschewoj (eben diese Abteilung wird wegen der bevorstehenden Reparatur des Hochofens besonders stark ausgelastet), auf der Ratssitzung. „Neben seiner Planaufgabe kann das Kollektiv der Abteilung zusätzlich 47 000

Tonnen Roheisen liefern. Jedoch nicht mehr, wie die Verwaltung will. Nach Abwägen der eigenen Möglichkeiten vertritt das Kollektiv der Abteilung die Ansicht, daß diese Zahl das Äußerste ist und sich nicht überspringen läßt, obwohl Moskau auch auf einer höheren Decke besteht“, sagte er.

Der Rat des gesamten Kombinats unterstützte die Haltung des Rates des Arbeitskollektivs der Abteilung: Damit wird der Beschluß des Rates im Einklang mit dem neuen Gesetz über den staatlichen Betrieb, wenn er seine Vollmachten nicht überschreitet, für die übergeordneten Instanzen obligatorisch. Das ist ein solcher Fall, der anschaulich vor Augen führte, wie umfassend die Vollmachten des Rates eines Arbeitskollektivs tatsächlich sind.“

Über das Verhältnis zu den Gewerkschaften denkt man in diesem Hüttenwerk folgendermaßen: Der Rat des Arbeitskollektivs lasse sich in seiner Arbeit „von einem einzigen Kriterium – von den Interessen des Kollektivs – leiten. Ist das denn eine Rivalität mit dem Gewerkschaftskomitee? Meiner Auffassung nach durchaus nicht. Im Gegenteil, wir bieten ihm wieder die Möglichkeit, sich mit seiner Hauptaufgabe, mit der Interessenvertretung, zu befassen, die lange Jahre sozusagen im Schatten blieb... Kam das Gewerkschaftskomitee früher einfach nicht dazu, die Interessen und Rechte eines jeden Werktätigen zu verteidigen, beginnt sich die Lage nun zu ändern. Die frühere Ordnung gereichte der Direktion in vieler Hinsicht zum Vorteil: Denn wir sind ja berufen, diese Rechte eben gegen sie zu verteidigen. Heute beurteilen wir beispielsweise jegliche Verletzung der Arbeitsgesetzgebung viel strenger, und dies unabhängig von allen möglichen Rechtfertigungen mit Erfordernissen der Produktion. Wenn Sie so wollen, ist das in vieler Hinsicht ein Verdienst des Rates des Arbeitskollektivs, obwohl er sich nicht unmittelbar mit solchen Fragen befaßt. Mögen sich die Werktätigen an den Rat wenden, wenn sie Ideen haben, wie die Arbeit effektiver gemacht werden kann oder welche Verpflichtungen in den Kollektivvertrag aufgenommen werden sollen. Und wer sich beschweren will, soll zu uns kommen!“

Zukunft, Angestellte, Satire

Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.): „Die andere Zukunft“, drei Bände, Bund-Verlag, Köln 1988, je Band 19,80 DM.

Bisher liegen vor: Band 1: Umweltschutz zwischen Reparatur und realer Utopie, Wege aus der Bedrohung. Band 2: Arbeit und Gesellschaft solidarisch gestalten, die Zukunft der sozialstaatlichen Demokratie. Band 3: Soziales Wirtschaften durch solidarisches Handeln, Wirtschaftspolitische Alternativen.

Franz Steinkühler / Siegfried Bleicher (Hrsg.): „Zwischen Aufstieg und Rationalisierung“ – Die Angestellten, VSA-Verlag, Hamburg 1988, 284 Seiten, 29,80 DM.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften konzentrieren ihre Politik zunehmend auf

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

die Angestellten. Wer aber sind die Angestellten? Gibt es überhaupt die Angestellten, ein gemeinsames Band, das die Schreibkraft im Großraumbüro mit der Führungskraft in der Chefetage verbindet? Wo liegt die Verbindungslinie, wo die Trennungslinie zur Werkstatt? Weshalb

NACHRICHTEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

**Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger
ISSN 0047-8598**

Herausgeber: Manfred Balder, Uschi Döring, Rainer Eienkel, Regina Fuhrmann, Detlef Haag, Heinz Hummler, Heinz Lukrawka, Willi Malkomes, Heinz Seeger; † Arthur Böpple, Leonhard Mahlein.

Redaktionskollegium: Renate Bastian, Barbara Degen, Berthold Goergens, Bernhard Keßler, Gisela Mayer, Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Dr. Heinz Schäfer, Gerd Siebert.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit den vierteljährlichen Beilagen „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember) und „betriebliche Praxis“ (Februar, Mai, August, November).

Einzelpreis 5,- DM; Jahresabonnement

fällt es den Gewerkschaften nach wie vor schwer, Angestellte zu organisieren? Dazu werden in dem Buch Organisationsgrad- und Mitgliederentwicklung untersucht.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Ingenieursarbeit gerichtet, Probleme der Frauenarbeit durch neue Technologien im Büro werden untersucht. Neue Anforderungen an die Weiterbildung und die Herausbildung qualitativer Tarifpolitik bilden den Schlußteil und deuten praktische Konsequenzen an, die dann, mit Hilfe des Begriffs „Hegemoniefähigkeit der IG Metall“, in die Auseinandersetzung um eine neue Gesellschaft eingebracht werden.

Christian Götz: „Macher und Methoden“, Apparate, Funktionäre, Bürger. Ein satirisches Lesebuch, Bund-Verlag, Köln 1988, 176 Seiten, 19,80 DM.

Der Autor möchte mit diesem ironischen und selbstironischen Buch zu „Glasnost“ zwischen Bürgern, Mitgliedern von Organisationen und ihren Funktionären beitragen. Apparate und damit Funktionäre sind notwendig, ihr schlechter Ruf erwächst aus den Blüten, die sie sich leisten, wenn man sie gewähren läßt. Mit treffenden Beiträgen – von Brecht über Albert Einstein bis Kurt Tucholsky – wird gegen die „freiwillige Knechtseligkeit“ argumentiert und agitiert. Viele lesenswerte Tips und mancher Anlaß zum Schmunzeln werden in diesem Buch geboten. B. G.

48,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird. Konto-Nr. 1615612900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postgirokonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 28. Oktober 1988

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss

**Nachrichten
Verlagsgesellschaft mbH**
Kurfürstenstraße 18
Postfach 9007 49
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon (069) 77 80 79

VERLAGSINTERNES

Hoherfreut zeigte sich die Vertretung des „African National Congress“ (ANC) in Bonn, als unser Mitarbeiter Peter Baumöller am 12. Oktober eine Spende in Höhe von 2020 DM für den Freiheitssender „Mandela“ überreichte. Das Geld war anlässlich seines 60. Geburtstages zusammengekommen. Für die Spenden und vielen Blumengrüße – darunter auch ein Strauß des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit –, für mehr als 100 Karten, Telegramme und herzliche Briefe möchte er auch auf diesem Wege noch einmal Dank sagen.

Auf originelle Weise bedankt hat sich Peter Baumöller auch auf der kürzlichen Bundeskonferenz der Deutschen Journalisten-Union, deren langjähriger Landesvorsitzender er in Nordrhein-Westfalen war: Für alle Delegierte hatte er kleine Tonfiguren selbst gefertigt, die – zumindest langfristig – das „Recht auf Faulheit“ einforderten. Dabei hat Peter Baumöller selbst alles mögliche vor, nur faul sein will er nicht. Aber etwas mehr Zeit für seine Hobbys wird „im Ruhestand“ schon herauskommen.

Etwa gleichzeitig mit Erscheinen dieser Ausgabe von NACHRICHTEN erhalten die Abonnenten unser neues Verlagsverzeichnis zugesandt. Damit wollen wir natürlich auf unsere Neuerscheinungen aufmerksam machen. Außerdem starten wir eine Werbeaktion NACHRICHTEN-Leser werben NACHRICHTEN-Leser. Für jedes neugeworbene Abonnement haben wir als Dankeschön ein attraktives Buchgeschenk vorgesehen. Zum Beispiel die frisch erschienene Biographie von Tschingis Aitmatow, das neue Buch von Isabel Allende oder die von Eckart Spoo gesammelten Perspektiven einer sozialistischen Bundesrepublik. Wäre da nicht für jeden ein Anreiz dabei? Selbstverständlich kann man sich auch aus dem Sortiment des NACHRICHTEN-Verlages ein Buch als Werbeprämie aussuchen. Also, dabei sein ist alles. Schaut euch den Brief und unsere Vorschläge genau an!

Auch inhaltlich blicken wir mit unserer Planung schon ins neue Jahr. Für den 11. und 12. März laden wir zu einem Jugend-Diskussions-Forum ein, auf dem alle zur Zeit umtriebigen Fragen erörtert werden können. Als Referent wurde Klaus Dörre von der Uni Marburg gewonnen, der sich speziell mit Problemen von Jugendlichen auseinandergesetzt hat. Des weiteren sind Arbeitskreise vorgesehen zu den Themen: gewerkschaftliche Organisation von Jugendlichen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Übernahmeproblematik, Arbeit und Umwelt und viele andere mehr. Natürlich gibt es auch ein Kulturprogramm. Am Sonntag mittag soll dann aber – vorläufiger – Schluß der Diskussion sein, damit ein bißchen Freizeit noch übrig bleibt. Anmelden kann man sich schon jetzt bei der Redaktion (siehe auch Anzeige im Dokumentationsteil). jaco

11/88

D 3476 EY

 Postvertriebsstück
 Nachrichten-
 Verlags-GmbH
 Kurfürstenstr. 18
 Postf. 90 07 49
 6000 Frankfurt/M. 90

 0603650ANN88011 100033 990 1
 FREIE UNIVERSITÄT B.
 VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
 IHNESTR. 21
 1000 BERLIN 33

TERMINKALENDER

- **18. bis 20. November**
Gewerkschaftstag der Musikerzieher und Konzertierenden Künstler in der DGB-Gewerkschaft Kunst, Springen
- **21. bis 25. November**
14. Kongreß der IG Bergbau und Energie, Dortmund
- **24. bis 26. November**
9. Bundeshandwerkskonferenz der IG Metall, Frankfurt
- **26. bis 27. November**
Bundesfrauenkonferenz der IG Druck und Papier, Springen
- **30. November bis 2. Dezember**
Personalrätekonferenz der Deutschen Postgewerkschaft, Fulda
- **9. bis 11. Dezember**
Kongreß des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier, Stuttgart
- **6. bis 8. Januar 1989**
9. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei, Frankfurt

- **11. bis 12. März**
Jugend-Diskussions-Forum der Redaktion NACHRICHTEN, Frankfurt
- **8. bis 15. April**
15. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst und 1. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Medien, Hamburg
- **20. bis 22. April**
Bundesjugendkonferenz der IG Metall, Frankfurt
- **1. Mai**
Kundgebungen und Veranstaltungen in allen DGB-Kreisen
- **9. bis 12. Mai**
14. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder, Mannheim
- **23. Mai**
40. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes

Zu guter Letzt

Skandale

Die Skandale in der CDU/CSU, deren Vor-derleute sich allzugern das Mäntelchen von Saubermännern umhängen, reißen nicht ab. Jetzt mußte Niedersachsen Innenminister Hasselmann seinen Hut nehmen. Letzter Stolperstein war sein Gedächtnisschwund vor dem Spielbankenausschuß des Landtages. Er konnte sich nicht mehr erinnern, Geldspenden vom Chef der staatlich konzessionierten Spielbankgesellschaft, Felsenstein, angenommen zu haben.

Eckart Spoo, der Niedersachsen-Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“, zeichnet in der Ausgabe vom 28. Oktober weitere Skandale in Hasselmanns Zuständigkeitsbereich nach: „... Da waren Verfassungsschützer in einen Bombenanschlag auf den Vorsitzenden einer nationalen Befreiungsbewegung in Afrika verwickelt. Da fanden in Hannover offenbar unter den Augen von Sicherheitsbeamten neonazistische Brandanschläge und Raubüberfälle statt. Da ließ sich die Kriminalpolizei, wenn sie Geld für geheime Operationen benötigte, sechsstelligen Beträge in Spielkasinos aus...“ Und es habe sich auch herausgestellt, daß „mehrere niedersächsische Politiker an den staatlich konzessionierten Spielbankgesellschaften beteiligt“ seien.

Mit dem Rücktritt Hasselmanns ist der schwarze Affären- und Korruptionssumpf noch lange nicht trockengelegt. Denn erneut ins Zwielicht kam der schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende und Bundesfinanzminister Stoltenberg durch einen Barschelbrief mit Datum vom 3. Oktober, den Panorama in seiner Sendung vom 18. Oktober präsentierte. Angeblich soll dieser Brief in der Kieler CDU-Zentrale nie eingegangen sein, obwohl anderslautende Informationen vorliegen. Und was die angebliche Fälschung betrifft, so stehen ihr linguistische Gutachten und Aussagen von Barschels Witwe Freya entgegen, die die Authentizität nicht bezweifeln. In diesem eine Woche vor Barschels mysteriösem Tod datierten Brief wird die enge Verquickung der CDU und ihres Landesvorsitzenden Stoltenberg beschrieben. Logische Konsequenz in jedem unserer Nachbarländer wäre es, daß ein so ins Zwielicht geratener Politiker zurücktritt. Nicht so Stoltenberg. Er klebt fest an seinem Sessel.

G. M.

Ich bestelle hiermit:

11/88

☐ **NACHRICHTEN** im Abonnement
für 48 DM im Jahr inkl. Porto

☐ die nächsten 3 Ausgaben **kostenlos**
und unverbindlich zur Probe

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ Ort

 Den Abonnementpreis ☐ zahle ich nach Erhalt der Jahresrechnung
☐ bitte ich jährlich von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.

BLZ

bei (Bank, Sparkasse oder Postgiroamt, Ort)

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum

Unterschrift

Falls durch einen anderen Abonnenten geworben, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.

**Nachrichten-
Verlags-
Gesellschaft mbH**
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon:
(069) 77 80 79